

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

9. Sitzung vom 1. Juni 2011

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	Rednerinnen bzw Redner: GR Johann Herzog	S. 5
2. 01973-2011/0001-MDLTG: Gemäß § 21 (4) WStV Einberufung des Gemeinderates der Stadt Wien durch Bgm Dr Michael Häupl zum Thema "Euopäischer Stabilitätsmechanismus – Regierung gefährdet Finanzstandort und Sozialgefüge Wiens!"	S. 3	StR Mag Wolfgang Gerstl	S. 8
		GRin Dr Monika Vana	S. 13
		GR Dipl-Ing Rudi Schicker	S. 16
		GRin Ing Isabella Leeb	S. 19
		GR Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein	S. 20
		StR DDr Eduard Schock	S. 21
		GR Ing Bernhard Rösch	S. 24
		GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 25
		GR Mag Gerald Ebinger	S. 25
		GR Mag Wolfgang Jung	S. 27
3. Mitteilung des Einlaufs	S. 3	GR Mag Dr Alfred Wansch	S. 30
		GR Senol Akkilic	S. 31
		GRin Prof Dr Elisabeth Vitouch	S. 32
		GR Mag Gerald Ebinger	S. 34
		5. Ordnungsruf an GR Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein	S. 20
4. 01973-2011/0001-MDLTG: Debatte auf Grund des Verlangens des Klubs der Wiener Freiheitlichen zum Thema "Euopäischer Stabilitätsmechanismus – Regierung gefährdet Finanzstandort und Sozialgefüge Wiens!" Begründung durch GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 3		

(Beginn um 9 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Wiener Gemeinderats!

Ich eröffne die 9. Sitzung dieses Hohen Hauses.

Entschuldigt während des gesamten Tages sind GRin Mag Anger-Koch, GRin Mag Dr Kappel, GR Nepp, GR Mag Maresch, GRin Meyer, GRin Novak, GR Seidl und GR Dipl Ing Stiftner. Und gleichfalls entschuldigt wegen Dienstreisen sind Amtsf StR Dr Mailath-Pokorny und Amtsf StR Oxonitsch ... (Amtsf StR Christian Oxonitsch steht hinter den Sitzungsreihen. – Allgemeine Heiterkeit.) Er ist auf Dienstreise hierher gewesen. (Weitere allgemeine Heiterkeit.) Guten Morgen, Herr StR Oxonitsch. Da war wahrscheinlich die Meldung etwas frühzeitig abgegeben worden.

Vom Klub der Wiener Freiheitlichen wurde ein Verlangen auf Einberufung einer Sitzung des Gemeinderats zum Thema Europäischer Stabilitätsmechanismus – Regierung gefährdet Finanzstandort und Sozialgefüge Wiens eingebracht.

Der Herr Bürgermeister hat in Entsprechung des § 21 Abs 4 der Wiener Stadtverfassung in Zusammenhalt mit § 8 der Geschäftsordnung des Gemeinderats der Stadt Wien zu dieser Sitzung eingeladen. Die Geschäftsordnung sieht vor, dass in Sitzungen des Gemeinderats auf Verlangen keine Geschäftsstücke verhandelt werden, der Entfall von Fragestunde, Aktueller Stunde und Dringlichen Initiativen ist in der Fraktionsvereinbarung festgeschrieben.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass vom Klub der Wiener Freiheitlichen acht schriftliche Anfragen eingebracht wurden.

Wir kommen nun zur Besprechung des Verlangens. Zur Begründung hat sich Herr GR Mag Gudenus zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm, wobei ich bemerke, dass die Redezeit auf zehn Minuten beschränkt ist. Bitte, Herr Kollege Gudenus.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (Klub der Wiener Freiheitlichen): Schönen guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Gemeinderat!

Wir haben die heutige Sondersitzung beantragt, um die Auswirkungen dieses EU-Rettungsschirmes auch für Wien, für die Bundeshauptstadt Wien, und vor allem für seine Bürger hier in Wien besprechen zu können, vor allem für die Bürger hier in Wien und in Österreich, die Bürger, die nichts mitbestimmen dürfen, wenn es um so eine grundsätzliche Entscheidung geht wie hier um diesen EU-Rettungsschirm.

Ich möchte ganz am Anfang mit einem Vorurteil aufräumen. Es wird ja auch behauptet, dass der Herr Bundeskanzler Faymann und die österreichische Bundesregierung völlig untätig sind. Lähmung, Stillstand gemeinsam mit der ÖVP in der Regierung. Aber damit tut man ihnen eigentlich unrecht, weil wenn es ums Schuldenmachen geht, entwickelt die Bundesregierung eine Energie, die ihresgleichen sucht! (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn ich jetzt der Herr Kollege Ellensohn wäre, der „Mister Ordnungsruf“, dann würde ich sagen: „kriminelle

Energie“, aber so weit will ich ja nicht gehen, weil sich das die Menschen sowieso denken. Aber seit Ende 2006 ist der Gesamtstand der Bundesschulden um 44 Milliarden EUR auf 205 Milliarden EUR angewachsen und das ohne ausgelagerte Schulden! Und damit kommen wir auf eine Gesamtverschuldung Österreichs von 241 Milliarden EUR. Es ist eine besondere Dynamik eben seit der Kanzlerschaft von SPÖ-Kanzler Werner Faymann sichtbar, weil seit Ende 2008 explodieren die Schulden um knapp 40 Milliarden EUR. Auch im roten Wien ist es ja rekordverdächtig, dass im Jahre 2010 die Schulden um 57 Prozent explodiert sind und das nur innerhalb eines Jahres. Alleine für die Banken haftet die Republik Österreich aktuell mit 21 Milliarden und die rot-schwarze Regierung hat kein Problem damit, als braver Erfüllungshelfer bei der angeblichen Eurorettung weitere enorme Haftungen für die maroden Länder einzugehen. Das ganze Geld geht ja wiederum nicht an die Bürger, sondern nur an die Banken.

Sie kennen vielleicht ein neues Hobby aus Australien, das heißt Planking. Man legt sich flach auf den Boden oder flach sonst wohin auf den Bauch und fotografiert oder filmt sich dabei. Das ist ein neues Hobby aus Australien. Das hat auch der ... (GR Dipl-Ing Martin Margulies: Vorzeigen!) Vorzeigen werde ich es nicht, aber in der „ZiB 2“ wurde es vom Herrn Wolf im ORF schon sehr gut präsentiert. Aber ich frage mich, das Planking kommt gar nicht aus Australien, denn bei uns in Österreich üben das unsere Regierungspolitiker, seitdem wir in der EU sind, seit vielen Jahren aus. Sie liegen am Bauch vor der EU und das ist Planking und das kommt eigentlich aus Österreich und nicht aus Australien, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ.)

Diese Regierung zockt! Sie zockt auf extrem gefährliche Art und Weise mit der Zukunft unseres Landes und sie bietet auch nicht die geringste Perspektive, wie wir aus diesem Schlamassel irgendwann wieder herauskommen sollen, nämlich dass die heutige Jugend extrem in der Zukunft und für die Zukunft belastet wird. Und das ist vollkommen verantwortungslos! Sie machen eine weitere Schuldenpolitik auf dem Rücken zukünftiger Generationen hier in unserem Land. Und es werden auch ganz eindeutig die völlig falschen Schwerpunkte gesetzt. Das war auch bisher immer Ihr Konzept im Bund und in Wien, weil die Finanzpolitik der Bundesregierung ja im Wesentlichen aus drei Säulen besteht: Die Säule Nummer 1 ist Schulden Machen, die Säule Nummer 2 ist Steuererhöhungen und die Säule Nummer 3 ist das Verschenken des österreichischen Steuergeldes an die EU und ihre Großbanken!

Und die drei Säulen in Wien sind ja ähnlich: Schulden Machen, Gebührenerhöhung und Geld Verschenken an rote Vereine, erhöhte Werbungen und erhöhte Aufträge an rote Firmen. Das sind die drei Säulen, die das Schulden Machen und die Finanzpolitik in Wien und im Bund ausmachen. Das ist ein budgetäres Bermuda-Dreieck, das alles verschlingt, was sich ihm nähert, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Beifall bei der FPÖ.)

Man sieht, dieser EU-Rettungsschirm ist ein Fass ohne Boden, weil man ja offenbar plant, die Zahlungen

an die Europleitestaaten so lange fortzuführen, bis alle anderen Staaten in Europa selbst bankrott sind. Und die Frage ist ja: Für wen werfen wir diese Gelder in Wirklichkeit zum Fenster hinaus? Es ist nicht für das einfache griechische, irische oder portugiesische Volk. Nein, keineswegs! Das wäre ja zumindest noch halbwegs ein Ansatz, den man sich überlegen könnte. Aber davon sehen die Menschen überhaupt keinen Cent. Wir zahlen nicht für die Menschen in diesen Ländern, sondern wir zahlen für die Banken und wir zahlen für die Spekulanten. Und wer muss zahlen? Es ist der österreichische Steuerzahler, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, lehnen wir dezidiert ab! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der österreichische Steuerzahler, der muss zahlen. Er muss durch Enteignung zahlen. Er muss zahlen, weil eben weniger Sozialleistungen möglich sein werden. Er muss auch höhere Steuern zahlen und er muss auch durch eine steigende Inflation zahlen, die sich ja in den Lebensmittelpreisen besonders niederschlägt! Und unter den Auswirkungen dieser total verfehlten Politik werden vor allem die Wienerinnen und Wiener leiden müssen, weil die Bundesregierung das Geld an das finanzmarode Ausland verschenkt, aber natürlich Sparpakete im Inland dafür sorgen müssen, dass es wieder hereinkommen wird. Das bedeutet weniger Geld für Wien, weniger Investitionen hier in unserer Stadt, weniger Jobs für die Bürger, weniger Konsum und auch weniger Einkommen, aber gleichzeitig höhere Belastungen durch die Belastungskaiserin Brauner hier in Wien, die ja schon mit einem Minus von 20 Prozent am eigenen Parteitag abgestraft wurde! Und wenn die Frau VBgmin Brauner weiteres Sparen ankündigt, dann ist das ja eine gefährliche Drohung, weil nichts gegen Sparen, überhaupt nichts gegen Sparen dort, wo es notwendig ist, dort, wo es sinnvoll ist, zum Beispiel eben bei der Eigenwerbung des roten Wien, zum Beispiel bei den roten Vereinen. Da gehört der Sparstift angesetzt. Dieser rote Sumpf gehört trockengelegt, aber nicht woanders, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Da könnte man hunderte Millionen Euro pro Jahr einsparen. Aber wie schaut das Sparen in Wien bisher aus? Es werden heuer 300 Millionen EUR eingespart und gekürzt wird vor allem bei der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt. Und das Ergebnis ist, während in den anderen Bundesländern die Arbeitslosigkeit zurückgeht, steigt sie in Wien weiter an.

Die kommunalen Investitionen werden um 103 Millionen gekürzt, die Wohnbauförderung um 60 Millionen, die Spitäler werden kaputt gespart, Lehrer werden eingespart, 160 Lehrer, dann wieder 140 Lehrer und dazu kommt dieser unglaubliche Gebührenwucher. Wir haben ja in den Jahren von 2006 bis 2010 Gebührenssteigerungen von bis zu 30, 35 Prozent beim Gas, beim Kanal und beim Müll und das, obwohl der Rechnungshof feststellte, dass es sich bei diesen überhöhten Wiener Gebühren um eine Art Steuer fürs Budget handelt, was eigentlich illegal ist. Und in diesem Stil wird es im roten Wien munter weitergehen. Die Tarifierhöhungen für die Öffis stehen im Herbst an. Kurzparkzonen sollen ausgeweitet werden.

Die Frau Vassilakou setzt sich da durch. Also man kann nur sagen: Wir hoffen, dass diese griechische Tragödie nicht fünf Akte haben wird, sondern weniger als fünf Akte, dass es bald ein Ende haben wird. Wir hoffen, dass es bei dieser einen Uraufführung bleiben wird, weil dieses Theater darf nicht weitergespielt werden, dieses Trauerspiel hier in Wien! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Also alles wird teurer, die Bürger werden belastet. Wir stellen auch heute gemeinsam mit der ÖVP einen Antrag, damit diese Gebührenerhöhung auch eingestellt wird, weil dieser Antrag ist wichtig und richtig, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es muss mit dem Ausplündern der Österreicher endgültig Schluss sein. Unser Geld für unsere Leute! Es darf hier kein einziger österreichischer Euro mehr Pleitestaaten oder Spekulanten in den Rachen gesteckt werden oder flüssig gemacht werden, denn wie kommt denn die österreichische Bevölkerung dazu, laufend für Bankrotteure in die Tasche greifen zu müssen? Wie kommen die Wienerinnen und Wiener dazu, ständig wegen Ihrer falschen Politik hier brennen zu müssen? Und mit welcher Legitimation verschenkt der Bundeskanzler Milliarden an Steuergeldern nach Griechenland? Wann wird endlich die Volksabstimmung stattfinden, die der Herr Faymann bei grundlegenden Änderungen, was EU-Politik betrifft, angekündigt hat? Wann findet die Volksabstimmung endlich statt, wenn es um Vertragsänderungen geht? Man sieht, die SPÖ kann ihr Wort einfach nicht halten. Die SPÖ steht nicht zu ihrem Wort. Das ist reiner Populismus, von Volksabstimmungen zu reden, aber diese dann im Endeffekt nicht stattfinden zu lassen! Es kann die Devise nur lauten: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der einzig gangbare Weg kann nur folgender sein: Keine weiteren Schutzschirme für ein unionseuropäisches Land. Die Rücknahme beziehungsweise Blockade aller Beschlüsse und Haftungen und Zahlungen. Die Milliarden an Transferzahlungen mögen hier in den wettbewerbsfähigen Staaten belassen werden. Wir brauchen eine Schaffung eines Hartwährungsraumes um den früheren D-Mark-Block. Ich möchte den Beschlussantrag einbringen, der lautet:

„Der Wiener Gemeinderat fordert die Bundesregierung und insbesondere die zuständige Bundesministerin für Finanzen auf, auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene für eine Schaffung eines europäischen Hartwährungsraumes um den früheren D-Mark-Block einzutreten.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Das alles wären sinnvolle Lösungen, aber Sie, ganz bekannt, Sie fahren im Endeffekt immer nur eine Politik, die genau die falschen Entscheidungen auch hier beinhaltet. Sie fahren die falsche Politik!

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** *(unterbrechend)*: Zum Schlusssatz kommen.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS *(fortsetzend)*: Es ist kein Wunder, dass die Regierung im Bund und in

Wien unten durch ist und die Menschen sich nach einer Alternative sehnen. Und ich sage Ihnen: Die Zeit ist reif! Die Zeit ist reif für eine FPÖ hier in Wien und in der Republik Österreich! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich eröffne die Debatte. Für die nun folgenden Wortmeldungen möchte ich bemerken, dass die Redezeit für den Erstredner jeder Fraktion 30 Minuten beträgt, die Redezeit jedes weiteren Redners ist mit 15 Minuten begrenzt. Als nächster Redner hat sich Herr GR Herzog zum Wort gemeldet und ich erteile es ihm.

GR Johann **Herzog** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Vorsitzender!

Das heutige Thema Europäischer Stabilitätsmechanismus in Bezug auf Wien ist ein sehr ernstes Thema, weil es Belastungen für viele, viele Jahre für Österreich und Wien, die Bundeshauptstadt, bringen wird und durch diesen Stabilitätsmechanismus und seine Dauerwirkung mit Sicherheit davon ausgegangen werden kann, dass Europa destabilisiert wird und dass auch Wien betreffend den Finanzstandort und das Sozialgefüge selbstverständlich in Unordnung geraten wird. Das ist jetzt schon ein Fass ohne Boden. Allein Griechenland hat 110 Millionen bekommen, andere auch noch Riesenbeträge. Es ist jetzt schon wieder mit einiger Sicherheit mit einem weiteren Betrag von 65 Milliarden für Griechenland zu rechnen. Irland hat sich schon für die nächste Zahlung angestellt und so weiter, und so weiter. Das heißt, ein Fass ohne Boden und das Entscheidende ist: Bei diesem Fass ohne Boden gibt es auch keine Gesundung. Dieses Paket hat keinerlei Wirkung ausgeübt. Die Verschuldung Griechenlands ist die gleiche, eingespart wurde nichts, die Ziele wurden nicht erreicht. Der Markt hat das ganze Hilfspaket der Europäischen Union und des IWF nicht angenommen und steht weiterhin auf der Bremse, was Investitionen und Geld für Griechenland bedeutet. Dazu muss man sagen, dass der IWF offensichtlich ja drauf und dran ist, sich aus der Situation zurückzuziehen, weil die Grundvoraussetzungen, nach denen der IWF sein Geld vergibt, von Griechenland nicht eingehalten wurden und werden.

Ich darf einmal damit beginnen, dass ich ganz einfach nur kurz anreiße, welche Probleme in den Wiener und österreichischen Zeitungen in den letzten paar Tagen hier vorgebracht wurden. Da steht einmal in der „Presse“ vom 30. Mai: „Griechische Banken vor dem Kollaps.“ Sie beziehen sich auf den „Spiegel“, der also in seinem letzten Bericht feststellt, dass der Internationale Währungsfonds und die Europäische Zentralbank und die EU-Kommission festgestellt haben, dass Griechenland kein einziges der vorgeschriebenen Ziele erreicht hat. Das ist einmal das eine.

Weiters wird heftig diskutiert, auch in Österreich, welche Möglichkeiten sich ergeben. Der Bank Austria Volkswirt Stefan Bruckbauer schlägt eine Umschuldung vor, hat sich allerdings hier selbst bereits mit verschiedenen Modellen eingebracht, einerseits mit einem Haircut von 50 Prozent, andererseits spricht er jetzt von einer sanften Umschuldung, was immer das bedeutet. Es

würde eine Laufzeitverlängerung und Zinsensenkung heißen, die übrigens bereits in Griechenland erfolgt ist, wo deutlich auf 5 Prozent Zinsen herabgesetzt wurde und die Rückzahlung auf siebeneinhalb Jahre verlängert wurde. Die EZB, die Europäische Zentralbank, würde bei einem harten Schuldenschnitt befürchten, dass das Bankensystem gefährdet wird. Aber man muss dazusagen, dass sie hier aus Eigeninteresse spricht, weil letzten Endes die EZB durch unvernünftige Politik, durch Aufkauf von Schrottpapieren aus Griechenland, einen Betrag von 50 Milliarden angehäuft hat.

Weiters braucht Irland mehr Geld, das habe ich schon gesagt, und nach Griechenland wird sich eine Zinserhöhung in der EZB weiter einstellen. Eine war schon, bis zum Jahresende werden welche nachfolgen. Das heißt also mit anderen Worten, wir stehen, und die EZB ist dabei bemüht, das zu verhindern, vor einem Jahrzehnt der Inflation. Inflation ist ja beim Schulden Machen, wenn man nicht spart, das einzige Mittel, wie man diese Schulden wieder in den Griff bekommt. Wenn man schlicht und einfach eine Inflation, wie sie in den 70ern in Österreich geherrscht hat, von 10 Prozent einige Jahre lässt, ist irgendwann sozusagen dank der Verluste der eigenen Bevölkerung der Schuldenpegel wieder auf null gestellt. Das ist das eine. Dann weiters befürchten die Staatsbanken die Griechenpleite, ganz klar. Ich habe schon gesagt, die Notenbankner hängen hier in erster Linie drinnen, weil sie mit Großbeträgen drinnsitzen. Aber auch die Österreichische Nationalbank dürfte mit zwei Milliarden auf alle Fälle mit im Boot sein. Dann ist interessant, dass ja alle möglichen Versuche gestartet wurden. Zum Beispiel hat es ja ein Krisentreffen in Athen gegeben, das glatt gescheitert ist. Es hat sowohl in Griechenland keine Einigung gegeben wie auch das Gespräch selbst zwischen EU, IWF und Griechenland ebenfalls zu keinen Ergebnissen geführt hat. Ein Ergebnis ist, wenn der Internationale Währungsfonds abspringt hat bereits Jean-Claude Juncker angekündigt, dass die Europäer das übernehmen müssen. Das heißt, es kommen neue Belastungen auf unser Land und auf unsere Stadt zu. Die Niederländer haben einmal festgestellt, sie werden das ablehnen. Wir werden sehen und ich hoffe, dass es dabei auch bleibt.

Es gibt eine Reihe von sonstigen ungunstigen Aktionen innerhalb der EU, Geheimgesprächen, die dann doch bekannt geworden sind. Österreich war natürlich nicht dabei, aber andere Länder haben hier einfach irgendwelche Entwicklungen versucht einzuleiten ohne die Teilnahme Österreichs, ganz klar. Entscheidend ist natürlich eines, ganz interessant: Da werden auch die Schulden, die es gibt, also die Auslandsschulden der Griechen, mit 330 Milliarden EUR bewertet, davon sind 130 Milliarden bei europäischen Banken. Und wenn ein Schuldenschnitt mit 50 Prozent käme, wären das deutliche Verluste. Am ärgsten betroffen wären die französischen Banken mit 53 Milliarden und die bundesdeutschen mit 34 Milliarden, die österreichischen mit 3.

Das entspricht genau diesen 10 Prozent, die Österreich immer in irgendeiner Form parallel zu Deutschland eben entwickelt.

Das ist also in etwa der Stand der Dinge, wie er sich jetzt ergeben hat und was in den Zeitungen Österreichs hier diskutiert wurde. Ich glaube eben, man wird feststellen müssen, der Rettungsschirm ist ein Fass ohne Boden. Griechenland hat, wie gesagt, 110 Milliarden bekommen, 65 sind offen, Irland 85, Portugal 90. Irland will bereits eine weitere Zahlung haben. Das Hauptproblem, und das ist das Erschütternde an der ganzen Sache, ist der Eindruck, dass sämtliche europäische Regierungen, besonders die österreichische, von ausgeprägter Hilflosigkeit geprägt sind, das heißt, es besteht nicht geringste Übereinstimmung und auch nicht die geringste Bereitschaft, Maßnahmen zu setzen, dem Punkt ein Ende zu setzen. Der Europäische Stabilitätsmechanismus hängt in der Luft, er ist verfassungsmäßig nicht abgesichert. Es wird europäisches Primärrecht geschaffen, allerdings muss man dazu sagen, unter Bruch der Europäischen Verfassung, denn der Maastrichter Vertrag hat festgelegt, dass eine Schuldenübernahme, eine Haftungsgemeinschaft, eine Transferunion ausgeschlossen ist und das genau ist jetzt erfolgt. Das hat zur Folge, dass, wenn das passiert, auch künftig weiterhin Beschlüsse gefasst werden können, die für den Steuerzahler unübersehbare Ausmaße annehmen können. Es genügen Beschlüsse in Brüssel und Österreich zahlt mit.

Auch in Österreich, muss man feststellen, ist bedauerlicherweise das Parlament von der Mitwirkung ausgeschlossen worden. Still und heimlich hat die österreichische Regierung hier zugestimmt. Und was meiner Meinung nach ganz besonders schlimm ist, sie hat auch die österreichische Bevölkerung im Unklaren gelassen, welche Folgen für uns entstehen.

Irland, Portugal und Griechenland können sich an und für sich nicht gerade zurücklehnen, aber ganz so schlimm, wie das von den Geberländern verlangt wird, laufen die Dinge nicht. Es wird auf weiten Strecken nichts durchgeführt. Die Iren wollen ja auch bereits eine Herabsetzung der Zinsen und die Steuerquote in Griechenland ist 36 Prozent im Gegensatz zu 47 hier in unserem Land. Das heißt also, im Grund genommen ist zu befürchten, dass der Wohlstandsunterschied zwischen Österreich, Deutschland, Holland und den wohlhabenden Staaten auf der einen Seite und den Pleitestaaten, aber auch den anderen, eingeebnet wird und wir irgendwo, und das ist vielleicht sogar ein Regierungsziel der Europäischen Union, in der Mitte zusammenkommen. Wir geben her und die anderen bekommen. Die österreichische Regierung, wie gesagt, verteidigt einen Status quo, der keiner ist. Es wird einfach aus Hilflosigkeit, aus reiner Verwirrung und aus Nichtwissen, wie es weitergehen soll, ein Status quo fortgeschrieben.

Es wird gutes Geld weiter in dieses Fass ohne Boden hineingeworfen, wie gesagt entgegen dem Vertrag von Maastricht. Das ist nun, wenn man das genau betrachtet, die erste große Krise des Euro, die passiert. Man muss leider daher die Schlussfolgerung daraus ziehen, dass der Euro offensichtlich eine Schönwetterwährung ist. Er hatte ja schon von der Gründung her einen Geburtsfehler, der darin besteht, dass man versucht hat, eine Währung über verschiedene Wirtschaftsräume, die nicht

kompatibel sind, zu stülpen und das ist, wie man sieht, misslungen.

Die Bundesregierung und die Stadt Wien werden das Geld, das an die Pleitestaaten geht, selbstverständlich mit Sparpaketen und mit Steuererhöhungen vom Bürger in Österreich und in Wien wieder einfordern. Das ist wohl keine Frage. Wie gesagt, das ist eine unglaubliche Vorgangsweise, dass man einerseits Beschlüsse ohne Parlament auf Regierungsebene fasst und dass man die österreichische Bevölkerung im Unklaren lässt und eigentlich dumm sterben lässt.

Die Situation als solche ist eine mehrfache, was die Verschuldung betrifft. Es hat einmal das Griechenlandpaket gegeben, dann den ersten Rettungsschirm, der bis 2012 befristet ist. Mit 2013 kommt der dauerhafte Eurorettungsschirm, dieser Europäische Stabilitätsmechanismus ESM mit 700 Milliarden Gesamtkapital, 80 Milliarden Grundkapital, der Rest sind Garantien. Wir können davon ausgehen, dass in diesen Garantien selbstverständlich Summen stecken, die auch schlagend werden, das heißt, Österreich wird das sehr wohl bezahlen müssen. Es ist interessant, dass die Gesamtsummen, die hier genannt werden, der Schuldenberg Europas und die Zahlungen der reichen an die weniger reichen Staaten etwas ist, was also offensichtlich nach oben offen ist.

Hans Werner Sinn, der bekannte Ökonom aus München, hat festgestellt, dass auf Grund der Tageskredite, die schon die längste Zeit an notleidende Staaten vergeben werden, Haftungskredite für die Eurorettung in der Zwischenzeit auf einen Betrag von ungefähr 1 500 Milliarden EUR angewachsen sind. Also die 700 sind bestenfalls die Hälfte von dem, was wirklich diskutiert wird und im Gespräch ist. Das muss man auch mal wissen.

Weiters, welche Möglichkeiten gibt es überhaupt, um hier Veränderungen herbeizuführen? Da gibt's einmal die Laufzeitverlängerung. Das „Handelsblatt“ hat das als sehr wahrscheinlich bezeichnet. Griechenland hat ja bereits im März bei den EU-Staaten und beim IWF längere Laufzeiten beantragt und ausgehandelt. Nun wünscht sich das Land für den gesamten Schuldenberg von 330 oder 340 Milliarden eine ähnliche Regelung. Und diese Laufzeitverlängerung ist natürlich, muss man dazusagen, die einfachste, nicht die billigste, aber die einfachste Methode, die den Politikern, die das zu handeln haben, am wenigsten weh tut, denn es ist eine Scheinlösung. Die Probleme werden nur hinausgeschoben. Die Verschuldung der Pleitestaaten wird weiter steigen. Der Markt wird Griechenland, aber auch die anderen Staaten auch weiterhin nicht in irgendeiner Form mit Investitionen einbeziehen. Und außerdem werden, wie gesagt, 65 Milliarden zusätzlich folgen und weitere Milliarden werden sicherlich noch durchgepeitscht werden. Das heißt mit anderen Worten, es gibt also nunmehr einen Weg des geringsten Widerstandes und ich fürchte, dass dieser von der österreichischen Bundesregierung beschritten wird. Das ist eine bedauerliche Sache, weil das aufs Geld der Steuerzahler geht.

Das andere wäre, wie gesagt, dieser sogenannte Haircut, Streichung von 50 Prozent der Schulden. Aber das ist etwas, was die europäischen Banken treffen

würde und daher von der Bundesregierung, von SPÖ und ÖVP, nicht vertreten wird, weil die in erster Linie Bankeninteressen vertreten und hier ihre Interessen natürlich bedroht sehen. Entgegen der Parteitagshetorik des Herrn Bundeskanzler Werner Faymann ist das der Kern der Politik der Bundesregierung. Die Bankenrettung, Bankeninteressen sind das, was hier einem Haircut entgegensteht, was eine nicht ganz unvernünftige Regelung wäre, wenn sie vernünftig durchgeführt wird, weil nämlich alle jene Spekulanten, die bisher Geld von der EZB mit, was weiß ich, 1 Prozent, 2 Prozent Zinsen genommen haben und sich bei griechischen Schrottpapieren mit einer Verzinsung zwischen 16 und bereits 25 Prozent eingekauft haben, ein gutes Geschäft gemacht haben im klaren Wissen, dass ihnen nichts passiert, weil der Steuerzahler letztendlich, wenn es schiefgeht, dafür haftet. Das heißt also, die Gewinne werden privatisiert und die Verluste sozialisiert und das ist der Kern sozialdemokratischer Politik! (Beifall bei der FPÖ.)

Weiters natürlich der Austritt aus der Eurozone. Das hat bereits der Klubobmann angesprochen. Weiters Umschuldung. Umschuldung ist ein weites Feld. Da kann man alle möglichen Maßnahmen setzen. Ich möchte nur feststellen, dass die „Financial Times Deutschland“ am 16. Mai festgestellt hat: „Griechenland muss umschulden. Kein privater Investor wird dem Land frisches Geld geben. Es droht eine Dauersubventionierung.“ Und ich fürchte, damit haben sie recht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte aber ganz kurz auch darauf eingehen, dass die gesamte Wirtschaftswissenschaft in Deutschland zumindest, aber auch teilweise in Österreich, sich mit riesigen Mehrheiten, 80 bis 90 Prozent, klar gegen diese Politik der deutschen Bundesregierung, der EU und damit auch der österreichischen gestellt hat. Es wurden gemeinsame Manifeste verfasst, die veröffentlicht wurden. Es haben sich zum Beispiel - das werde ich noch ein bisschen versuchen vorzulesen, wenn die Zeit dazu reicht - im „Handelsblatt“ zwölf führende Wirtschaftsleute der Bundesrepublik klar dagegen ausgesprochen, interessanterweise auch der Rechnungshof, der offensichtlich andere Kompetenzen hat als hier in Österreich. Und da wurde festgestellt: „Ein Bericht des Bundesrechnungshofes hat die Abgeordneten aufgeschreckt. Die finanziellen Risiken für Deutschland mit der Errichtung des künftigen Eurorettungsschirmes sind größer als bislang bekannt. Die Einschätzung der Bundesrechenprüfer ist, dass das unbegrenzte Zahlungen in den Rettungsfonds bedeuten wird ohne dass das der Bundestag noch beeinflussen kann.“

Das ist ein entscheidender Unterschied zur österreichischen Politik. Das Parlament, der Bundestag lässt sich im Unterschied zum Nationalrat nicht entmachten und kaltstellen. Kein ÖVP- oder SPÖ-Abgeordneter hat meines Wissens nach irgendwo eingefordert, dass man endlich hier auch im Parlament darüber redet, dass man im Parlament Beschlüsse macht. Merkel wurde gezwungen, dass so was selbstverständlich passieren muss in Deutschland.

Genauso wie es hoffentlich feststeht, dass auch das Einzelabrufen von Beiträgen in den nächsten Jahren

selbstverständlich nur mit dem Bundestag geht. Ich glaube nicht, dass ein ÖVP- oder SPÖ-Abgeordneter in irgendeiner Form bis heute auch nur irgendwo so etwas versucht hat zu erreichen. Weiters gibt es einen hochinteressanten Artikel eines sehr bekannten Mannes, des Markus C Kerber, einer der führenden Wirtschaftstheoretiker Europas. Der sagt eben, Maastricht wollte eine Währungsunion souveräner Staaten schaffen mit klaren Regeln, keine kollektive Haftung der Mitglieder. Das hab' ich eh schon gesagt. Die vertragliche Basis der EU, der Lissabon-Vertrag und eben auch Maastricht, sollen fundamental geändert werden. Die legalisierte Transferunion ist ein Bruch der EU-Verfassung. Es wurde lange Zeit von Merkel versprochen, aber das ist ein bundesdeutsches Problem, dass es keine Verlängerung dieses Rettungsschirms geben wird. Stattdessen gibt es jetzt sogar eine Verfestigung und Einführung eines Primärrechtes. Es ist ganz interessant, dass der wissenschaftliche Beirat beim deutschen Finanzministerium, das ist ein höchstrangiges Gremium, Minister Schäuble brieflich gleich Folgendes wissen ließ: „Mit dem ESM wird eine Institution geschaffen, die zwar kurzfristig eine Stabilisierung der Finanzmärkte bewirkt, gleichzeitig aber die Fehlsteuerung in der Finanzpolitik und auf den Kapitalmärkten befestigt. Finanzhilfen fließen in Länder mit maroden Staatsfinanzen. Diese Hilfen werden von den Steuerzahlern der Länder mit soliden Staatsfinanzen getragen. Das nimmt der Politik die Anreize, Verschuldung von Finanzkrisen vorzubeugen. Zudem behalten private Investoren ein falsches Risikoverhalten bei. Wir haben es schon gesagt, die legen an und sind sicher, dass sie, wenn es schiefgeht, gerettet werden. Es werden hier vom wissenschaftlichen Beirat des Finanzministeriums ebenso die Sozialisierung der Verluste und die Privatisierung der Gewinne beklagt. Auch in Österreich, ganz nebenbei, hat es also entsprechende Gutachten gegeben. Fünf Institute haben Studien gemacht, die ETH Zürich und auch das österreichische IHS waren dabei und kommen zu den gleichen Schlüssen, dass die Politik der EU, Deutschlands und Österreichs eine falsche ist.“

Ich darf noch ganz kurz, viel Zeit bleibt ja nicht mehr, darauf hinweisen, dass eben hier ein gemeinsames Manifest im „Handelsblatt“ vom, warten Sie einmal, 18. April festzustellen ist. Da wird festgestellt: „Zwölf gegen Merkel.“ Es gibt also hier, ich kann das ja eh nicht voll vorlesen, aber ein bisschen: Clemens Fuest, Ökonomeprofessor in Oxford, sagt, dass die privaten Gläubiger ungeschoren bleiben und dass die Hilfen des ESM nur mit einem Schnitt möglich gemacht werden sollten. Weiters Charles B Blankart ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirates beim Bundeswirtschaftsministerium und der stellt fest, dass hier das Parlament Etatentscheidungen so großen Umfangs nicht auf unbestimmte Zeit den prüfenden Behörden und auch nicht der Regierung überlassen darf. In Österreich gibt es hier in ÖVP und SPÖ offensichtlich eine andere Meinung. Er spricht von Krisenszenarien und sagt, dass die 110 Milliarden EUR schwere Griechenlandhilfe vom April 2010 die Bundesregierung in Deutschland hätte stutzig machen müssen: „Die Bewältigung vorangegangener Staatsbankrotte,

großer Staaten wie Mexiko, Indonesien, Russland, Argentinien und Pakistan von 1995 bis 2001 kostete nur ein Fünftel der Summen, die nun für das eher kleine Griechenland aufgewendet werden. Frankreichs Banken - der Grund ist auch ganz klar, denn durch diese Griechenlandgeschichte sind Frankreichs Banken ins Trudeln gekommen und Sarkozy hat es durchgesetzt, das Problem nicht innerstaatlich zu lösen, sondern auf Europa abzuwälzen und damit die Gesamtragehilfe, eben eine Haftung europäischer Staaten für die französischen Banken, auch herbeizuführen.

Der Dieter Spethmann, Chef des Thyssen-Konzerns, sagt, dass kein Steuergeld für Griechen und Co ausgeschüttet werden soll. Ulrich Blum ist Präsident des Institutes für Wirtschaft, Forschung in Halle und er sagt, es soll nicht an Symptomen herumgedoktert werden, sondern man muss Lösungen finden, die tragfähig sind.

Gustav A Horn ist der Leiter des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und er stellt fest, dass die Regierungen beschlossen haben, den Rettungsschirm auszuweiten und auf Dauer einzurichten, aber die Märkte wollen sich nicht beruhigen. Der Rettungsschirm hat ein großes Loch, weil eine Klausel besteht, dass Umschuldungen von Mitgliedern des Euroraumes möglich sind und dadurch die Qualität von Anleihen des Euroraumes massiv verändert wurde. Also auch aus Gewerkschaftskreisen gibt es hier klare, entsprechende Widersprüche.

Herr Konrad ist Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirates beim Bundesfinanzministerium und er sagt: „Gern weist die deutsche Politik darauf hin, dass der ESM eben keine Blankoschecks ausstellt. Der Rettungsfonds soll nur unter strengen Auflagen vergeben werden. Nur, diese harten Anstrengungen, die da sind, werden im Großen und Ganzen nicht vollzogen. Strenge Auflagen werden zwar gemacht, aber im Grunde genommen nicht eingefordert. Und grundsätzlich muss man feststellen, eine Überschuldung kann man nicht einfach gesundsparen. Man muss hier eben nicht eine Symptomkur machen, sondern die Ursachen beseitigen.“

Peter Bofinger ist Mitglied des Sachverständigenrates und sagt, die Regierungen hätten aus den Krisen nichts gelernt. Ein Staatsrechtler bedauert oder fordert die Berücksichtigung und die Einbeziehung des Bundestages ein. Und ein anderer Professor für öffentliches Recht an der Universität Speyer sieht eine Verfassungskrise auf uns zukommen. Dann weiters, Jörg Krämer ist Chefvolkswirt der Commerzbank und er stellt fest, dass eben die Geberländer der schwächeren Eurozone mit dieser Gewaltkur der Finanzmittel keine Hilfestellung als solches bringen werden. Das heißt, es gibt also in der Wissenschaft eine weitgehend einhellige Ablehnung, in der Bundesrepublik ziemlich durchgehend.

Bei uns hat man sich nicht geäußert. Auch die Wissenschaft hat sich hier zurückgehalten. Die Bundesregierung hat es vorgezogen, überhaupt nichts zu sagen. Sie hat alle dumm sterben lassen. Es wurde überhaupt nichts in irgendeiner Form gesagt, was passiert. Die Bevölkerung weiß nicht, was auf sie zukommt. Im Großen und Ganzen hat sie auch keine eigenen Ziele und Vorstellungen entwickelt. Sie hängt an den Rockschößen

von Finanzminister Schäuble und damit fühlt sie sich offensichtlich wohl.

Ein anderer Punkt, den ich noch anbringen möchte, ist der Inhalt eines Beschlussantrages und zwar betreffend ein verbindliches Insolvenzverfahren. Wir brauchen, der Text ist nachlesbar, Sie haben ihn alle bekommen, sicher in Europa einfach eine handbare Möglichkeit, von Insolvenz bedrohte Staaten in irgendeiner Form sozusagen abzuhandeln. Wir brauchen daher ein verbindliches Insolvenzverfahren für von Zahlungsunfähigkeit bedrohte bankrotte Staaten. Und hier kann man nicht wie bisher einfach wirt, ohne Ziel, ohne Plan einfach Geld irgendwo hineinstecken, wie es den Leuten gerade einfällt. Das macht die Europäische Kommission in Privataktion. In Österreich ist meines Wissens nur einmal beim ersten Mal für den ersten Teil des Rettungspaketes für Griechenland das Parlament gefragt worden, seitdem nicht mehr. Das heißt also, wir brauchen Regeln, die sich hier ergeben. Daher gibt es einen Beschlussantrag der FPÖ-Gemeinderäte Mag Johann Gudenus, Herzog, Mag Jung, Mag Ebinger betreffend Schaffung eines verbindlichen Insolvenzverfahrens für bankrotte Mitgliedsstaaten:

„Der Wiener Gemeinderat fordert die Bundesregierung auf, in Brüssel die Schaffung eines verbindlichen Insolvenzverfahrens für bankrotte Mitgliedsstaaten durchzusetzen.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Abschließend kann ich nur sagen, wir müssen diese verfehlte Politik, wie sie jetzt abläuft, wieder in den Griff bekommen. Wir fordern die Regierungsparteien in Wien, aber vor allem im Bund auch auf, endlich dafür Sorge zu tragen, dass Rechtsstaat Rechtssaat bleibt, dass die Verfassung der EU eingehalten wird, dass eine Transferunion entgegen sämtlichen Bestimmungen der EU nicht Platz greifen soll und dass der österreichische Steuerzahler weiß, um was es geht. Faymann hat ein Versprechen abgegeben, wenn europäisches Primärrecht, Verfassungsrecht geschaffen wird, dass dann eine Volksabstimmung kommen muss. Man muss die Bevölkerung über diese Dinge fragen, ohne das geht das nicht, denn eines ist auch klar: Entmachtung des Volkes und Entmachtung des eigenen Parlaments sind etwas, was der Demokratie zutiefst schadet und das wollen wir verhindern. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr StR Mag Gerstl und ich erteile es ihm!

StR Mag Wolfgang **Gerstl**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin heute in zweierlei Hinsicht besonders verwundert. Erstens, dass wir einen Sondergemeinderat haben zum Europäischen Stabilitätsmechanismus, weil ich mich frage: Was hat das mit der Kompetenz des Wiener Gemeinderates zu tun? *(GR Johann Herzog: Na, zahlen tun wir! – Aufregung bei der FPÖ.)* Aber es wundert mich auf der anderen Seite auch nicht, wenn wir das Juristische einmal beiseite lassen, dass die SPÖ ja jede sich bietende Chance aufgreift, die FPÖ als politisches Reibeisen zu benutzen. Ist es nicht so, dass die SPÖ an ihrem Landesparteitag klar zum Ausdruck gebracht hat, dass die FPÖ der Mensurgegner der SPÖ ist, und dass

Sie, meine Damen und Herren der GRÜNEN, nichts weiter sind als die zujubelnden Sekundanten Ihres Fechtmeisters Häupl. *(Beifall bei der ÖVP. – Heiterkeit bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren der SPÖ! Sie können doch nicht ernsthaft erwarten, dass Ihnen dieser politische Stil Wählerstimmen aus der FPÖ bringt! Im Gegenteil! Die Reihen der FPÖ werden nur noch dichter zusammenrücken. Daher überdenken Sie, kann ich Ihnen nur sagen, Ihre Linie, die Sie am Landesparteitag ausgegeben haben! Sie wird nicht zum Wohle Ihrer Partei sein und sie wird nicht zum Wohle des Stils der Demokratie in Wien sein! Daher überdenken Sie es lieber heute als morgen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Andererseits, meine Damen und Herren, bin ich natürlich schon sehr überrascht, dass dieser Titel gerade aus der Feder der FPÖ stammt. *(GR Mag Thomas Reindl: Die sind Jedi-Ritter! Die sind Jedi-Ritter!)* Ich bin jetzt schon bei der FPÖ. Wenn man sich nämlich den Fall Kärnten anschaut, dann weiß man, was eine Solidargemeinschaft bedeutet! *(GR Johann Herzog: Die ÖVP war dabei! Sie waren dabei!)*

Herr Klubobmann Gudenus, Sie haben letzte Woche einen großen Aktionstag am 28. Mai am Viktor-Adler-Markt unter dem Titel „Unser Geld für unsre Leut.“ gemacht. Ich habe das so verstanden, dass der Herr Strache bei den volkswirtschaftlichen Themen nicht so ganz à jour ist, aber von Ihnen als Studierter und einer, der die Mechanismen der Ökonomie eigentlich gelernt hat, habe ich mir anderes erwartet. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Na, wenn Sie das sagen! Wenn Sie das sagen!)*

Wenn Ihr Parteichef schon diese Ökonomie leugnet, dass die Hypo in Kärnten niemals ohne das solidarische Handeln der Bundesregierung und der anderen Bundesländer, auch von Wien, gerettet hätte werden können *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ja, geht schon!)* - von Ihnen hätte ich mir eigentlich mehr erwartet, Herr Klubobmann Gudenus! *(Beifall bei der ÖVP. – GR Mag Johann Gudenus, MAIS gähnt laut.)*

Sie werden auch nicht leugnen können, dass die FPÖ-Politik, die zwischenzeitlich einmal eine BZÖ-Politik war, dann ist es jetzt wieder FPK-Politik mit all Ihren beteiligten Freunden und jetzt nicht mehr Freunden *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Und wo war die ÖVP?)* beinahe ein ganzes Bundesland in den Konkurs geschickt hat. Sie wären es gewesen. Daher lasst uns das rekapitulieren:

Es war Lhptm Jörg Haider, der sich 2006 mit einer Wandelschuldverschreibung 500 Millionen EUR aus der Hypo Alpe-Adria geholt hat, um dem Land Kärnten eine Finanzspritze zukommen zu lassen. Im gleichen Jahr gab es extrem teure Swap-Verluste der Bank, nämlich in der Höhe von 328 Millionen EUR. Im gleichen Jahr ... *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Und wo war die ÖVP? Sie waren ja dabei!)* Ich greife genau Ihren Punkt auf. Wir sprechen ja jetzt über das, was hier wirklich wichtig ist. *(Beifall bei der ÖVP. – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ist der Wiener Gemeinderat für Kärnten zuständig? Ja, ist denn der Wiener Gemeinderat für Kärnten zuständig?)* Sie haben das Thema aufgegriffen, Herr

Kollege Gudenus, Sie müssen sich jetzt gefallen lassen, dass die Verluste, für die Sie verantwortlich sind, auch hier zitiert werden, und das ist die Hypo Alpe-Adria, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP. - GR Johann Herzog: Aber die ÖVP war voll dabei! - GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie waren voll dabei!)*

Im Mai 2007 hat es dann Lhptm Haider noch geschafft, die Bayern LB dazu zu bringen, 1,62 Milliarden EUR in die Hypo Alpe-Adria hineinzuschaffen. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das waren Ihre Leute! – GR Johann Herzog: Ihr wart ja dabei!)* Und er hat das so in einer Form geschafft, wie das halt von der FPÖ auch sehr üblich ist *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das sind Ihre Leute!)*, nämlich eine marode Bank an Unwissende zu verkaufen! *(GR Johann Herzog: Und die ÖVP war dabei!)* Damit hat nun die Bayern LB über 50 Prozent von der Hypo Alpe-Adria gehalten, aber das hat alles nicht genutzt. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ja, das sind Ihre Leute!)* Ein Jahr später ist das Krankenhaus zusammengebrochen. Die Hypo Alpe-Adria hatte im Geschäftsjahr 2008 einen Nettoverlust von 520 Millionen EUR gehabt *(GR Johann Herzog: Das war von der ÖVP gespendet!)* und Kärnten hat sofort aus dem Bankenhilfspaket 900 Millionen EUR verlangt und auch bekommen. Auch all das hat nichts genutzt. Kärnten hat es nicht geschafft, innerhalb eines ganzen Jahres mit dem Geld der Bundesregierung in die positiven Zahlen zu kommen. Sie haben ein Minus von mehr als 1 Milliarde EUR danach geschrieben. Und eine ordentliche Bilanz haben Sie nicht einmal mehr zusammengebracht. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Und wo ist die ÖVP gewesen?)*

Was ist dann passiert? Scheuch, Dörfler und Co sind zur Bundesregierung gegangen *(GR Johann Herzog: Und wo war die ÖVP?)* und haben gesagt, bitte, lieber Bund, greif uns unter die Arme, hilf uns endlich einmal. Wir wissen nicht mehr weiter. *(GR Johann Herzog: Sie sind voll dabei!)* Wir kennen uns nicht mehr aus. Wir brauchen euch zur Hilfe. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ihre Leute sind da die Supermacher!)*

Dann gab es eine Person, eine Person, die Sie gerettet hat, das war der ÖVP-Finanzminister Pröll *(Heiterkeit bei GR Mag Johann Gudenus, MAIS.)*, der keine Sparer im Regen stehen gelassen hat *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Er hat die Hosen voll gehabt!)*, denn mit Ihrer Politik hätten die Kärntnerinnen und Kärntner ihr gesamtes Vermögen verloren. *(GR Johann Herzog: So fragen Sie doch Ihre Parteifreunde!)* Das wäre nämlich die Situation gewesen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie, meine Kollegen von der FPÖ, heute nicht gerne hören wollen, was die EZB gesagt hat - damals war es noch in Ihrem Sinne, weil damals hat der EZB-Präsident Jean-Claude Trichet gesagt: „Wir müssen eingreifen in Kärnten, das hätte sofort einen Dominoeffekt zur Folge.“ *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Zur Sache bitte! Zur Sache!)* Und Sie waren dann sehr, sehr dankbar, dass wir die Hypo Alpe-Adria und Kärnten gerettet haben. Sie waren sehr, sehr dankbar, dass es dort nicht zu Tausenden von Arbeitslosen gekommen ist. Sie waren sehr, sehr dankbar dafür, dass das Land

Kärnten weiterhin alle Landesbediensteten bezahlen konnte (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Und Niederösterreich?) und dass die nicht von einem Tag auf den anderen kein Gehalt mehr bekommen! Sie waren sehr, sehr dankbar, dass die Spargelder weiter gesichert waren. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Reden wir von Niederösterreich!) Sie waren sehr, sehr dankbar, dass es den Leuten in Kärnten noch möglich war, nicht nur einmal zum Bankomat zu gehen, um 400 EUR abzuheben, sondern regelmäßig zum Bankomat wieder zu gehen. (Heiterkeit bei GR Mag Johann Gudenus, MAIS.) Das alles haben Sie einem ÖVP-Finanzminister Pröll zu verdanken, meine Damen und Herren von FPÖ! (Beifall bei der ÖVP. – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ja, so glorreich!)

Wie kam es überhaupt so weit dazu? (GR Mag Wolfgang Jung: Ja, wie kam es so weit dazu?) Lhptm Haider brauchte mit seinem Kollegen Kulterer eine Gelddruckmaschine (GR Mag Wolfgang Jung: Und Martinz?) und im Tausch dafür hat er der Hypo Alpe-Adria ganz hohe Haftungen des Landes gegeben. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das waren Ihre Leute!) Nicht in Höhe 1 Milliarde, nicht in Höhe von 2 Milliarden, sondern in Höhe von mehr als 20 Milliarden EUR! Und das alles bei einem Budget des Bundeslandes von 2 Milliarden EUR! Also es wurden 10 Mal mehr Haftungen ausgesprochen, als das Jahresbudget war! (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: So wie der Rettungsschirm: Eins zu zehn!)

Jetzt reden wir gerade von Griechenland und den ganzen Haftungsschirmen, die wir haben und da nehmen wir etwas her ... (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Aber Kärnten ist Österreich und Griechenland ist woanders!) Nehmen wir uns das Bruttoregionalprodukt von Kärnten her. 15 Milliarden EUR ist das Bruttoregionalprodukt von Kärnten. Über 20 Milliarden EUR hat Kärnten an Haftungen hergegeben. Das ist über ein Viertel mehr als das Bruttoregionalprodukt! Wir sind in derselben Falle gewesen wie Griechenland heute, so extrem waren Sie bereits in Kärnten verschuldet, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP. – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Wo ist Griechenland?)

Wären diese Haftungen schlagend geworden, hätte der gesamte Haftungsverbund der Hypo-Banken zur Kasse gebeten werden müssen und das Land Kärnten wäre pleite gewesen. Das hätte bedeutet, dass die Sparer zur Kasse gebeten worden wären und das hätte bedeutet, dass Sie damit nämlich die Österreicher und alle Steuerzahler in Geiselnhaft genommen hätten. (GR Johann Herzog: Die einzige Partei in Kärnten, das sind doch Sie!) Doch Josef Pröll hat das verhindert. Er hat die Bank gerettet, er hat das Land gerettet, er hat die Sparer gerettet (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ja, und dasselbe für Griechenland! Ja, ja, das ist die Logik!) und die Steuerzahler vor einer blau-orangen Katastrophe! Das ist der Dank an Josef Pröll! (Beifall bei der ÖVP. – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Und deshalb ist er zurückgetreten! – Aufregung bei der FPÖ.)

Nun zum Fall Griechenland, damit man da genau die Parallelen erkennen kann. In Griechenland ist mehr oder weniger ja dasselbe passiert (GR Mag Johann Gudenus,

MAIS: Da ist nichts mehr zu retten!), eine griechische Finanzkrise, die eine Haushaltskrise ist so wie eine Haushaltskrise des Landes Kärnten. Hier geht es um die Verschuldung des griechischen Staates in der Folge der Finanzkrise. (GR Johann Herzog: Schon der Beitritt zur Eurozone war erschwindelt!) Die griechische Regierung hat Garantien für die Banken gegeben, sie hat selbst sozusagen Kapital gegeben, das sie nicht wirklich zur Verfügung gehabt hat. Durch diese Übernahme der Bankrisiken ist natürlich auch das Staatsrisiko gestiegen und die entsprechenden Geldgeber haben auf Grund des erhöhten Risikos Griechenland nur mehr weniger Geld gegeben beziehungsweise nur zu einem höheren Zinssatz. Das führte dazu, dass Griechenland bereits 2010 auf einen Schuldenstand von über 140 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gekippt ist. Nur zum Vergleich: 60 Prozent sind die Konvergenzkriterien in der EU. Wir sind derzeit bei 70 Prozent und haben auch bei uns ein entsprechendes (Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.) Haushaltsbudget neu zu machen.

Meine Damen und Herren! Griechenland hat daher von Seiten der EU Hilfe bekommen, weil es nicht darum ging, dass wir einen Staat im Stich lassen, sondern weil es auch darum ging, dass wir die Gelder dort sichern, weil es darum ging, dass wir die Leistungsfähigkeit dort sichern (Weitere Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung – GR Johann Herzog: Durch den Einkauf von Schrottpapieren!), weil es darum ging, dass wir die österreichischen Exporte, die wir in dieses Land haben, auch entsprechend sichern, meine Damen und Herren!

Denn Sie müssen wissen, über 400 Millionen EUR haben wir Handelsbilanzüberschuss. (GR Mag Wolfgang Jung: Den haben wir aber schon seit dem EU-Beitritt!) Das heißt, wir sind sehr, sehr dankbar, dass wir die Exporte nach Griechenland führen können (GR Johann Herzog: Ja, wir zahlen ja auch dafür!) und es ist ganz wesentlich, dass diese Exporte auch aufrechterhalten werden können (GR Johann Herzog: Wir zahlen ja dafür!), weil es alleine im Fall Griechenland um rund 19 000 Arbeitsplätze in Österreich geht. Wenn Sie Griechenland pleite gehen lassen wollen, dann sind Sie diejenigen, die 19 000 Arbeitsplätze in Österreich vernichten wollen und das wollen wir nicht. (GR Johann Herzog: Da zahlen wir noch hunderte Milliarden Euro!) Dadurch unterscheiden wir uns von Ihnen. (Beifall bei der ÖVP. – Aufregung bei der FPÖ.)

Daher, meine Damen und Herren, wir haben aus dieser Krise auch gelernt. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Wir brauchen einen ÖVP-Rettungsschirm!) Wir haben wahrscheinlich bei der Griechenlandkrise zu langsam reagiert. Wir haben in dieser Krise gelernt (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Wir beschließen heute einen ÖVP-Rettungsschirm!), den Stabilitätsmechanismus neu aufzustellen und wir waren auch nicht vorbereitet, weil da mit getürkten Zahlen gehandelt wurde. Da sind wir sozusagen auf manche Dinge erst im Nachhinein draufgekommen, die heute geändert werden müssen. Und das ist, glaube ich, der Punkt, wo wir uns treffen können, wenn wir sagen: Machen wir einen neuen Stabilitätsmechanismus. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ja, für die

ÖVP! – *Aufregung bei der FPÖ.*) Schauen wir darauf, dass wir in Zukunft solche Finanzkrisen vermeiden können. (GR Johann Herzog: *Ihr habt das ja beschlossen vor Monaten in Brüssel!* – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Der Pröll! Der Pröll!*) Schauen wir darauf, dass es in Zukunft nicht mehr zu solchen Unruhen kommt. (GR Johann Herzog: *Ja, ihr habt es ja in Brüssel vor Monaten beschlossen!*) Und was passiert, wenn man sofort reagiert, zeigt sich auch jetzt, als nämlich auf die neuerliche Krise in Griechenland von Seiten der EU hier sofort reagiert wurde. Die Börsen haben sofort reagiert. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Die Spekulanten!*) Die Kurse haben sich sofort stabilisiert, nachdem jetzt klar geworden ist, dass die Griechenlandhilfe neuerlich kommen wird. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Ja, die Spekulanten, die kennen sich ja aus!*) Jetzt können wir schon darüber reden, ob das alles ist. Das ist sicherlich nicht alles, nämlich dass sich alleine durch die Ankündigung Börsenkurse stabilisieren, ist zwar positiv (GR Johann Herzog: *Logisch, wenn man Verlust erleidet, den der Steuerzahler zahlt!*), aber noch nicht alles. Aber es ist ein Punkt, über den wir auch nachdenken müssen, wie wir unser Verhalten setzen. Sie mit Ihrer Situation, dass Sie alles schlechtreden, alles schlechtmachen und mit der Hetze (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Der Hohepriester der EU!*) nach oben bringen, verbessert nicht, sondern verschlechtert alles zum Nachteil der österreichischen Sparer und zum Nachteil der österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Meine Damen und Herren (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Der Hohepriester der EU!*), der Europäische Stabilitätsmechanismus ist deshalb auch so wichtig, weil Österreich 60 Prozent des BIP im Ausland erwirtschaftet. Das vergessen Sie auch wahrscheinlich. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Nein, jetzt wo Sie es sagen! Danke!*) Wir sind nicht eine geschlossene Gesellschaft in Österreich. Wir sind nicht eine Gesellschaft, die sich alleine von ihrer Wertschöpfung, die wir hier im Inland produzieren, auch ihren Wohlstand leisten kann. (GR Mag Wolfgang Jung: *Das war aber vor der EU auch!*) 60 Prozent erwirtschaften wir im Ausland. Und mit der Exportbilanz von 448,6 Millionen EUR ganz konkret gegenüber Griechenland ist es auch besonders wichtig, dass wir diese 19 000 Arbeitsplätze für unselbstständig Erwerbstätige in Österreich erhalten. Wir lassen es daher nicht zu, meine Damen und Herren, dass die FPÖ die Finanzwirtschaft eines EU-Mitgliedsstaates oder einer Bank dazu benutzt, gegen die europäische Währung, den Euro, und seine positiven Effekte zu wettern. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Nein, nein, natürlich, Sie schaffen das!*) Wir lassen es auch nicht zu, dass Sie österreichische Arbeitsplätze einfach aufgeben wollen und dass Sie mit Ihrer Politik Leute auch kündigen wollen. Sie sagen es nur nicht (*Heiterkeit bei GR Johann Herzog.*), aber das wäre die Konsequenz Ihrer Politik und das müssen Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Der Hohepriester! – Beifall bei der ÖVP.*)

Daher lassen Sie mich auch sagen, dass Österreich von der EU generell profitiert hat. Ich weiß, dass es in

speziellen Bereichen auch Nachteile gegeben hat, die verleugne ich auch nicht. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Das ist aber nett!*) Aber wir müssen auch so weit kommen zu sagen: Generell haben wir profitiert. (GR Mag Wolfgang Jung: *Ja, der Strasser!*) Generell hat uns die EU-Mitgliedschaft rund 20 000 Arbeitsplätze jährlich gebracht, generell haben wir ein Drittel des Wirtschaftswachstums in Österreich der EU-Mitgliedschaft zu verdanken.

Meine Damen und Herren, die ÖVP wird es nicht zulassen, dass die Schuldenkrise einiger Länder der Europäischen Union und einiger Banken in diesen Ländern aus rein populistischen Überlegungen medial zu einer Eurokrise stilisiert wird. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Das ist doch schon längst!*) Ja, es gibt eine Schuldenkrise, die einige Mitgliedsstaaten der Eurozone betrifft. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Das ist doch schon längst, schon längst! Machen Sie doch die Augen auf!*) Diese Krise wurde durch falsche Wirtschaftspolitik und mangelhafte Haushaltsdisziplin (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Machen Sie doch die Augen auf!*) verursacht und sie wurde durch die globale Finanzkrise und die geänderten Rahmenbedingungen auf den Finanzmärkten verstärkt.

Ich erwarte mir, so wie wir das in Kärnten gezeigt haben, eine Solidargemeinschaft von Österreich, auch eine Solidargemeinschaft gegenüber Griechenland. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Griechenland ist kein Bundesland von Österreich!*) Ich erwarte mir eine Solidargemeinschaft innerhalb der Europäischen Union, weil es für uns auch darauf ankommt, dass wir uns nicht alleine fühlen können und alleine fühlen sollen in dieser großen globalen Wirtschaft. Österreich alleine wäre zu klein für die globale Wirtschaft. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Ja, Raiffeisen ist zu klein für Österreich!*) Daher müssen wir in Europa zusammenstehen und müssen danach trachten, dass wir unseren Wohlstand hier gemeinsam erhöhen können. Oder glauben Sie, meine Kollegen von der FPÖ, dass Nicolas Sarkozy die Person wäre oder von seiner Persönlichkeit eine solche Person wäre, die freiwillig auf Geld verzichtet und Kredite vergibt, um den Griechen ein schöneres Leben zu machen? (GR Mag Wolfgang Jung: *Na, der muss doch die französischen Banken retten! – Große Aufregung bei der FPÖ.*) Oder glauben Sie, dass das vielleicht doch mit nationalen Wirtschaftsinteressen zu tun hat (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Ahnungslos! Unglaublich!*), mit klaren Wirtschaftsinteressen, mit Gemeinschaftsinteressen? Aber Sie wollen es nicht erkennen. Sie wollen das nicht erkennen, Herr Kollege Gudenus! Das trifft Sie jetzt sehr, gell! (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Wirklich ahnungslos! Das ist unglaublich! Der Hohepriester hat keine Ahnung!*) Nicolas Sarkozy hat vielleicht ein bisschen was von seiner Persönlichkeit auch was manche Ihrer Leute haben und das trifft Sie daher sehr, meine Damen und Herren der FPÖ! (*Weitere Aufregung bei der FPÖ.*)

Und dann kommen wir noch ... (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Wirklich keine Ahnung! - GR Johann Herzog: Er war der Verursacher! Er war ja der Verursacher! Das war sein Weg!*) Und dann kommen wir noch zu

Ihnen, was Sie uns noch einreden wollen, eine Entschuldung und die Einführung der Drachme. Sie haben es schon gesagt, Herr Kollege Herzog, Sie sind auf die Entschuldung eingegangen. Sie glauben, dass eine Insolvenz Griechenlands zum Vorteil der Österreicherinnen und Österreicher wäre. (*Große Aufregung bei den GRen Mag Johann Gudenus, MAIS und Johann Herzog.*) Denn was würde das bedeuten, eine Insolvenz Griechenlands? Sie würde sofortige Abschreibungen bei österreichischen Banken bringen, sie würde bei Versicherungen und Pensionskassen Abschreibungen erfordern. Da sagen Sie jetzt Ja, ja, da sagen Sie Ja. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Und was passiert, wenn nicht?*) Es würden die Exporte nach Griechenland einbrechen. Und weil das noch so theoretisch ist, sagen Sie wahrscheinlich auch Ja, das macht Ihnen nichts. (*GR Johann Herzog: Wir brauchen Regeln gegen den Wildwuchs!*) Aber das wäre eine Kettenreaktion. Was würde das genau bedeuten? Die Versicherungsleistungen gegenüber den österreichischen Versicherungsnehmern müssten zurückgeschraubt werden. Die Pensionen müssten gekürzt werden. Die Exporte würden vernichtet werden und dann würden die österreichischen Arbeitsplätze und der österreichische Wohlstand reduziert werden. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Na, das machen Sie ja! Das machen Sie ja!*) Daher sagen wir dazu ein ganz klares Nein, meine Kollegen von der FPÖ! (*GR Mag Wolfgang Jung: Sie lassen ja diese Zustände zu! - Beifall bei der ÖVP. - Aufregung bei der FPÖ.*)

Ihr nächster Vorschlag ... Was sind Sie denn so nervös? Das ist ja unglaublich! Sie schreien die ganze Zeit da durch die Gegend! (*Beifall bei der ÖVP. - GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Der Hohepriester der EU! Sie wissen es besser!*) Das ist ja ein Wahnsinn! Können wir jetzt endlich einmal in Ruhe diskutieren? Ich hab' Ihnen auch zugehört, ja, Herr Kollege Gudenus. Aber ich weiß, das trifft Sie sehr, wenn wir über die Konsequenzen eines Austritts Griechenlands aus der Eurozone weiter reden. (*Aufregung bei GR Mag Johann Gudenus, MAIS. - GR Johann Herzog: Nein! Nein!*) Sie wollen uns einreden, dass die Drachme besser wäre. Ich komm' dann noch auf den Schilling, das ist ja genau das Gleiche. Weniger schlimm, meinen Sie (*GR Johann Herzog: Das wissen wir nicht! - Aufregung bei der FPÖ.*), was würde das bedeuten? Für die Drachme würde das eine hohe Abwertung bedeuten. Es würde zu einer massiven Reduktion der Importe kommen. Eine massive Inflation in Griechenland wäre die weitere Konsequenz und die Schulden bei den europäischen Banken und auch bei den österreichischen Banken müssten auch in Euro zurückgezahlt werden. (*GR Johann Herzog: Die ÖVP will die Banken retten!*) Das heißt, sie hätten noch mehr Schulden zurückzuzahlen. (*Aufregung bei GR Johann Herzog.*) Was würde das in weiterer Folge bedeuten? Eine Masseninsolvenz von griechischen Unternehmen. Das würde wieder bedeuten, dass dort zahlreiche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Arbeitsplätze verlieren würden. Sie würden damit die Griechen in die Armut treiben und wir alle miteinander hätten nichts davon, sondern im Gegenteil (*Aufregung bei GR Mag*

Wolfgang Jung.), wir hätten noch weniger Arbeitsplätze und noch weniger Leistungen aus den Pensionen und noch weniger Leistungen aus den Pensionskassen, die wir sonst gehabt hätten, meine Damen und Herren! Das ist nämlich der wahre Punkt und das wird auch von der EZB so gesehen, die sagt, ein Austritt aus dem Euroraum komme einem Todesstoß für das Land gleich, meine Damen und Herren von der FPÖ! (*Beifall bei der ÖVP. - GR Mag Wolfgang Jung: Sie sind der Todesstoß!*)

Es war schon einmal die Situation, es war im Jahre 2008, da haben auch einige geglaubt, dass man eine geordnete Insolvenz abführen kann, nämlich als Lehman Brothers in Konkurs gegangen ist. Da hat man geglaubt, das hätte keine Auswirkungen. Wir wissen heute, welche Auswirkungen das gehabt hat. Es war ein Dominoeffekt. Daher gibt es keine geordnete Insolvenz. (*GR Johann Herzog: Das hat aber mit den Insolvenzen nichts zu tun! Der amerikanische Präsident hat sich geweigert zu helfen! Das war Regierungspolitik!*) Das höchste Ziel kann nur sein, eine Insolvenz grundsätzlich zu verhindern. (*Beifall bei der ÖVP.*) Und, meine lieben Kollegen von der FPÖ, lassen Sie sich eines ins Stammbuch schreiben: Geld ist nicht folgenlos unbegrenzt nachdruckbar! Das hat seine Konsequenzen, meine Damen und Herren! (*GR Johann Herzog: Euer Pröll hat das übernommen! - Aufregung bei der FPÖ.*) Ihre Schillingutopie ist eine blaue Utopie, die in einem blauen Wunder enden würde! (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ein schönes Wortspiel!*) Und Ihre kleine Hartwährungsunion, die Sie uns da vorschlagen wollen, die würde nur zu noch mehr Spekulation führen. Konsequenzen für die Exportwirtschaft in Österreich wären da nicht absehbar.

Österreich wäre mit dem Wegfall vieler Handelspartner konfrontiert, das Risiko der Währungsschwankung wäre trotz Hartwährungsunion für unsere Exportpartner zu hoch.

Meine Damen und Herren, wenn wir von einer Solidargemeinschaft sprechen, dann sprechen wir von der ÖVP auch immer von einer gelebten Subsidiarität. Wir dürfen nicht mit dem Finger auf andere zeigen, bevor wir nicht unsere eigenen Hausaufgaben gemacht haben. Wir müssen unsere Hausaufgaben schließlich selber machen, in Österreich und in Wien. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie sprechen ein großes Wort gelassen aus!*) Und wenn wir uns den Schuldenstand Wiens ansehen, wenn wir uns die Finanzierung unserer Stadt ansehen, dann merken wir schnell, dass auch Wien nicht alle Hausaufgaben gemacht hat.

Ganz im Gegenteil, wir merken, dass Handlungsbedarf besteht. Dafür brauchen wir nicht einmal den Rechnungshof, der im Jahr 2010 festgestellt hat, dass die Haushaltsstruktur der Bundeshauptstadt nicht in Ordnung ist. Wien braucht nämlich eine neue, eine verbesserte, nachhaltige Haushaltsstruktur. Wien braucht eine Reform des Beamtenpensionswesens, Wien braucht eine Reform bei der Gebührengestaltung, Wien braucht eine Haushaltskonsolidierung.

Schauen Sie sich an, wie andere Länder darauf reagieren, schauen Sie in die Steiermark, bereden Sie das

mit Ihren eigenen Parteigenossen von der SPÖ, verschaffen Sie sich einen Eindruck, was es bedeutet, wenn man den Kampf gegen die ständige Neuverschuldung ernst nimmt.

Auf Bundesebene machen wir das vor. Mit Maria Fekter ist der Weg klar vorgegeben: Eine Vereinfachung der Steuerpolitik und eine Reduktion der Neuverschuldung bis zum Nulldefizit. Das muss die Devise sein, nicht nur für den Bund, sondern auch für alle Bundesländer. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das Land Oberösterreich hat in der Zwischenzeit nun auch Pläne vorgestellt, die im Endausbau bis zu 15 Millionen EUR jährlich bei den Ausgaben für Landesbedienstete sparen, und auch bei den Pensionen will Oberösterreich sparen. Oberösterreich folgt damit dem Beispiel des Bundes, und da kann ich das auch nur Richtung der GRÜNEN sagen: Nehmen Sie sich hier auch ein Beispiel am Land Oberösterreich. SPÖ und GRÜNE würden gut daran tun, wenn sie sich ein Beispiel am Bund, an der Steiermark und an Oberösterreich nähmen.

Meine Damen und Herren von der SPÖ, es ist Zeit, aus der fiskalpolitischen Deckung herauszukommen, es ist Zeit, die Probleme der Haushaltsstruktur anzupacken und nach der Konjunkturbelebung nun auch die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Stadt in den Fokus der Politik zu setzen und nicht, wie das Bgm Häupl am Städtetag verkündet hat, nämlich mehr Geld vom Bund zu verlangen. Nicht die Verantwortung abschieben, nicht Schuldzuteilungen erteilen wie die FPÖ. Ihr seid nicht die Retter der Nation. Wäre der ÖVP-Finanzminister nicht gewesen, wären alle Kärntner Landesbediensteten auf der Straße gestanden, die Kaufkraft und der Tourismus in Kärnten wären eingebrochen, viele Menschen hätten ihre Existenzgrundlage verloren.

Eines ist jedenfalls sicher: Für diesen Skandal können Sie weder den Bund noch den Euro verantwortlich machen. Die Hypo-Pleite haben die FPÖ-, BZÖ-, FPK-Kollegen, oder wie immer sie heißen, aus Kärnten ganz alleine vollbracht, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Aber die ÖVP, das ist die ÖVP-Pleite!)*

Und sehr geehrten Damen und Herren der SPÖ, wir wollen auch kein Schönreden und kein Schmähdreden betreiben, *(GR Johann Herzog: Aber geh!)* wie das die Wiener SPÖ und ihre Vertreter gerne machen. Wir könnten uns von den Schulden unserer Stadt leicht befreien, wenn wir eine Verwaltungsreform, eine Reform der Beamtenpension, eine Reform der Bürokratie in Wien verwirklichen. Wir brauchen keine Vizebürgermeisterabteilung um 700 000 EUR, wir brauchen keine 200 000-EUR-Abteilung für Van der Bellen, der am Wochenende erklärt hat, er wisse sowieso nicht, wofür er konkret zuständig ist.

Das Hauptaugenmerk der Politik der ÖVP liegt auf verantwortungsvoller Haushaltspolitik und leistungssteigernden Reformen.

Meine Damen und Herren, helfen Sie den krisengebeutelten Ländern, sich selbst zu helfen, helfen wir aber auch den Wienerinnen und Wienern, sich aus der Falle der öffentlichen Verschuldung zu befreien.

Beim letzten Landesparteitag der SPÖ, am letzten Samstag, habe ich ja schon fast gedacht, Sie setzen einen Schritt in die richtige Richtung, denn mit der Übernahme unseres Mottos „Damit in Wien was weitergeht.“, hätte ja sein können, dass Sie auch unsere Forderungen übernehmen. Teilweise haben Sie es getan, nämlich 24-Stunden-U-Bahn-Betrieb, Wireless-LAN an öffentlichen Plätzen, Gratiskindergarten.

Jetzt geht es um die nächsten Projekte: Es geht darum, eine übergeordnete Verkehrspolitik in Wien durchzuführen und es geht darum, dass wir das Bohren harter Bretter weiter durchführen müssen.

Meine Damen und Herren von der SPÖ, wenn ich einzelne Stimmen von der SPÖ schon höre, dass sie sich nun an den leistungsorientierten Bürger wenden, dann höre ich die Botschaft wohl, doch fehlt mir noch der Glaube. Aber ich sage Ihnen, wenn Sie dazu kommen, dann gratuliere ich Ihnen, dann ist die Chance gegeben, dass wir wirklich zu einem besseren Wien kommen, zu mehr Chancen, zu mehr Leistungsgerechtigkeit für unser Wien und für unsere Bürger. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Vana und ich erteile es ihr.

GRin Dr Monika **Vana** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zur heutigen Sondersitzung: Im Gegensatz zu meinem Kollegen Gerstl finde ich europapolitische Debatten in diesem Haus prinzipiell begrüßenswert und so auch heute. Wir haben darüber eigentlich schon im Europaausschuss auch das Einvernehmen erzielt, dass das ein Ziel dieser neuen Legislaturperiode sein soll, aber, und jetzt an die Adresse der antragstellenden Partei, der FPÖ, Ihre Konstruktivität in eben diesem Ausschuss kann natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass Sie zu dem Thema Europa nichts Konstruktives beizutragen haben. Das zeigt auch der sehr, mit Verlaub, leidenschaftslos gehaltene Vortrag von Kollegen Herzog, wo ich mich wirklich gewundert habe. *(GR Johann Herzog: Wollen Sie das nicht!)*

Da initiieren Sie mit großem Getöse eine Sondersitzung zu einem sehr interessanten Thema, keine Frage, auch für die GRÜNEN ein sehr interessantes und wichtiges Thema, natürlich mit einem Bezug zur Stadt, keine Frage, aber das, was Sie auch in Ihren Anträgen heute da wieder liefern, D-Mark-Block, wohl gemerkt, DM-Block, nicht Schilling-Block, das ist interessant, D-Mark-Block und Nein zur Griechenlandhilfe zeigt Ihren kleinkarierten Nationalismus, Ihr EU-Bashing, weil mehr haben Sie zu dem Thema nicht zu bieten. *(GR Johann Herzog: Na gut, aber die Stellungnahme!)*

Den Populismusvorwurf, Herr Kollege Gudenus, das habe ich sehr interessant gefunden, den sollten Sie doch eigentlich wirklich an sich selber richten. Sie sind im Europaparlament nicht einmal existent als Fraktion, Sie sind in dem Wirtschafts- und Sozialausschuss, wo sich die wichtigsten Debatten rund um dieses Sixpack, um den Stabilitätspakt, abspielen, nicht vertreten. *(GR Mag*

Johann Gudenus, MAIS: Sie sind auch nicht dort!) Wir haben immerhin 55 Abgeordnete und wir haben über 100 Abänderungsanträge eingebracht. Ihr FPÖ-Abgeordneter hat zu diesem Thema dort, wo es hingehört, im Europäischen Parlament, nicht einen einzigen Abänderungsantrag eingebracht. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ja, eingebracht!)* Dann erzählen Sie mir nicht, dass das, was Sie hier veranstalten, nicht reiner Populismus ist. Und zu Ihrer Wirtschaftskompetenz hat Kollege Gerstl schon hinreichend Stellung genommen. Wenn man Ihre Maßstäbe anlegt, müssten wir heute Kärnten aus der Eurozone ausschließen, *(Beifall bei den GRÜNEN.)* denn dort ist das Geld von den österreichischen Steuerzahlern/Steuerzahlerinnen, mit dem Sie spekuliert haben, mit Sicherheit weg, da brauchen Sie sich gar keine Sorgen mehr um die Finanzhilfe nach Griechenland machen. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Deswegen muss man Griechenland auch noch machen, logisch!)*

Aber, Kollege Gerstl, Sie stellen da Ex-Vizekanzler und Ex-Finanzminister Pröll ja fast messianisch als den Retter aus der Krise dar. Also, gerade zum Thema Europa: Nein, das kann man wirklich nicht so stehen lassen. Wer ist denn schuld an der Krise, an der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Verteilungskrise, die wir jetzt in Europa haben? Wer ist denn schuld an der Schuldenkrise, die keine Krise des Euro, sondern eine direkte Folge dieser Finanzkrise ist? Das ist auch Ihre konservativ liberale Mehrheit im Europaparlament, die es nicht geschafft hat, seit Ausbruch der Krise, und auch Ihr Finanzminister Pröll in den jeweiligen EU-Ministerräten, die es nicht geschafft haben, irgendetwas aus der Krise zu lernen, sondern so weitermachen wie bisher. Dem, wozu Sie in der letzten Zeit zugestimmt haben, der Verschärfung des Eurostabilitätspakts, dem Verfahren bei der makroökonomischen Überwachung und auch die Auflagen bei der Griechenlandhilfe, verschärfen die Krise noch, in der wir sind, gefährden den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und sind ganz sicher nicht die Neuausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik, die wir brauchen, und die Sie auch versprochen haben, - auch Ihre Partei - nach Ausbruch der Krise. Also stellen Sie sich da nicht her und sagen Sie, Sie hätten aus der Krise gelernt. Sie haben genau nichts aus der Krise gelernt. Schöne Worte können darüber nicht hinwegtäuschen.

Was sind denn die Ursachen der explodierenden Staatsverschuldung und der Defizite in den letzten zwei, also vor allem in den letzten zwei Jahren. Das ist sicher nicht der verschwenderische Lebensstil der Griechen und Griechinnen, die weiß Gott wie viele Monatsgehälter verdienen, wie Sie das immer in den Medien so plakativ darstellen und den Neidkomplex wieder schüren, das sind die krisenbedingten Bankenpakete, die Konjunkturpakete, der unkontrollierte Steuerwettbewerb nach unten, die Steuerprivilegien für Vermögende, der Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Entfall von Steuereinnahmen.

Das ist Ihre Politik, Ihre Politik, die dazu geführt hat, dass wir da stehen, wo wir heute stehen, und deshalb sind Sie sicher nicht der Retter in der Krise, sondern Sie

sind auch einer der Verursacher.

Mit immer neuen Sanktionen und Sparpaketen und immer neuen Milliardenpaketen wird nun versucht, leider, zwar den Brand zu löschen, aber nicht die Brandursachen. Die GRÜNEN sind für europaweite Solidarität, das waren wir immer. Wir sagen selbstverständlich Ja zur Griechenlandhilfe, denn das Bekenntnis und der Wille zu einer wirklichen politischen Union, die wir GRÜNEN auch immer wollten, bedingt auch diese europaweite Solidarität. Allerdings, wie ich schon angesprochen habe, hat leider die Form der Ausgestaltung des Europäischen Stabilitätsmechanismus und auch die Ausgestaltung des Rettungsschirms nicht das Mindeste mit europaweiter Solidarität zu tun, jedenfalls nicht mit Solidarität zwischen starken und schwachen Mitgliedsstaaten, nicht mit Solidarität zwischen wirtschaftlich starken und sozial benachteiligten Gruppen und bringt auch nicht ein Mehr an Solidarität zwischen den Profiteuren und den Verlierern und Verliererinnen der Wirtschaftskrise, nämlich den Menschen.

Durch das, was da jetzt beschlossen wurde, sowohl im Europäischen Rat im März, was den Europäischen Stabilitätsmechanismus betrifft als auch im Europaparlament, was die flankierenden Maßnahmen wie Sixpack, Verschärfung des Stabilitätspaktes betrifft, ist leider sogar ein Rückschritt eingetreten und ist keine adäquate Antwort auf die Krise, in der wir uns befinden, sondern ein Rückschritt. Die Ziele, die erstmals bereits in der Europa-2020-Agenda verpackt wurden, Armutsbekämpfung, Senkung der Zahl der SchulabbrecherInnen, Erhöhung der Beschäftigungsquote vor allem bei Frauen, Klimaschutzziele, also all das, worauf sich die Europäische Union mit dem Europa-2020-Ziel bereits geeinigt hat, ist jetzt mit dieser Ausgestaltung, vor allem des Verfahrens bei makroökonomischen Ungleichgewichten, wieder weg, denn dort geht es wieder nur einseitig um die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und um nichts anderes. Und das ist einer der Gründe, dass auch die gesamte Entdemokratisierung hier mit diesem Europäischen Stabilitätsmechanismus vor sich geht.

Das muss man sich einmal anschauen. Dieser Rettungsschirm der da geschaffen werden soll, ist eine eigene zwischenstaatliche Konstruktion der Euroländer, quasi eine Parallelstruktur, ein völkerrechtlicher Vertrag, der jetzt vollkommen hinter verschlossenen Türen ausverhandelt wird. Das Europäische Parlament ist nicht einbezogen, es wird nur informiert. Es darf künftig ausschließlich bei Sparauflagen für finanzschwache Länder mitreden. Das ist übrigens ein Erfolg der GRÜNEN, den haben wir erzielt, dass wenigstens das Europäische Parlament bei den Auflagen zum Beispiel für Griechenland künftig mitreden darf und ein erster Schritt, habe ich gelesen, wird in Griechenland ja positiv gesetzt, nämlich endlich die Senkung der Mehrwertsteuer, um nicht vollkommen in die Rezession zu verfallen und die Auflagen von EU, Währungsfonds und EZB nicht vollkommen auf dem Rücken der Bevölkerung auszutragen, wie es derzeit eigentlich mit der sogenannten Griechenlandhilfe passiert.

Nicht die Krisenverursacher werden hier mit diesem

Eurorettungsschirm zur Kasse gebeten, sondern die breite Masse der Bevölkerung wird die Kosten dieses Rettungsschirms tragen. Ökonomen warnen bereits vor einem immensen Konjunkturrückschlag durch die verschärften Sparpakete, die durch die Verschärfung des Stabilitätspaktes drohen, der ausschließlich derzeit auf soziale Kürzungen ausgerichtet ist. Kürzung der Löhne, Streichung von Arbeitsplätzen, Rückbau des öffentlichen Dienstes, Kürzung von Sozialleistungen, es wird ausschließlich ausgabenseitig konsolidiert, wobei das eigentlich weniger mit Konsolidierung, aber mehr mit Kaputtsparen zu tun hat. Ja, wir wollen, ja, wir müssen konsolidieren, selbstverständlich, aber die Frage ist, wie, wann, wer es trägt und was die wirtschaftlichen und sozialen Folgen sind. Und das, was hier jetzt beschlossen wurde, wird eindeutig eine Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität in den Euroländern zur Folge haben.

Klar ist, das möchte ich auch noch einmal betonen: Nur weil wir die Ausgestaltung oder die Auflagen des Eurorettungsschirms kritisieren, wie sie derzeit sind, heißt das noch lange nicht, dass wir prinzipiell gegen einen Eurorettungsschirm sind, im Gegenteil. Klar ist, Griechenland muss geholfen werden, der Euroaustritt Griechenlands wäre überhaupt keine Lösung und würde sowohl politisch, das wissen Sie alle, als auch wirtschaftlich einen Flächenbrand auslösen, das Land ginge unkontrolliert bankrott, massive Abwertung wäre die Folge, dadurch erst recht keine Tilgung der Euroauslandsschulden möglich und erst recht wieder neue Bankenrettungspakete nötig.

Also, der Zerfall des Euros, wie Sie ihn da propagieren, ist sicher keine realistische Option. Aber, und das muss man deutlich sagen, die Art der Hilfen muss in Hinkunft anders ausgestaltet werden, es darf keine undifferenzierten Kürzungsprogramme wie bisher geben. Ich habe es schon angesprochen, Griechenland musste ein Sparpaket von 5 Prozent des Defizits innerhalb eines Jahres hinnehmen, 40 Prozent Jugendarbeitslosigkeit sind die Folge. Wenn sich das nicht ändert, werden die Massendemos auf den Straßen sicher nicht aufhören, kein weiterer Druck auf Privatisierungen, der Ausverkauf von Staatsbetrieben weit unter ihrem Wert an Private kann sicher nicht im Sinne eines nachhaltigen Wirtschafts- und Industrienaufbaues sein und, was ganz wichtig ist, die Strukturprobleme Griechenlands, das stimmt, müssen angegangen werden.

Aber was sind auch unter anderem die Strukturprobleme Griechenlands? Die Steuern müssen endlich konsequent eingehoben werden, die Rüstungsausgaben müssen endlich massiv gesenkt werden, die Korruption muss endlich massiv bekämpft werden. Das wären sinnvolle Auflagen für die Griechenlandhilfe, und es braucht einen modernen Marshall-Plan, es braucht ein massives Investitionsprogramm für Griechenland zum Aufbau der Zahlungsfähigkeit, zum Aufbau einer nachhaltigen Wirtschafts- und Industriestruktur, für Investitionen in Gesundheit und Bildung, es braucht dazu ein koordiniertes Vorgehen der Europäischen Investitionsbank und auch einen Einsatz der Europäischen Strukturfonds. Bis 2013

wären im Rahmen des Europäischen Sozialfonds und des Europäischen Koalitionsfonds noch 25 Milliarden EUR frei, die sollten für den Einsatz des Aufbaues der griechischen Wirtschaft veranschlagt werden und Griechenland, ja, das sagen wir GRÜNEN ganz klar, braucht eine Umschuldung inklusive einem Schuldenerlass - das bisschen Erstrecken von Fristen wird sicher nicht reichen - und was es vor allem braucht, ist, dass die Kreditgeber, die an Griechenland in den letzten Jahren wunderbar verdient haben, auch zur Kasse und zur Schuldensanierung einbezogen werden. Das sagen nicht nur die GRÜNEN, das sagt auch zum Beispiel das Wirtschaftsforschungsinstitut. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Wir GRÜNEN tragen diese Ausgestaltung der Economic Government, wie es heißt, also der Europäischen Wirtschaftsregierung, wie sie derzeit geplant ist, nicht mit. Wir sagen Ja zum makroökonomischen Dialog auf EU-Ebene, wir sagen Ja zu einer verstärkten Koordinierung und Steuerung der europäischen Wirtschaftspolitik, aber einer positiven Koordinierung mit den Zielen nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung und nicht so wie es derzeit ist, einem reinen Aufbau von weiteren Sanktionen, die wirtschaftspolitisch nichts bringen und sogar in die falsche Richtung gehen, wir wollen einen wirtschaftspolitischen Konvent, ähnlich dem Europakonvent, den es damals zur Frage einer sogenannten Europäischen Verfassung gegeben hat unter Einbeziehung des Europaparlaments, von Nichtregierungsorganisationen, Experten, Expertinnen, Jugendvertretungen, Frauen, und so weiter.

Wir haben uns, im Gegensatz zu Ihnen, im Europaparlament in unzähligen Anträgen auch für eine Reform des Stabilitätspakts, für die Verbindlichkeit der Ziele Armutsbekämpfung und Klimaschutz, für die Einbeziehung gesamtwirtschaftlicher Faktoren wie Einkommensgleichheit und Beschäftigung und für die volle demokratische Ausgestaltung eingesetzt. *(GR Johann Herzog: Die Einkommensgleichheit wird kommen!)* Da haben Sie leider gefehlt, wir haben dafür im Europaparlament leider keine Mehrheit bekommen, wir hatten hier auch die Sozialdemokratie bei den meisten Anträgen als Verbündete, wir haben uns aber gegen die konservativ-liberale Mehrheit nicht durchgesetzt. Und wirklich sich da jetzt herauszustellen und Anträge zu stellen für irgendwelche Gebührenstopps und gleichzeitig verantwortlich zu sein für das, was Sie da an Europa beklagen wie Anstieg der Arbeitslosigkeit, Anstieg der Armut, keine Lösung der Krise, ist ja nicht nur populistisch, sondern ehrlich gesagt, das ist unlauter und das nimmt Ihnen ja keiner ab, das ist ja vollkommen unernst.

Wir wollen, dass die konstruktiven Kräfte in diesem Haus und in Europa diesen Weg mit uns gehen, wir wollen einen radikalen Kurswechsel der Wirtschaftspolitik der EU, wir brauchen eine neue Ausrichtung der Wirtschaftspolitik, wir müssen die Brandursachen bekämpfen und nicht nur den Brand löschen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Sie müssen die SPÖ verteidigen!)* Regen Sie sich nicht so auf, das ist ja ein Wahnsinn, das ist ja unfassbar.

Sie gefährden den wirtschaftlichen und sozialen Zu-

sammenhalt, Sie haben nicht einen Lösungsvorschlag für die Krise vorgebracht, ja. Wir brauchen einen New Deal, wir brauchen endlich eine Konsolidierung auf der Einnahmenseite, Finanztransaktionssteuer, Schließung von Steueroasen, gemeinsame Unternehmensbesteuerung, die Regulierung der Finanzmärkte muss endlich oberste Priorität in Europa haben, wirksame europäische Finanzmarktaufsicht, Genehmigungspflichten für komplexe Veranlagungsprodukte, auch ein Schrumpfen des Bankensektors, bitte, und für uns oberste Priorität, endlich die Bildung einer Europäischen Sozialunion, die den Namen auch verdient, mit europaweiten Mindestlöhnen, verbindlichen europaweiten Mindeststandards, einem Ausbau öffentlicher Dienstleistungen und der nachhaltigen Absicherung der Daseinsvorsorge, auch für die kommunale Ebene, aber da habe ich heute nicht sehr viel von Ihnen gehört.

Meine Damen und Herren, es braucht ein Mehr an Europa, aber es braucht ein anderes Europa (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ein demokratisches, ein anderes Europa!*) und wir GRÜNE kämpfen, seit die Österreicher und Österreicherinnen Ja zum Beitritt zur Europäischen Union gesagt haben, wir haben damals Nein zur EU gesagt, aber wir kämpfen jetzt für dieses andere Europa, für ein soziales Europa, für ein demokratisches Europa. Und wenn wir das nicht tun - und da lade ich alle konstruktiven Kräfte in diesem Haus ein, da mitzutun - wenn wir das nicht tun und wenn wir es nicht schnell tun, dann wird genau das passieren, was wir alle gemeinsam nicht wollen: Es wird die Europaskepsis, die ohnehin in Österreich sehr groß ist, weitersteigen, es wird eine völlige Diskreditierung der EU und auch der Idee der Europäischen Union stattfinden und die Wähler und Wählerinnen werden europaweit, und das passiert ja schon, in die Hände der rechten Populisten und Rechtsradikalen getrieben, die Europa nicht wollen, die die EU nicht wollen, (*GR Johann Herzog: Richtig!*) die das zerstören wollen. Und das, meine Damen und Herren, wollen wir nicht.

Aber wir müssen schnell sein, schauen Sie sich die massiven Gewinne von rechtspopulistischen und europafeindlichen Parteien allein im letzten Jahr an, allein im letzten Jahr, und das ist Folge Ihrer Politik und auch zum Teil, das muss ich wirklich an dieser Stelle sagen, des Zuschauens der Sozialdemokraten auf europäischer Ebene in den letzten Jahren. 12 Prozent pronational bei den Regionalwahlen in Frankreich, März 2010, 16,7 Prozent Jobbik mit Ihren schwarzen Recken auf Ungarns Straßen im April 2010, 15,5 Prozent Partei für mehr Freiheit, (*GR Johann Herzog: Sie sprechen von oben!*) die sogenannte Freiheit, die so wenig mit Freiheit zu tun hat wie Ihre Freiheit als Freiheitliche Partei, 5,7 Prozent und Einzug in das Parlament für die Schwedendemokraten September 2010 und 19 Prozent für Wahre Finnen in Finnland April 2010, und in der Schweiz steht auch wieder ein massiver Rechtsruck von Blocher bevor. Wir wollen dem etwas entgegensetzen, nachhaltig entgegensetzen, und dazu brauchen wir eine andere Politik in Europa, in Österreich und in Wien.

In Wien sind wir dabei, das umzusetzen, in Öster-

reich, im Nationalrat, gibt es demnächst dazu die Gelegenheit. Es gibt einen Vorstoß von Arbeiterkammer und Gewerkschaft der Privatangestellten, der auf eine Initiative der alternativen und grünen Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen zurückgeht, für die Zustimmung auf Einführung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus, denn diese Entscheidung fällt im Österreichischen Nationalrat ... (*GR Johann Herzog: Absolut nicht!*) Bundesverfassung, Art 136, Sie sind immer der große Experte. Diese Zustimmung ist zu binden an den Einstieg in Vermögenssteuern und Vermögensbesteuerung in Österreich, um hier wirklich die VerliererInnen der Krise nicht länger zur Kasse zu bitten, um endlich die nötigen Umverteilungsmaßnahmen zu schaffen und einen Beitrag zu diesem anderen Europa zu leisten. Ich hoffe, sehr viele kämpfen mit uns mit und wir werden uns darüber nicht das letzte Mal in diesem Haus unterhalten haben, danke. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist GR Dipl.-Ing Schicker und ich erteile es ihm.

GR Dipl.-Ing Rudi **Schicker** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Vorsitzender!

Ich bin sehr dankbar, dass die Freiheitlichen diese Sondersitzung verlangt haben, denn es ist endlich wieder einmal Gelegenheit gewesen, dass die Freiheitlichen den Beweis geliefert haben, dass meine Vorurteile gegen ihre Politik so viele Beweise bekommen, dass sie faktisch zu Urteilen werden.

Es ist der Zugang zur Europäischen Union, zu dieser Einrichtung, die europaweit tatsächlich in der Lage war, über die letzten Jahrzehnte ein Friedensprojekt, ein wirtschaftliches Erfolgsprojekt zu sein. Es liegt wirklich immer an Ihnen, dieses Projekt schlechtzumachen, das hat schon begonnen bei den Beitrittsdiskussionen, bei den sehr breit geführten Diskussionen darüber, wie denn das funktionieren kann, dass Österreich mit seiner sehr spezifischen Kultur, Landschaft und Wirtschaftsstruktur in die Europäische Integration gehen kann. Hier kann ich mich erinnern, dass sogar die Schildläuse von Ihrem damaligen Parteiobmann bemüht worden sind. Auch heute war das, was Sie geliefert haben, durchaus passend zu dem, was man so in Erinnerung hat an Stellungnahmen der Freiheitlichen zu Europa, nämlich immer getragen von Falschinformation, von Fehlinformation, von Verdrehungen.

Wenn Sie von einer Schuldenexplosion durch die Eurorettung reden, so sollten Sie doch auch dazusagen, dass die Rettung Kärntens, denn darum ist es gegangen, das Bundesland Kärnten zu retten, 22 Milliarden an Haftungen bedeutet, und dass der Gesamtbetrag Österreichs für den Rettungsschirm des Euros gerade einmal bei 2 Milliarden liegt. Das ist eine 10er-Potenz Unterschied und es hat Ihnen vorhin schon Kollege Gerstl auch erklärt, (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Gerstl, was hat der erklärt!*) was es da wirklich für Dimensionen sind, wenn man 15 Milliarden EUR an Regionalprodukt hat und 22 Milliarden an Haftungen übernommen hat, dann ist es nahezu das 150-Fache. Und bei Griechen-

land ist der Schuldenstand noch weit von dem entfernt und auch bei Italien und bei allen anderen Staaten, die Sie angeführt haben. Das war eine Leistung, die europaweit zustande gebracht wurde unter einer Partei, unter einem Menschen, unter einer Schwester- oder Halbschwesterpartei, wie immer man das nennen soll, die Sie jetzt wieder unter ihre Fittiche genommen haben in Kärnten und in Österreich.

Und wenn hier Solidarität von den Wienerinnen und Wienern dadurch auch mit einverlangt wurde, dass die Haftung von der Republik übernommen wird und Sie genau wissen, dass neben dem Bundesland Vorarlberg Wien das einzige Bundesland ist, das Nettozahler im österreichischen Finanzgefüge ist, dann muss man schon sehen, dass hier hohe Solidarität der Wienerinnen und Wiener drinnensteckt und dass wir mit dem U-Bahn-Bau auch einen hohen Beschäftigungsgrad für Kärnten in Wien sichern, weil auch sehr viele Kärntner am Bau arbeiten, und das sollte man dann auch nicht übersehen.

Wenn Sie dann behaupten, dass wir Geld an rote Vereine verschenken, dann sollten Sie sich wirklich ernsthaft überlegen, was diese Vereine denn alles an Leistungen bringen und sich das wirklich anschauen, wo hier die Unterschiede zu dem sind, wie in Kärnten Geld verschleudert wurde, nicht verschenkt, sondern verschleudert und die Taschen Einzelner gefüllt wurden. Und sich dann hier herzustellen und zu sagen, unser Geld für unsere Leute, da muss man leider sagen, es ist nicht nur ihr Geld für Ihre Leute, sondern es ist leider auch das Geld der anderen Österreicherinnen und Österreicher und das Geld der Wienerinnen und Wiener, das für Ihre Leute in Anspruch genommen wird. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Manche davon wissen ja nicht einmal mehr, wofür sie eine Leistung erbracht haben. Wenn ich an den Herrn Meischberger denke, der war einmal Generalsekretär Ihrer Partei, wenn ich zum Beispiel an den Herrn Grasser denke, der war immerhin von Ihrer Partei ins Finanzministerium geschickt, oder wenn ich an den Herrn Rumpold denke, der für Pressekonferenzen - wie viel waren das, 200 000 EUR - eine Pressekonferenz wohlfeil ausrichtet.

Da findet Umverteilung, ja, da findet Umverteilung statt aus den öffentlichen Kassen in die privaten Taschen Ihrer Parteigänger *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist unschlagbar!)* und da muss man schon sagen, Herr Gudenus, es wäre schon interessant, woher die vielen Reisen, woher die vielen teuren Uhren, woher die vielen teuren Wohnsitze, die sich ihr Parteivorsitzender umhängt, die er macht oder die er sich anschaut, denn auch wirklich finanziert werden. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Penthäuser, was ist mit dem Gewerkschaftsbund!)*

Beim Vorgänger von ihm wussten wir, wo das herkommt, der Herr Haider hat sich vom Herrn Plech seinen Wohnsitz in Wien finanzieren lassen. *(GR Herzog: Die BAWAG!)* Möglicherweise hat sich auch der Herr Strache seinen Wohnsitz vom Herrn Plech finanzieren lassen, das sollte einmal untersucht werden. *(Beifall bei der SPÖ. – Ruf: Und Ihre Bonzen!)* Und Herr Gudenus, man sollte sich auch einmal anschauen, was denn so rund um

die Tätigkeiten der Wiener FPÖ im Zuge des Wahlkampfes denn war. Einen solchen Wahlkampf finanzieren zu können, glauben sie mir, da haben wir gewisse Erfahrung, so einen Wahlkampf zu finanzieren, das ist nicht so einfach *(GR Johann Herzog: Wie Sie sagen!)* und das ist wohl mit den Mitteln, die Ihnen zur Verfügung stehen, nur möglich, wenn da Finanziere im Hintergrund standen, *(GR Johann Herzog: Und das wissen Sie!)* und wenn da Finanzierungen dazukommen, die danach, wie zum Beispiel im Zuge der BUWOG-Angelegenheiten oder wie bei der Veräußerung der Tabakregie und bei ähnlichen glorreichen Leistungen des FPÖ-Finanzministers Grasser damals geleistet wurden.

Die haben sich die Taschen füllen können, und dass es hier keine Kickbacks gab, dass kann man auch sehen bei all jenen Prozessen, die jetzt im Juli beginnen, mit jenen aus Kärnten, *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das waren Ihre Leute!)* die an diverse Menschen, die in Russland derzeit beheimatet sind, dann die Staatsbürgerschaften veräußern wollten. „It's part of the game.“, hier darf ich auf Englisch zitieren, „It's part of the game.“, *(GR Johann Herzog: Salzburg!)* hat ein Vertreter ihrer Partei zu Protokoll gegeben und „part of the game“ war Abliefern in die Kassen der Freiheitlichen und genau *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Reden wir gegen den, da reden wir gesamt!)* darum geht es, hier geht es darum, dass öffentliche Mittel in Ihre Kassen gesteckt werden *(GR Johann Herzog: Acht Millionen!)* und das ist das, was Sie gerne haben wollen, und was bei uns, in dieser Form, ganz sicherlich nicht passiert. *(Beifall bei der SPÖ. – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das hat in Wien System!)*

Und dann erwähnen sie auch noch, dass die SPÖ ihr Wort nicht hält und treten aber überhaupt keinen Beweis an. Ich fordere sie wirklich auf, Herr Gudenus, treten sie diesen Beweis an, wo wir unser Wort nicht halten, *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das werden wir aber!)* treten sie das an. Sie kommen nur her, stellen Behauptungen auf, gehen hinaus aus diesem Haus und sagen, das ist im Wiener Gemeinderat gesagt worden, daher muss es auch stimmen. Aber wenn Sie keinen Beweis liefern können dafür, wie glauben Sie denn dann, dass die Wahrheit entsteht? Die Wahrheit machen Sie sich selber, und diese Wahrheit, die Sie sich selber machen, die glauben auch nur Sie selber, hoffentlich. Den anderen werden wir beweisen, dass das anders aussieht.

Ich bin auch sehr dankbar dafür, dass Herr Herzog darauf hingewiesen hat, dass auf europäischer Ebene das Wohlstandsniveau eingeebnet wird. Ein Wahnsinn, was, ein Wahnsinn, *(GR Mag Wolfgang Jung: Na sicher!)* wenn man das Wohlstandsniveau einebnet, wenn man in der Kohäsionspolitik der Europäischen Union endlich einmal Solidarität zwischen den Regionen zeigt, endlich einmal Solidarität zwischen den unterschiedlichen Schichten der Bevölkerung zeigt. *(GR Johann Herzog: Milliarden werden so verschleudert!)* Und Sie wissen ganz genau aus den Kohäsionsberichten der Europäischen Union, die sollten Sie lesen und nicht nur Zeitungsartikel von irgendwelchen Universitätsprofessoren, *(GR Johann Herzog: 1 500 Milliarden!)* lesen Sie die

Kohäsionsberichte und dann werden Sie sehen, welche Fortschritte in der Annäherung der Regionen und der Wirtschaftskraft der Regionen tatsächlich erreicht werden konnten durch die Kohäsionsfonds, durch die Strukturfonds, und was erreicht werden konnte auch im Hinblick auf die soziale Sicherheit. Und wenn sie dann Behauptungen aufstellen, dass in Österreich durch diese Europäische Politik die Arbeitslosigkeit, die soziale Sicherheit leiden würde, dann nehmen Sie doch ein bisschen einmal die Statistiken, die nicht Österreich macht, sondern das Europäische statistische Zentralamt macht, einmal zur Hand und dann werden Sie sehen, dass Österreich, neben den Niederlanden, das Sie, Herr Herzog, so hervorgehoben haben, das einzige Land ist, das zur Zeit mit der niedrigsten Arbeitslosenrate, nämlich von 4,2 Prozent dasteht, und da können wir stolz sein.

Wir können auf eines nicht stolz sein, und das ist, dass der soziale Ausgleich in den letzten zehn Jahren nicht in dieser Form stattfinden konnte, wie es sinnvoll gewesen wäre. Wir können auch nicht darüber hinwegsehen, dass die Kapitalquote in Österreich leider steigt und die Einkommensquote von Menschen, die Einkommen beziehen, sinkt. Das ist eine Entwicklung, (GR Johann Herzog: *Wer regiert denn!*) das ist eine Entwicklung, die eingeleitet wurde im Jahr 2000, als Ihre Partei in die Regierung eingetreten ist. Und das, Herr Gudenus, Herr Herzog, und wie Sie alle heißen in dieser Partei, werden wir nicht müde werden, der Öffentlichkeit immer wieder zu predigen und zu sagen: Sehr geehrte Damen und Herren, die Hypo Alpe-Adria, und wie Kärnten gearbeitet hat unter der Leitung einer Schwester- oder Hilfspartei, oder wie immer man es nennen will von Ihnen, das ist die Bankrotterklärung für Regieren, und das ist die Bankrotterklärung für ein ordentliches geregeltes Gemeinwesen.

Und sie werden heute, gemeinsam mit der ÖVP, noch einmal so ein Beispiel liefern, nämlich, wenn Sie heute einen Antrag einbringen, dass möglichst alle Steuern und Gebühren und so weiter, kurz gesagt, die öffentlichen Einnahmen, gekürzt werden sollen. (GR Mag Wolfgang Jung: *Nicht gekürzt!*) Es ist eine spannende Idee. Das haben nämlich genau die Konservativen in Griechenland betrieben, die gesagt haben, wir heben die Steuern nicht ein, wir senken die Steuern und machen dann alles für die Partikularinteressen unserer Freunde, (GR Johann Herzog: *Das haben alle gemacht!*) denen füllen wir die Taschen. Daraus ergibt sich ein Finanzdefizit, das sich gewaschen hat und wo dann wiederum hintennach die kleinen Leute, die Sie immer im Mund führen, die Rechnung bezahlen müssen.

Und genau das wollen wir nicht, weil wir dafür stehen in diesem Wien, dass es Investitionen gibt, dass mit diesen Investitionen Leistungen geschaffen werden, die für alle da sind. Denken Sie nur an den öffentlichen Verkehr, denken Sie nur an den Ausbau der Kindergärten, an den Ausbau der Schulen, denken Sie nur daran, dass wir eine Veränderung, auch in der Wirtschaftsstruktur immer unterstützt haben in dieser Stadt, und dann herzugehen und zu sagen, das machen wir jetzt alles, ohne dass wir Steuern einnehmen, ohne dass wir die Inflati-

onsrate auch bei diesen Einnahmen mitgehen lassen. Und dann kämen wir dorthin, wo Griechenland leider unter konservativer Führung gelandet ist, und Sozialdemokraten müssen das ausbaden. Und dafür haben wir, (GR Johann Herzog: *Ja, genau so ist es!*) und dafür haben wir, und dafür haben wir Sozialdemokraten in Wien genauso wenig Verständnis wie der Premierminister Papandreou in Griechenland Verständnis hatte, und der ist seit etwa einem Jahr im Amt und ist dabei, dort einiges in Ordnung zu bringen. (Beifall bei der SPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: *Na, das sieht man!*)

Und wenn wir darauf schauen, was die Ergebnisse denn so sind in der europäischen Diskussion, und Kollegin Vana hat darauf hingewiesen, dass es doch bei dieser Krise, die zu bewältigen ist und die Griechenland auch noch, genau so wie die österreichischen öffentlichen Haushalte, deutlich beansprucht, darum geht, dass die Verursacher dieser Krise doch nicht die Menschen sind, die jetzt dafür zahlen sollen, in Griechenland und sonst wo, sondern dass die Verursacher dafür ja jene sind, die in hochspekulativen Finanzgeschäften, in Liegenschaftsspekulationen sehr große Finanzblasen aufgebaut hatten, die dann geplatzt sind. Und wer soll denn das (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Die BAWAG!*) Herr Kollege Gudenus, nachdem sie jetzt zum siebenten Mal BAWAG sagen, (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Sie reden immer von der Hypo!*) so schauen wir uns einmal die Unterschiede an zwischen BAWAG und Hypo Alpe-Adria.

Die BAWAG ist mit 5 Prozent des Schuldenstandes der Hypo Alpe-Adria von Ihrem Finanzminister Grasser damals in die Situation gedrängt worden. So schaut es. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wenn Sie sich nur fünf Buchstaben merken können, dann kann man nichts machen, aber Hypo Alpe-Adria ist auch nicht viel länger, und merken Sie sich Hypo Alpe-Adria, schreiben Sie sich ins Stammbuch Kärnten und schreiben Sie sich vor allem ins Stammbuch, dass Sie mitverantwortlich dafür sind, dass dort 22 Milliarden EUR an Haftung der Republik Österreich drinnenstecken, (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Staribacher war beteiligt!*) während für die Haftung für Griechenland nur 2 Milliarden EUR notwendig sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Uns geht es darum, dass wir sowohl in Österreich, aber auch international, mit einer Finanztransaktionssteuer, mit einer Lösung, wo Kapital endlich ehrlich besteuert wird, arbeitsunabhängige Einkommen, arbeitslose Einkommen ordentlich besteuert werden, ob das Vermögen sind, ob das Kapitalgewinne sind, ob das Gewinne auch aus Grund und Boden sind und Erbschaften, denn da hat ja Grasser auch einmal gesagt, das sind ja Bagatelleinnahmen. Nun, diese Bagatelleinnahmen hätten sehr wohl gut beitragen können, das eine oder andere Problem finanziell auch zu lösen.

Wir stehen dafür, dass wir zu einem gerechten Steuersystem kommen und ich gehe davon aus, dass die Frau Finanzministerin Fekter so etwas auch meint, wenn sie an eine Vereinfachung des Steuersystems denkt, und ich denke, dass wir gemeinsam mit der Bundesregierung

auch ordentlich weiterkommen können.

Wissen Sie, eines vergessen Sie auch immer bei der FPÖ, wenn Sie jetzt Griechenland gar so groß herausheben, und was denn da alles dahintersteckt. Wissen Sie, wer schuld ist, dass Griechenland im Eurorahmen ist? Die schwarz-blaue Bundesregierung. (*Heiterkeit bei der FPÖ.*) Sie können lachen. Sie wissen, wer im Jahr 2000 damals in Portugal beim Europagipfel in der Regierung war, wer damals Finanzminister war? Finanzminister war damals der Herr Grasser. (*GR Johann Herzog: Das sind keine Argumente!*) Und wenn Sie sich die Statistiken anschauen, wissen Sie ganz genau, dass damals schon klar war, dass Griechenland in seiner Situation nur durch diverse Manipulationen an der Statistik die Zahlen erfüllen konnte. (*StR DDr Eduard Schock: Es fällt Ihnen nichts anderes ein!*) Das haben Ihre Minister und der Herr Grasser nicht durchschaut. Gratulation dazu, aber Sie wollen ja nicht mehr zu ihm stehen, das haben wir dann gemerkt, dafür hat sich eine andere Partei mit ihm kurz geschmückt.

Der Europäische Stabilitätsmechanismus muss mit Zweidrittelmehrheit im Parlament beschlossen werden, und das ist auch eine ordentliche Gelegenheit, sich mit diesem Thema in dem Gremium auseinanderzusetzen, wo es hingehört, nämlich ins Österreichische Parlament. Mir wäre auch sehr recht, wenn bei diesem Stabilitätsmechanismus das Europäische Parlament eine deutlich größere Rolle hätte als das jetzt der Fall ist, wie in so vielen anderen Fragen, denn dann könnte man sich nicht von einem Beschluss zum nächsten Beschluss wieder darüber hinwegarbeiten, dass Europa 2020, zum Beispiel, mit diesem Stabilitätsmechanismus nicht mehr so ganz in der Gültigkeit wäre, wie das angedacht war, und dass dort Dinge drinnenstehen wie Solidarität, wie gemeinsames Arbeiten an einem sozialen Gesicht Europas, das ist wichtig zu erhalten und an dem müssen wir gemeinsam arbeiten.

Daher, sehr geehrte Damen und Herren, das war schon spannend zu sehen, mit welchen Argumenten sich die Freiheitlichen mit Europa auseinandersetzen. Es sind im Wesentlichen dieselben falschen Argumente geblieben und ich kann Ihnen nur sagen, ich bin froh darüber, dass wir Bestandteil der Europäischen Union sind. Ich bin nicht mit allem dort zufrieden, was es in dieser Europäischen Union gibt, mir wäre das Soziale Gesicht der Europäischen Union sehr wichtig, und an dem sollten wir gemeinsam arbeiten, gerade auch für jene, die Sie immer vorgeben zu vertreten. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin hat sich Frau GRin Ing Leeb gemeldet. Ich darf darauf hinweisen, dass ab jetzt die Redezeit mit 15 Minuten begrenzt ist. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben diese Woche vielleicht einen Vorgeschmack auf das erlebt, was uns die nächsten Jahre blühen wird: Dauerwahlkampf. Die SPÖ hat beschlossen, sich ausschließlich der FPÖ zu stellen, die FPÖ

versucht mit Verknappung und Vereinfachung, Angst und Missgunst zu säen und die GRÜNEN haben uns gestern eindrucksvoll bewiesen, oder zumindest Herr Kollege Chorherr hat uns gestern eindrucksvoll bewiesen, was er für ein Demokratieverständnis hat, was er in den nächsten Jahren in dieser Stadt plant. Denn nämlich all jene, die nicht der Meinung der GRÜNEN sind, und das ist meines bescheidenen Wissens nach die Mehrheit der Wienerinnen und Wiener, die werden dann eben gezwungen, und sei es auch nur zum Fahrradfahren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber kommen wir zum Ernst der heutigen Debatte und zu den wirklich dringenden Themen zurück, denn all dieser Populismus, scheint mir, soll nur davon ablenken, was in Wien wirklich dringend angegangen werden muss.

Und ja, wir werden heute einen Antrag gemeinsam mit der FPÖ einbringen. Einen Antrag, der dringend notwendig ist, weil dringend in Wien eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik von Nöten ist. Wir haben gerade vor einer halben Stunde die aktuellen Arbeitslosenzahlen bekommen, und nun freut sich Herr Minister Hundstorfer zu Recht darüber, dass es in manchen Regionen Österreichs bereits wieder zu Vollbeschäftigung kommt. So hat es Wien in schöner Konstanz auch diesen Monat wieder geschafft, eine Steigerung von 6,1 Prozent Arbeitslosen hervorzubringen, und das ist traurig.

Das ist traurig, weil Wien auch schon vor der Krise immer hohe Arbeitslosenzahlen aufzuweisen hatte - ja, Herr Kollege Strobl, die Zahlen kennen Sie genau so wie ich - und das ist traurig deswegen, weil in Wien die Krise noch immer nicht durchgestanden ist. Das prognostizierte Wirtschaftswachstum hat im vergangenen Jahr gerade einmal die Hälfte des Wertes, der im restlichen Österreich erwirtschaftet wurde, betragen. Und wir wissen, warum das so ist, nämlich, weil wir einen sehr geringen Industrieanteil haben. (*GR Heinz Hufnagl: Richtig!*) Ja, das ist Fakt. Wir haben einen sehr geringen Industrieanteil und das sicher nicht zugunsten der BewohnerInnen, der Bürgerinnen und der Bürger, weil Industrie ist ja, Sie brauchen den Kopf jetzt nicht schütteln, Industrie ist ja nicht per se etwas Schmutziges. Industrie ist per se nichts Schmutziges, es ist nicht so, wie Sie es sich vielleicht in Ihren Kinderträumen vorstellen, das sind heutzutage nicht mehr die rauchenden Schloten, das sind hochqualifizierte Arbeitsplätze, (*GR Heinz Hufnagl: Inzersdorfer Nahrungsmittelindustrie, ÖVP-Politik!*) die geschaffen werden, und das sind Mitnahmeeffekte für den Rest der Wiener Wirtschaft, die kleinteilig ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und weil ich weiß, wer von den GRÜNEN nach mir spricht, habe ich mir etwas rausgesucht, weil man ja gerne von Seiten der GRÜNEN auf die Ausbeuter und auf die Bonzen in der Wiener Wirtschaft hindrischt und meint, von denen holen wir uns jetzt das Geld. Also habe ich es mir angeschaut, damit wir einmal da mit konkreten Zahlen arbeiten. Für die, die es vielleicht nicht wissen, Wien hat 38 000 Arbeitgeberbetriebe, 38 000. Von diesen 38 000 Arbeitgeberbetrieben haben 96 Prozent, also 36 600, einen bis 49 Mitarbeiter, und das sind die von

Ihnen so gerne gescholtenen Ausbeuter. Ich höre Ihnen seit Monaten zu und seit Monaten wird mir übel, wie Sie in Wien auf die kleinteilige, gut arbeitende Wiener Wirtschaft losgehen. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Sie haben keine Ahnung!)* Ja, das sagen Sie mir. Wie viele Arbeitsplätze haben Sie schon geschaffen? Wie viele Arbeitsplätze sind in Ihrem Umfeld entstanden? Wie viele Arbeitsplätze? *(Beifall bei der ÖVP. – Ruf: Wie viele Arbeitsplätze haben Sie schon ruiniert!)* Ich persönlich habe keinen einzigen Arbeitsplatz vernichtet. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Unter Finanzminister Pröll wurde die Austria Tabak verkauft!)* Wenn wir unseren Finanzminister Pröll und die Bundesregierung nicht gehabt hätten in den vergangenen Monaten und Jahren der Krise, dann würde es wirklich traurig ausschauen in diesem Land. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber zurück zu Wien. Ich ersuche Sie an dieser Stelle, wenn wir diesen Antrag heute einbringen und zwar einen Antrag, um Gebührenbelastungen im politischen Einflussbereich zu modifizieren und somit einen selbsttragenden Wirtschaftsaufschwung nicht auch noch zu gefährden.

Ich versuche sie heute auch dahin gehend zu bitten, dividieren sie nicht in Wien Wirtschaft und die Menschen auseinander, bitte dividieren sie es nicht auseinander. Kein Mensch betreibt ein Unternehmen zum Selbstzweck, *(Beifall bei der ÖVP.)* kein Arbeitnehmer wird einen Arbeitsplatz ohne Unternehmer finden und niemand, weder der Unternehmer noch der Arbeitnehmer, wird ohne Kunden seines Lebens froh. Nun, dass Sie sich da nicht täuschen, in Wien gibt es keine großen und wie Sie wissen, hat der Wirtschaftsbund bei der Wirtschaftskammerwahl die Mehrheit errungen und nicht die GRÜNEN. *(Beifall bei der ÖVP.)* Unternehmer sind nicht Menschen zweiter Klasse, Unternehmer schaffen Arbeitsplätze, schaffen Wohlstand und ermöglichen das, was Sie vorhin verlangt haben, einen sozialen Ausgleich. *(Beifall bei der ÖVP.)* Aus diesem Grund bringen wir heute diesen Beschluss- und Resolutionsantrag ein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet hat sich Herr StR DDr Schock. Ich erteile es ihm. Er ist nicht zugegen und Margulies hat sich bei mir streichen lassen. DDr Schock ist nicht zugegen, damit verliert er sein Rederecht, und wir kommen zum nächsten Redner.

Die nächste Rednerin ist Frau GRin Prof Dr Vitouch. Ich bitte. Sie sind bei mir noch gemeldet, Sie ziehen zurück, also bei mir ist nichts angemerkt. Ich nehme zur Kenntnis, auch Sie haben sich streichen lassen. Ich bitte, ich hoffe, dass wir das in Zukunft ordentlich koordinieren können. Ich glaube, das ist im Sinne aller.

Als nächster Redner hat sich Herr GR Prof Dr Eisenstein gemeldet, ich erteile ihm das Wort und er nimmt es auch an, wunderbar.

GR Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Ich nehme es an und ich bin auch im Raum. Einen schönen guten Tag, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die FPÖ-Fraktion hat heute gemeinsam mit der ÖVP einen Antrag eingebracht, Frau Kollegin Ing Leeb hat ihn gerade abgegeben und hat auch dazu gesprochen: Es ist ganz einfach wichtig, richtig und notwendig, dass Erhöhungen für 2012, so wie es im Antrag drinnensteht, nicht zum Tragen kommen, es ist wichtig, richtig und notwendig, dass keine Sondersteuern eingeführt werden, dass Erhöhungen bei Gas und Fernwärme, wenn überhaupt, dann nur recht moderat ausfallen sollen. Das ist im Sinne der Wirtschaft und damit ist es auch im Sinne der österreichischen und der Wiener Bevölkerung. Jetzt hat selbstverständlich die FPÖ eine ganz andere Sicht von der EU als die ÖVP, eine andere Sicht vom Euroraum, eine andere Sicht vom Euro als Währung und von deren Bedeutung im Allgemeinen.

Und zum Thema des heutigen Sondergemeinderats lassen sie mich grundsätzlich einige Dinge sagen: Es ist Tatsache, dass die Staatsschulden Österreichs im Jahr 2011 241,5 Milliarden EUR betragen. Unter dem roten Bundeskanzler Faymann sind 39 Milliarden EUR Schulden dazugekommen. Es ist eine Tatsache, dass Österreich für die Pleitestaaten 2,2 Milliarden EUR an Barzahlungen zu leisten hat. 1,2 Milliarden haben wir schon ausgegeben, dazu kommen noch 4 Milliarden EUR der Nationalbank und 17,3 Milliarden an Garantien.

Es ist eine Tatsache, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass uns dieses Geld fehlt, es ist eine Tatsache, dass unsere Schulden steigen, nicht nur wegen aber auch wegen der Pleitestaaten Griechenland, Portugal und Irland. Spanien wird noch dazukommen, Italien wird noch dazukommen, und da werden auch die viel kolportierten 750 Milliarden EUR als Schutzschirm ... *(Zahlreiche Zwischenrufe von GR Senol Akkilic.)* Herr Akkilic, ich bin am Wort, sie können sich melden, das ist Ihr Demokratieverständnis, ich nehme zur Kenntnis, dass sie gerne unterbrechen, sie sind zu uns gekommen, um in unserem Staat zu leben, also lassen sie mich bitte ausreden, danke, Herr Akkilic. *(Beifall bei der FPÖ.)* 750 Milliarden EUR ..., Herr Akkilic, Sie können sich gerne zu Wort melden, sie sind der deutschen Sprache oberflächlich mächtig, also tun sie es bitte. *(Empörte Zurufe und Missfallenskundgebungen bei GRÜNEN und SPÖ.- GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Das ist gemein! – GR Dipl-Ing Martin Margulies: Was ist mit einem Ordnungsruf!)* Ich bitte darum.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: *(unterbrechend)*: Meine Damen und Herren, ich darf bitten, dass sich alle Beteiligten wieder beruhigen. Herr Kollege Dr Eisenstein, ich halte es nicht für angebracht, Kollegen dieses Hauses zu unterstellen ihre Deutschkenntnisse oder Nichtdeutschkenntnisse. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Das ist eine Frechheit!)* Ich erteile Ihnen für diesen Ausdruck einen Ordnungsruf.

GR Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** *(fortsetzend)*: Ich nehme den Ordnungsruf sehr gerne entgegen, danke. *(Die allgemeine Aufregung nimmt allmählich ab.)*

750 Milliarden, meine sehr geehrten Damen und Herren, und es gibt schon deutsche Wirtschaftsexperten, die eine Anhebung des EU-Rettungsschirms auf 1,5 Billionen EUR verlangen, also auf das Doppelte, die Zahlen

sind heute schon genannt worden. Das Geld, das wir für Griechenland, für Portugal, für Irland bereitstellen müssen, ist ein Rettungsschirm, der mit großer Sicherheit nicht der Bevölkerung oder den Bevölkerungen der betroffenen Länder zugute kommen wird, sondern eher anderen Personenkreisen. Es scheint so zu sein - und jetzt versuche ich mich einmal vorsichtig auszudrücken - es scheint so zu sein, dass die viel beschworene Solidarität, von der Herr Klubobmann Dipl.-Ing. Schicker auch gesprochen hat, zu einer reinen Gleichmacherei führen wird. In Zukunft sollen offenbar alle Staaten der EU gleichgemacht und gleichgeschaltet werden, das heißt, sie sollen auch mit gleicher Intensität offensichtlich in die Pleite getrieben werden, denn der Schutz- und Rettungsschirm, meine sehr geehrten Damen und Herren, besteht nicht zuletzt, was heißt, nicht zuletzt, sondern ausschließlich aus Schulden. Aus Schulden, die in Zukunft von den Ländern gemacht werden müssen, aber nicht von den Ländern in Wirklichkeit, sondern von den Staatsangehörigen der kommenden Generationen. Niemand, meine Damen und Herren, wird in Abrede stellen, dass die Verschuldung steigt, auch in Wien. Wir brauchen uns nur den Voranschlag für das Jahr 2011 anzusehen, 2,9 Milliarden EUR Schulden, das sind 57 Prozent mehr als im Vorjahr, die Konsequenz davon sind Einschnitte in den Bereichen Wirtschaft und Arbeitsmarkt sowie Rücknahme der kommunalen Investitionen.

Die Lage in Wien, meine Damen und Herren, ist dramatisch. Es muss endlich Schluss mit noch mehr Geld für diese Staaten, die ich schon genannt habe, sein, und was mir auch fehlt, ist, dass eine genaue Information der Öffentlichkeit über die Auswirkungen des EU-Rettungsschirms, und zwar über alle Auswirkungen, bisher nicht gegeben wurde.

Die SPÖ sagt in ihren Aussendungen sinngemäß, der Euroschutzschirm sei wichtig für die Krisenbewältigung. Das ist richtig, so hat es Bundeskanzler Faymann sinngemäß ausgedrückt, aber wie ich meine, ist der Euroschutzschirm im Augenblick nur für die griechische Krisenbewältigung notwendig. Und wenn die SPÖ weiterhin meint, Österreich müsse in der internationalen Konkurrenz bestehen, dann denke ich, dass das nicht möglich ist, wenn die Bevölkerung verarmt. Bgm Häupl wurde am 8. Mai im „Kurier“ folgendermaßen zitiert, Zitat Bürgermeister: „Es geht nicht darum, dass wir den Griechen Geld nachschieben, sondern wir machen das, damit die Oma nicht das Spargbuch verliert.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Aussage, beziehungsweise der Inhalt dieser Aussage, ist so der Bevölkerung nicht wirklich vermittelbar, es sei denn, man würde eine Oma in Griechenland meinen. Damit nämlich die Österreicherinnen und Österreicher, die Wienerinnen und Wiener ihre Ersparnisse nicht verlieren, ist als erster Schritt eben einmal eine Nullerhöhung der Gebühren und Abgaben, so wie es im Antrag der FPÖ und ÖVP vorgegeben ist und gefordert wird, notwendig. Wir können uns natürlich nur auf unseren eigenen Wirkungsbereich, nämlich Wien, hier beschränken.

Übrigens, weil Herr Klubobmann Schicker gemeint hat, wir füllen die Taschen von Freunden. Das tun wir

sicher nicht, wir wollen nur der Bevölkerung genügend Geld zum Leben lassen.

Der Herr Bürgermeister hat an dieser Stelle – genau genommen ein bisschen weiter dahinter – in anderem Zusammenhang einmal gesagt: Schauen wir, dass die Stadt lebt! Ich ergänze: Schauen wir, dass die Bevölkerung der Stadt überhaupt leben kann! – Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Meine Damen und Herren!

Die Fraktion der GRÜNEN hat um eine Sitzungsunterbrechung ersucht, daher unterbreche ich die Sitzung. Ich bitte alle, trotzdem im Saal zu bleiben. *(GR Godwin Schuster: Eine Unterbrechung für eine Präsidiale! Sonst hätte sie ja keinen Sinn!)*

Ich höre gerade, dass außerdem ersucht wird, eine Präsidiale einzuberufen. Ich bitte alle, die dazu berufen sind, zum Herrn Vorsitzenden Schuster zu kommen.

(Sitzungsunterbrechung von 11.01 bis 11.11 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben jetzt in der Präsidiale – dadurch ist diese Sitzungsunterbrechung zustande gekommen – uns sehr einhellig darauf geeinigt, dass Entgleisungen in dieser Form, wie sie stattgefunden haben, von niemandem, der in der Präsidiale Sitz und Stimme hat, geduldet werden. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wir haben uns dazu entschlossen, dass wir in Bälde ein gemeinsames Treffen der Mitglieder der Präsidiale organisieren werden, wo wir versuchen wollen, dass derartige Entgleisungen, wie sie leider in den letzten Sitzungen mehrfach passiert sind, künftighin so weit wie möglich vermieden werden sollen, und dass wir uns auch überlegen, welche Maßnahmen wir setzen, wenn Derartige passiert.

Ich bin wirklich sehr, sehr froh darüber, dass es hier Einhelligkeit unter allen Parteien gibt, und ich bitte auch alle Mitglieder dieses Gemeinderates, sich schon präventiv an diesem unserem Vorhaben zu orientieren und zumindest in den nächsten Sitzungen, bis wir dieses gemeinsame Treffen durchgeführt haben, derartige Entgleisungen wirklich hintanzuhalten.

Es ist für die Würde unseres Hauses von eminenter Wichtigkeit, dass so etwas nicht mehr passiert. – Danke vielmals. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN sowie von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten von FPÖ und ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Ich danke dem Herrn Vorsitzenden für seine Worte, und wir versuchen nun, die Debatte weiterzuführen.

Als Nächster steht jetzt Herr StR DDr Schock auf meiner Rednerliste. Ich erteile ihm das Wort. *(Die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte der GRÜNEN verlassen den Sitzungssaal.)*

StR DDr Eduard **Schock**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich werde versuchen, hier den Faden wieder aufzunehmen. Beim Kollegen Schicker vielleicht, der ja jetzt Gott sei Dank wieder hier im Plenum ist und der hier einen Vergleich angestellt hat, der Kärnten mehrfach angesprochen hat, der von Bereicherung gesprochen

hat, der dann auch einen Vergleich angestellt hat zwischen der BAWAG und Kärnten und das hier ganz genau ausgeführt hat. Herr Kollege Schicker, ich möchte an diesem Punkt anknüpfen und fragen: Wie schauen denn diese Unterschiede aus?

Herr Kollege Schicker! Sie haben einmal eine Bank besessen mit dem Anspruch, gerade für die kleinen Sparer, für die kleinen Gewerkschaftsmitglieder da zu sein. Aber ich meine, wer dann wie Sie die schützende Hand über Parteigenossen hält, die sich damals bei der BAWAG ja selbst bereichert haben auf Kosten der Gewerkschaftsmitglieder, auf Kosten der kleinen Sparer, wer die schützende Hand der SPÖ, Herr Kollege Schicker, damals auch über den Kollegen Flöttl gehalten hat, über den Herrn Elsner, die ja Milliardenbeträge verspekuliert haben in der Karibik, Beträge, die eigentlich aus den Mitteln von kleinen Gewerkschaftsmitgliedern stammen, und wer dann, wenn alles kaputt ist, die eigene Gewerkschaftsbank – und das dürfen wir ja nicht vergessen – zur Sanierung an eine internationale Finanzheuschrecke verkauft, Herr Kollege Schicker, und dann, weil das Geld immer noch nicht gereicht hat, die Pensionen der kleinen Gewerkschaftsangestellten kürzt (*Zwischenruf von GR Ing Christian Meidlinger*) – ja, Ihre Pension ist nicht betroffen, aber die Pension der kleinen Gewerkschaftsangestellten haben Sie gekürzt damals zur Sanierung –, ich meine, wer eine solche Vergangenheit hat, wer noch dazu einen Sozialminister hat, den Kollegen Hundstorfer, der das Ganze damals unterschrieben hat, eineinhalb Milliarden Haftung, und das nach eigener Ausführung gar nicht gemerkt hat, der gesagt hat, er hat geglaubt, es ist eigentlich die Anwesenheitsliste, also wer so eine Vergangenheit im Umgang mit Banken hat, Herr Kollege Schicker, der braucht sich hier nicht herauszustellen.

Herr Kollege Schicker, an Ihrer Stelle wäre ich so (*Der Redner macht eine entsprechende Geste*) klein! Herr Schicker, kehren Sie und die SPÖ lieber vor Ihrer eigenen Tür! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber jetzt vielleicht noch zur Kollegin Vana, die ja nicht mehr im Haus ist, die auch gemeint hat, die FPÖ schürt hier Vorurteile, wir schüren Vorurteile gegen Griechenland, gegen die Griechen. - Ja, Frau Kollegin Vana, was ist Ihnen denn wichtiger? Was ist Ihnen denn wirklich wichtiger? Die Frage müssen wir uns ja stellen. Wenn hier im Süden die Defizite explodieren, weil diese Länder natürlich alle über ihre Verhältnisse leben, wenn dann ein solcher Rettungsschirm geschaffen wird, der ja das Gegenteil bewirkt, dass diese Länder dann noch mehr Schulden machen müssen, weil sowieso die anderen dafür zahlen, dafür einspringen, ja, Frau Kollegin Vana, dann müssen wir uns ja die Frage stellen: Was ist uns wirklich wichtiger? Ist es uns wichtiger, dass hier billiges Geld in den Süden Europas transferiert wird, dass aber unsere Wiener Wirtschaft kein günstiges Geld bekommt?

Meine Damen und Herren! Das ist ja der wirtschaftliche Wahnsinn der Europäischen Union, wenn man sich Basel III anschaut, dass hier Kredite für beste österreichische Firmen verteuert werden, während man in den

Süden Europas, in Pleitestaaten ganz billiges Geld hinunter verschiebt. Das ist ja der wirtschaftliche Wahnsinn der EU.

Meine Damen und Herren! Wir sagen daher, es soll kein österreichischer Cent mehr nach Griechenland fließen. Was wir brauchen, ist nicht billiges Geld für Pleitestaaten, wir brauchen billige Kredite für österreichische Unternehmungen, billiges Geld für unsere eigene Wiener Wirtschaft, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Jetzt vielleicht noch zum Kollegen Gerstl ein Wort, der ja hier ebenfalls im Haus ist und der sich ja immer wieder als Hohepriester der Europäischen Union versucht, der alles verteidigt, was uns die EU hier auf dem Tisch serviert, und der auch gesagt hat, da entstünde wirtschaftlicher Schaden, vor allem für die Sparer, wenn sich die FPÖ mit ihren Vorschlägen wirklich durchsetzen würde. Aber ich frage Sie, Herr Kollege Gerstl: Was tun denn Sie? Wie schaut denn die Zukunft der Sparer aus bei einer weichen Währung, bei der Inflation, die momentan auf Grund dieser weichen Währung immer mehr ansteigt, ganz unmerklich? Dann heißt das, wir bekommen negative Realzinsen, und der Staat finanziert sich dadurch genau auf Kosten der kleinen Sparer.

Und das ist ja auch die Absicht der Regierungen, sich durch diese weiche Währung zu finanzieren. Denn es gibt ja immer zwei Möglichkeiten, wie sich ein Staat finanziert: entweder direkt durch Steuern oder indirekt, schleichend durch Inflation, indem so die Sparer und die Menschen enteignet werden. Und das, Herr Kollege Gerstl, ist die unsozialste Finanzierung.

Schauen wir uns das einmal an. Die Inflation liegt derzeit zwischen 3 und 4 Prozent, beim täglichen Bedarf sogar bei 5 Prozent. Und was bekommen wir auf dem Sparsbuch? Wenn Sie heute Ihr Geld auf ein Sparsbuch legen, bekommen Sie 1 Prozent. 1 Prozent, Herr Kollege Gerstl! Das heißt, wir haben 5 Prozent Inflation, um die das Geld jährlich weniger wert wird, minus 1 Prozent, das Sie auf dem Sparsbuch jährlich dazubekommen. Das heißt, wir haben 4 Prozent Realwertverlust, wenn wir das Geld auf die Bank legen. Herr Kollege Gerstl, Sie, wenn Sie Ihr Geld auf die Bank tragen, wir alle, die kleinen Sparer verlieren jährlich 4 Prozent an Wert durch diese Entwicklung einer weichen Währung.

Die Vermögenden, meine Damen und Herren, die können es sich ja richten. Die Vermögenden flüchten in Sachwerte, in Immobilien, vielleicht auch in beste Aktien. Die Vermögenden können ihr Vermögen behalten, aber die kleinen Sparer werden durch diese weiche Währung – und das ist ja noch viel zu wenig im Bewusstsein der Bevölkerung, darauf werden wir die Menschen aber hinweisen – sukzessive um ihr Vermögen gebracht, um ihr mühsam Erspartes. Und das ist das Unsozialste! Die Reichen zu schützen, die in Immobilien investieren, meine Damen und Herren von der SPÖ, die Reichen zu schützen, die in Immobilien, die in Sachwerte investieren, aber die Inflation auf den kleinen Sparer abzuwälzen.

Ich fordere Sie daher auf, meine Damen und Herren, hören Sie doch auf, diese weiche Währung anzustreben!

Sie schaden damit den kleinen Sparern in diesem Land. Wir Freiheitlichen, wir wollen keine Inflation, wir wollen unsere Sparer schützen, wir Freiheitlichen wollen eine harte Währung, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Es ist einfach der falsche Weg, auch mit direkten Mitteln dieses Währungssystem aufrechtzuerhalten. Es sind die Zahlen ja genannt worden. Denn wer zahlt denn dafür? Es ist natürlich auch der österreichische Steuerzahler, es ist nicht nur der Sparer, sondern auch der Steuerzahler. Wir haben die Belastungspakete im heurigen Jahr ja gesehen.

Meine Damen und Herren! War Ihnen das Belastungspaket im Bundesbudget noch nicht genug, wo die Gastronomie, die gesamte Wirtschaft belastet worden ist, die Altlastensanierung, die Exportwirtschaft, der Dienstleistungssektor? Da sind Steuern erhöht worden, etwa die Tabaksteuer, da ist eine Flugticketabgabe geschaffen worden, eine Vermögensteuer und eine Bankensteuer, die die Banken, meine Damen und Herren, ja, natürlich an die Konsumenten, an ihre Kunden weitergeben und die dadurch zu einer Massensteuer wird, die dadurch vor allem die sozial Schwachen belastet.

Meine Damen und Herren! Weil die Frau Kollegin Brauner heute kurz im Saal war: Wir merken das ja auch im Wiener Budget, wie dieser Sparstift bereits angesetzt worden ist. Sie haben heuer bei uns im Budget um 300 Millionen EUR gekürzt, bei der Wirtschaftsförderung alleine um 21 Millionen EUR, bei der U-Bahn um 20 Millionen, bei der Wohnbauförderung, wo es um arbeitsplatzwirksame Investitionen geht, um 60 Millionen. Es werden gerade die Spitäler kaputtgespart mit minus 2 Prozent und beim Personal mit minus 1 Prozent.

Meine Damen und Herren! Dieser Sparkurs in Österreich ist jedoch erst am Anfang. Wir sehen das nicht nur in Wien. Wir brauchen ja hier nur ein bisschen über unseren Tellerrand in die anderen Bundesländer zu schauen, nach Oberösterreich, in die Steiermark, was da passiert. Im schwarzen Oberösterreich gibt es ebenfalls massive Einschnitte bei den Spitälern, beim Personal, wo Zulagen gestrichen werden, und auch in der Steiermark, in der roten Steiermark, wird budgetär massiv gekürzt. 72 Millionen EUR in der roten Steiermark im Sozialbereich, ein Minus bei der Sozial- und bei der Behindertenhilfe, bei der Jugendwohlfahrt und so weiter.

Ja, meine Damen und Herren, wollen Sie das wirklich, dass wir alle für diesen Eurorettungsschirm zahlen müssen? Wollen Sie, dass die Gewerkschaft dann zu Widerstand gegen diese Sparpläne aufrufen muss wie in der Steiermark, zu einem Schulterchluss der Empörung, dass es Großdemonstrationen gibt wie in der Steiermark gegen diese Belastungspolitik des roten Landeshauptmannes? Wollen Sie wirklich, dass wir mit unseren Beiträgen, mit unserem österreichischen Geld aufkommen sollen für die Misswirtschaft woanders, im Süden Europas?

Und was macht die SPÖ, was machen Sie alle? Sie spinnen weitere Belastungsideen. Sie kommen nicht auf die Idee, hier einen Kurswechsel zu machen, sondern Sie spinnen weitere Belastungsideen. Das ist der SPÖ

noch nicht genug. Eine Vermögenssteuer ist wieder angedacht, eine Erbschaftssteuer, eine Wertschöpfungsabgabe und eine neue, eine zweite Bankensteuer.

Meine Damen und Herren! Das soll Ihre Antwort sein, Ihre Antwort auf die Belastung der Europäischen Union? Ja, das kann doch nicht die Lösung sein, das kann doch nicht der richtige Weg sein, wenn wir hier immer mehr zur Melkkuh werden, zur Melkkuh Brüssels, wenn wir hier immer mehr geschöpft werden, um den Süden Europas zu finanzieren und Transfers dort hinunterzuschicken.

Und Ihre Antwort ist: Kein Wort mehr von einer Volksabstimmung, wie Sie das ja noch vor drei Jahren hier vor der letzten Nationalratswahl groß versprochen haben. Ihre Antwort ist: viele neue Pläne, Belastungsideen, Steuerpläne.

Ich frage Sie wirklich, meine Damen und Herren von der SPÖ: Nehmen Sie das tatsächlich in Kauf, dass hier eine Verfassungsänderung der Europäischen Union erfolgt, dass diese berühmte „No-Bail-Out“-Klausel, wo bisher genau festgeschrieben war in der Verfassung der Europäischen Union, dass es eben keine Transfers geben darf, gestrichen wird? Wollen Sie das wirklich, dass jetzt klammheimlich dieser Kernparagraph der Verträge der Europäischen Union einfach gestrichen wird? Halten Sie das wirklich für richtig und sind Sie nicht bereit, in Brüssel einmal bei so einer essentiellen Frage auf die Barrikaden zu steigen? Warum holen Sie sich nicht das eigene Volk zur Rückenstärkung? Durch eine Volksabstimmung nämlich, durch eine Volksabstimmung, die dann natürlich kritisch ausgehen würde. Mit diesem Argument, mit dieser Rückenstärkung hätten Sie dann eine viel härtere, eine stärkere Verhandlungsposition, meinen Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Das kann doch nicht Ihr Weg sein, dass Sie hier weiter zu Kreuze kriechen, dass Sie hier weiter den EU-Musterschüler spielen und ganz einfach immer das österreichische Volk belastet wird, unsere Steuerzahler belastet werden.

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Ich meine daher: Hören Sie doch endlich auf, hier in Europa den Musterschüler zu spielen! Sie tun der Europäischen Union, der europäischen Idee, dem Gedanken Europas ja auch nichts Gutes, wenn Sie diesen falschen Weg in aller Zukunft weitergehen. Hören Sie doch auf, der Steigbügelhalter für Brüssel zu sein, und machen Sie das wahr, was Sie hier vor drei Jahren vor der letzten Nationalratswahl den Menschen versprochen haben, meine Damen und Herren!

Es war der heutige Bundeskanzler, unser alter Kollege Faymann hier aus dem Wiener Rathaus, der damals in einem offenen Brief an die „Kronen Zeitung“ das Versprechen gegenüber seinen Wählerinnen und Wählern abgegeben hat, das Versprechen nämlich, bei einer Änderung der Verfassung das Volk zu befragen.

Ich meine daher, meine Damen und Herren: Haben Sie doch keine Angst vor dem, was Kollege Faymann damals hier versprochen hat! Haben Sie keine Angst vor einer Volksabstimmung! Stehen zu Ihrem Wort! Stehen Sie zu ihrem eigenen Wahlversprechen und lassen Sie

die Menschen in Österreich endlich abstimmen! Lassen Sie die Menschen endlich über ihre Zukunft abstimmen, meine Damen und Herren!

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Meine Damen und Herren!

Bevor wir den nächsten Redner hören, begrüßen Sie mit mir Besuch aus der Steiermark. Ich darf auf der Galerie den Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter des Bundeslandes Steiermark, Herrn Siegfried Schrittwieser, mit seinen Büromitarbeitern begrüßen. Herzlich willkommen bei uns in Wien!

Als nächster Redner hat sich Herr GR Ing Rösch zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Ing Bernhard **Rösch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Vorsitzender! Werter Gemeinderat!

Die Wiener Gemeinderäte der FPÖ stellen einen Beschlussantrag betreffend die Abschaffung des Wiener Valorisierungsgesetzes.

Zum Text: Innerhalb der letzten Monate war für die Menschen ein gewaltiger Preisauftrieb bei Gebühren, bei Rohstoffen und bei Lebensmitteln zu bemerken. Ja, Wien ist Spitze, Wien ist Spitze beim Erfinden von Einnahmen. Man kann durch die österreichischen Lande fahren und man wird nirgends so viele Möglichkeiten finden, wie sie Wien gefunden hat, um Einnahmen zu lukrieren. Wien müsste blühen, Wien müsste vor allem im Gesundheitswesen, im Bildungswesen und so weiter für Österreich der Vorreiter sein, wenn man die Einnahmen anschaut.

Überall, landauf landab, wird geschrieben, 60 Prozent Steuerbelastung aufs Arbeitseinkommen oder ein bisschen mehr im schlechtesten Fall, und dann kommen noch die Gebühren. Ich rede jetzt nicht von der U-Bahn-Steuer und von so kleinen Abgaben, die eh keiner kennt, ich rede von denen, die man täglich realisiert und wo die, die am Mindesteinkommen nagen, nicht wissen, wie sie diese bezahlen sollen. Dann kommt noch die gute Idee, diese Gebühren ständig zu erhöhen, obwohl man Überschüsse daraus erwirtschaftet, und diese Valorisierung ist ja nichts anderes als eine Sicherstellung von Einnahmen, von denen keiner weiß.

Schauen wir uns doch an, wie es vielen Wienern und Wienerinnen geht, wie es hunderttausend Kindern geht, wie es in Österreich einer Million Menschen geht, die an der Armutsgrenze leben und denen man übrigens die Förderungen von 200 EUR auf 100 EUR heruntergestrichen hat, weil man gesagt hat, die kriegen vielleicht über andere Töpfe auch etwas, wo ich aber genügend kenne, die das eben nicht bekommen, denen genau die 100 EUR fehlen und die sich, wenn sie es im Winter kalt haben, überlegen, ob sie erst ab Mittag die Heizung einschalten können.

Und dann haben wir da so ein Valorisierungsgesetz, das sicherstellen soll, dass die Einnahmen stetig fließen. Auf Grund dessen hat man einige Einnahmen, Gebühren und so weiter erhöht, doch dann hat man die eigene Courage verloren und hat gesagt, okay, wir setzen es aus. Das Gesetz, das geschaffen wurde, haben Sie gleich ausgesetzt und haben gesagt, das kann man doch nicht machen, das fällt dann vielleicht doch auf.

Und so geht es mit vielen Sachen, da gibt es viele Taschenspielertricks. Wir haben heute von der Europäischen Union gehört. Da stiehlt sich jeder weg, da sagt immer jeder, der andere ist schuld. War es denn nicht so, dass wir alle geglaubt haben, als wir zu Europäischen Union gekommen sind, dass wir eine Sozialunion bekommen werden? Wir haben eine Unsozialunion bekommen. Rettungsschirme, Rettungsschirme, Rettungsschirme, egal, wie sie heißen in dieser Krise, ob das die Banken sind, die Länder oder sonst irgendwas. Wir zahlen.

Ich bin mir sicher, dass Sie für den kleinen Sparer nicht bereit sind, mit dem Parteivermögen sicherzustellen, dass sein Geld die Kaufkraft behält, weil wir heute schon wissen, dass wir kämpfen, ob der Euro gegen 1,5 zum Dollar geht, was natürlich den Export erschwert, oder ob wir eine Inflation bekommen, die den kleinen Sparern das Geld klaut, womit eigentlich ohnehin schon jeder rechnet.

Deswegen können wir nur fordern, dass diese dramatischen Entwicklungen, wie es in unserem Text weitergeht, auf der Wiener Ebene umgehend Maßnahmen zur Dämpfung der Inflation notwendig macht. Die regierungsverantwortlichen Politiker Wiens haben ein gehöriges Maß an Mitschuld an den gestiegenen Lebenshaltungskosten der Wienerinnen und Wiener. Sie können sich nicht aus der Verantwortung stehlen und diese ausschließlich bei den anderen suchen. So hat die SPÖ in ihrer Alleinregierung seit 2001 eine enorme Gebührenlawine auf die Wiener Bevölkerung losgelassen. – So der Text im Konkreten.

Weiter im Text heißt es, dass sich das eben ad absurdum führt und wir deswegen heute diesen Beschlussantrag zur sofortigen Abstimmung einbringen werden.

Aber noch einmal: Glaubt denn irgendwer, dass es Akzeptanz und Vertrauen geben kann, wenn wir den Leuten ständig irgendetwas vormachen, ständig diesen Superstaat EU, so wie er jetzt ist, schönzureden versuchen. Den hat in Wirklichkeit niemand so gewollt. Hinter vorgehaltener Hand an Stammtischen und so weiter trauen sich das alle zu sagen, nur da heraußen wird dann ein Plädoyer gehalten.

Gerstl's Märchenstunden waren ja recht interessant, aber die ganze Sache schaut anders aus. In Wirklichkeit ist die Kaufkraft gesunken. Also das, was wir da so gehört haben, dass wir so profitiert haben, das hätte er uns ein bisserl ausführen sollen, dann hätten wir ihm vielleicht folgen können, aber so war es eine Platitüde, die in Wirklichkeit nicht nachvollziehbar ist.

Auch diese 80 Prozent, die immer im Raum gestanden sind, dass sich die anderen am Lohn- und Sozialniveau uns annähern werden, sind ein Blödsinn. Wir nähern uns allen an, die arm sind, und unser Geld wird noch vernichtet, weil wir es denen, die es verspekulieren, ganz einfach in den Rachen werfen. Und blindlings, weil alle irgendwo Leute drinnen haben, die da auch Geld investiert haben, sind wir bereit, über Nacht Rettungsschirme zu spannen, die atemberaubend sind. Ich denke nur an das erste Mal, wo die Banken in Österreich gerettet wurden. 100 Milliarden, 40 Prozent des BIP! Aber

wenn wir einmal 1 Prozent verhandeln wollen, wo es um Sozialtransfer geht, wo es um Maßnahmen gegen die Armut geht, wo es darum geht, dass es den Österreichern besser geht, dass man vielleicht dann die Wirtschaft ankurbeln könnte, dann machen wir das nicht. Wir reden und reden und reden.

Die Regierung ist wie lange im Amt? Was hat sie geschaffen? Was hat sie weitergebracht? Fragen Sie einmal draußen. Alle werden sagen: Nichts! Und das kann es nicht sein! Da geht es um unser Wien, es geht um unser Österreich, und ich bitte, wirklich auch in diese Richtung Politik zu machen und nicht immer nur Politik für Lobbyismus, Politik für die EU. So muss man das ganz einfach nennen. Nicht jeder Einzelne ist angesprochen, aber sehr viele haben da sicher Interessen, auch irgendwann einmal in dieser großen Hydra in der Europäischen Union einen Platz zu finden. Wenn die kolportierten Zahlen der zigtausenden Mitarbeiter der neuen Außenministerin und des Präsidenten Wahrheit werden, dann kann man sich schon vorstellen, dass man sich ganz einfach die Kritiker zu guten Löhnen kaufen wird, damit das Volk überhaupt nicht mehr durchkommt, damit es überhaupt keine Stimmen mehr gibt, damit diese super EU, so, wie sie sich jetzt entwickelt hat, ganz einfach eine Daseinsberechtigung bekommt, weil alle diejenigen, die was machen könnten, im gleichen Fahrwasser fahren.

Dies gilt es zu überdenken. Ich bitte daher, unseren Beschlussantrag sofort zur Abstimmung zu bringen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Dipl.-Ing Margulies zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich gebe zu, ich habe mich heute auf eine durchaus interessante inhaltliche Auseinandersetzung zu Europa gefreut. Allerdings muss ich auf Grund der Vorkommnisse einige Worte vorwegschicken.

Ich bin seit gut zehn Jahren hier im Gemeinderat, ich glaube, seit 27. April 2010. Ich habe viel erlebt, was den Ton betrifft, an gegenseitigen Unerstimmungen und alles, was im Normalfall tatsächlich als vielleicht schlechter Ton et cetera gekennzeichnet wird. Was ich in diesen zehn Jahren nicht erlebt habe, ist eine rassistische Entgleisung in diesem Ausmaß, die mich tatsächlich zwar nicht überrascht, die mir aber zu denken gibt. Wenn mittlerweile hier im Gemeinderat der Kollege Eisenstein, der selbst Professor für Orientalistik ist – das muss man sich einmal vorstellen –, offen rassistische Äußerungen von sich gibt, wie spricht dann die FPÖ, wenn sie unter sich ist? Das frage ich mich tatsächlich, und das stimmt mich mehr als bedenklich. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Kommen Sie vorbei! Ich lade Sie ein! – Ruf bei der SPÖ: Ruhe!)* Der schöne Vorteil wäre, wenn ich dabei bin, sind Sie nicht mehr unter sich und reden vielleicht nicht mehr so, aber wenn das durchbricht, wenn es durchbricht bei einem Zwischenruf meines Kollegen Akkilic, dann heißt es: „Was machst du überhaupt da? Du bereicherst dich an unserem Staat. Am besten bist

überhaupt ruhig! Du kannst nicht Deutsch!“ *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Nur oberflächliches Deutsch!)* Oberflächliches Deutsch.

Herr Kollege, ich erinnere mich an diverseste grammatikalische Versprecher, Leseschwächen, die offenbar wurden von KollegInnen Ihrer Partei, und dann geht aus Ihrer Partei jemand heraus und betreibt die offen rassistische Politik, für die sich ein Land wie Österreich, aber jedenfalls wir GRÜNE schämen und genieren und die wir bekämpfen.

Ich sage Ihnen das ganz offen: Wir werden diesen Rassismus in diesem Haus nicht dulden! Es wird Ihnen aufgefallen sein, dass bei Rednerinnen und Rednern der FPÖ meine Fraktion geschlossen den Saal verlassen hat. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist bezeichnend!)* Das wird Sie möglicherweise nicht allzu sehr stören. Aber es sind diese Äußerungen, die in anderen Parlamenten darin gipfeln, dass es Prügeleien gibt, und es sind immer die Rechten und Rechtsextremen, die diese Prügeleien anzetteln. *(Ironische Heiterkeit bei der FPÖ.)* Es sind die nationalistischen Parteien, es sind die faschistischen Parteien, die das machen. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Der Herr Öllinger!)* Schauen Sie sich die diversesten Länder an, wo es Prügeleien im Parlament gegeben hat, und schauen Sie, von welchen Parteien diese ausgehen. *(GR Johann Herzog: Gewalt ist nicht unser Thema!)* Sie beginnen mit Diskriminierung, sie beginnen mit Rassismus gegenüber anderen Mitgliedern dieses Hauses.

Wenn Kollege Eisenstein in einem Versuch, möglicherweise etwas gutzumachen, zu meinen Kollegen Akkilic kommt und sagt: „Ich wurde gedrängt, mich zu entschuldigen!“, so macht es die Sache nicht besser, sondern verdeutlicht, welchen Geistes Kollege Eisenstein ist und wie und in welcher Art und Weise wahrscheinlich innerhalb der FPÖ, wenn man glaubt, unter sich zu sein, gesprochen wird.

Ich geniere mich dafür, dass mehr als 25 Prozent aller Wiener und Wienerinnen die FPÖ wählen. Ich hoffe, dass dies in Zukunft nicht mehr der Fall ist. – Danke sehr. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – GR Johann Herzog: Ein Wunschtraum!)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Mag Ebinger. Ich erteile es ihm. – Bitte sehr. *(Die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte der GRÜNEN verlassen den Saal.)*

GR Mag Gerald **Ebinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sie gehen schon wieder hinaus, dann werde ich jetzt nicht konkret auf das antworten, ich kann aber schon allgemein feststellen, dass der Herr Vorsitzende gesagt hat, was einhellig in der Präsidiale beschlossen wurde. Und was meine Partei betrifft, wollen wir uns auch nicht jedes Mal hier ungestraft als Klein- oder Großkriminelle beschimpfen lassen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Versuchen wir, zur Sache zurückzukommen, weil es doch eine ganz wesentliche Sache für uns alle ist. Hier geht es um unser aller Wohl, wenn wir über den Euro reden. Es waren ja noch nicht sehr viele Argumente. Leider sind die GRÜNEN jetzt draußen, aber ich glaube,

die besten waren von der Frau Kollegin Vana. Der Herr Klubobmann Schicker hat ja in bewährter SPÖ-Manier das Thema umgedreht und eigentlich dann nur mehr von der Hypo Alpe-Adria geredet, sozusagen als Allerweltschiff. Wenn die FPÖ angreift, dann redet man von der Hypo Alpe-Adria Bank und versucht, uns das irgendwie unterzujubeln. (*GR Christian Deutsch: Da muss man nichts unterjubeln!*) Das spricht aber gleichzeitig davon, Herr Kollege Schicker, dass Sie eigentlich von der Sache keine Ahnung haben und dass das eine reine Ausflucht ist. Das Einzige, was ich noch gehört habe, war Solidarität, wir müssen solidarisch sein und so weiter.

Das habe ich auch vom Herrn Kollegen Gerstl gehört, der mir jetzt auffällt als großer Wirtschaftspolitiker. Das ist umso interessanter, weil man ja gerade aus ÖVP-Kreisen oder aus ÖVP-nahen Kreisen in letzter Zeit immer den Wunsch nach einer Wirtschaftspartei hört. Ich weiß nicht, das bedeutet ja eigentlich, dass die ÖVP selber zu dem Schluss gekommen ist: Wir sind keine Wirtschaftspartei! Deswegen wollen Sie jetzt eine eigene gründen. Vielleicht sind Sie da schon dabei oder Sie halten die Stellung gegen diese Kritiker, von der Wirtschaftskammer angefangen bis zur Industriellenvereinigung. Jedenfalls haben auch Sie von populistischen Gründen gesprochen – oder du, Entschuldigung –, du hast von populistischen Gründen gesprochen, von einer Solidargemeinschaft und vom Todesstoß für Griechenland.

Die Frau Kollegin Vana hat etwas völlig Richtiges gesagt. Sie hat gesagt, man kann etwas nur durchziehen, was zum Wohle der ganzen Eurozone ist, wenn die Griechen konsequent Steuern einheben, konsequent die Rüstungskosten zurückschrauben, konsequent die Korruption bekämpfen. Darauf werde ich noch ganz kurz zurückkommen.

Aber um zu zeigen, dass das jetzt nicht reiner Populismus ist, was wir da machen, möchte ich Ihnen schon ein paar kurze Zitate bringen, denn das ist ja nicht irgendwo dem Strache und seinen Leuten eingefallen, jetzt setzen wir uns da drauf, sondern so denkt das Volk, und das ist ja leider auch völlig die Realität. Wir haben Sparpakete, und das Gefühl aller ist, wir zahlen für Länder, die eben vielleicht nicht die gleiche Moral bei der Einhebung von Steuern haben und bezüglich Korrektheit.

Und wer ist schuld daran? Jedenfalls hat „Wall Street Journal“ Anfang dieser Woche gesagt: Was auch immer passiert, die gehen sowieso pleite. Die Griechen, die Iren, die Portugiesen. „Wall Street Journal“ ist ja nicht unbedingt die populistischste FPÖ-nahe Zeitung.

Jim Rogers, einer dieser Finanz-Gurus, hat gesagt, lasst Griechenland pleite gehen.

Der Kommissar Rehn hat gesagt, die EU wird nicht in eine Transferunion verwandelt. Das ist sie an sich ja jetzt schon in meinen Augen.

Das erinnert mich an etwas. Ich habe als Sammler die „Fliegenden Blätter“ auch von 1848, und da gibt es eine Karikatur, wie der Kommunismus aufgekommen ist als Idee von Karl Marx. Da sieht man einen Bürgerlichen und einen Kommunisten, und der Kommunist sagt: „Pass auf, du hast 50 000 Gulden,“ – oder was es halt damals

gegeben hat – „ich habe nichts. Wir teilen. Das ist Kommunismus.“ Darauf sagt der Bürgerliche: „Okay. Und wenn wir jetzt teilen und du gibst deine 25 000 aus und ich nicht?“ Da sagt der andere darauf: „Dann teilen wir wieder.“ – Wenn das keine Transferunion ist, meine Damen und Herren, dann weiß ich nicht! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Der deutsche Wirtschaftsminister Brüderle ist für eine sanfte Umschuldung.

Ökonom Roubini meint: „Griechische Umschuldung unvermeidbar.“

Bitte, der Herr Vranitzky, das ist ja eine eigene Position. Der ist gegen all diese Dinge, der ist nur dafür, dass man die Zinsen senkt und die Kredite auf 25 Jahre ausdehnt.

Jetzt muss man nur in sich gehen und sich überlegen, was man macht. Man zahlt jetzt 1 000 EUR Kreditrate, wenn man es in 5 Jahren zurückzahlen muss, dann zahlt man nur mehr 100 EUR, wenn man es in 25 Jahren zahlt. Wenn man ehrlich ist, muss man sagen, gut, dann habe ich 900 EUR, die kann ich ausgeben im Monat. Und so wäre das, wenn das die einzige Maßnahme ist. Es ist meines Erachtens völlig abstrus, solche Forderungen zu stellen.

Der Herr Klubobmann Schicker hat gesagt, das sind die Konservativen gewesen in Griechenland, die das alles verbrochen haben. Die Sozialisten können da nichts dafür. Ich habe hier aus der „Welt online“ einen Artikel über die ganze Geschichte Griechenlands und des Geldes, und möchte nur ganz kurz etwas dazu sagen. Als Papandreou 1984 an die Macht gekommen ist, hat er zum Beispiel an einem einzigen Tag 50 000 außerordentliche Beamte eingesetzt. 50 000 außerordentliche Beamte! Das ist auch kein Wunder, denn in Griechenland gibt es 40 Prozent Beamte, die zum Teil nicht einmal wissen, was sie zu tun haben, aber sie kriegen natürlich auch Privilegien, wenn sie pünktlich ins Büro kommen, eine Fremdsprache können oder den PC benutzen können. Vielleicht war das ein Ausweg. Damit sie nicht arbeitslos sind, hat man sie zu unkündbaren Beamten gemacht. 1985 nach der Wiederwahl versprach er die Bekämpfung der notorischen Steuerhinterziehung und wertete die Drachme um 15 Prozent ab. Die Europäische Gemeinschaft rettete Griechenland mit 1,75 Milliarden ECU vor dem Bankrott. 1985.

Dann gab es eine Änderung, dann gab es eine konservative Regierung. Der Finanzminister Stefanos Manos hat die Ausgaben radikal gestrichen. Das war den Griechen zu viel, dann haben sie wieder den Papandreou gewählt. Damals, 1993, hatten sie ein Defizit von 13 Prozent, bis zum Jahr 2000, als die Eurozone kam, haben sie offiziell nur mehr ein Defizit von 1 Prozent gehabt.

Ich möchte auch feststellen, dass Eurostat das immer massiv kritisiert hat, dass Eurostat diese Zahlen nicht unterschreiben wollte, aber alle Politiker, seien es jetzt Eichel, Schröder, Sarkozy, haben es durchgewunken, es wurde immer toleriert für den höheren politischen Zweck, ohne jegliche wirtschaftliche Grundlage.

Dann kam Karamanlis an die Macht, und der hat zum

Beispiel gesagt, das mit der 3-Prozent-Grenze für den Haushalt in Griechenland war von Anfang an eine Fiktion. Das hat er zugegeben. Dann hat er 2009 an einem Tag noch weitere 29 000 Beamte eingesetzt.

Dann kam wieder eine sozialistische Regierung, und im Februar sagte Papakonstantinou im Interview mit der „Welt am Sonntag“, mein Hauptproblem ist, dass niemand meine Zahlen glaubt, dabei habe Griechenland nun der EU alle Daten, alle Informationen, alles auf den Tisch gelegt. Seither wurde das Haushaltsdefizit zwei Mal nach oben korrigiert, zuletzt bei Eurostat am 22. April, und noch immer bestünden von den Inspektoren her Zweifel an der Qualität der griechischen Daten.

Meine Damen und Herren! Ich habe schon gesagt, was die Beamten für Privilegien haben. Die Frau Kollegin Vana hat von den Rüstungsausgaben geredet. Griechenland hat 10 Milliarden Rüstungsausgaben. Das sind, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, mehr Rüstungsausgaben als die Vereinigten Staaten.

Einen Verstaatlichtenstatus wie Griechenland ihn hat, hatten wir in den 70er Jahren. Also hier ist alles verstaatlicht von Wasser über Strom bis hin zu Gas. Dazu kann man stehen, wie man will, das ist Daseinsvorsorge, aber bei Casinos, Flughäfen, Seehäfen, Raffinerien, Versicherungsunternehmen, Hotels ist das nicht mehr so.

Die Weltbank hat untersucht, welche Staaten ein wirtschaftsfreundliches Umfeld bieten. Da landete Griechenland auf dem 109. von 183 Plätzen.

Meine Damen und Herren! Das kommt alles nicht von ungefähr, das sind ja alles desaströse Zahlen. Und ich gebe Ihnen noch ein paar solche Zahlen.

Wussten Sie, dass man in Griechenland mit 95,7 Prozent des letzten Bruttobezuges in Pension geht; in Deutschland zum Beispiel mit 40 Prozent. Das sind Zahlen von Transparency International. Also auch keine populistischen Zahlen der FPÖ, sondern von Transparency International. In Pension geht man natürlich statistisch gesehen viel früher als bei uns. Das brauche ich ja nicht dazuzusagen.

Die Schwarzarbeit wurde von Frau Kollegin Vana angesprochen. 20 Milliarden im Jahr entgehen Griechenland durch Schwarzarbeit. Das sind dann Leute, die nur schwarzarbeiten. Die haben keine Versicherung, die müssen dann auch irgendwie erhalten werden. Die Rentenkassen stehen deswegen wieder vor dem Ruin, weil keiner was einzahlt in die Rentenkassen. Also das geht weiter.

Die Sparprogramme, die bis jetzt durchgeführt worden sind mit der Mehrwertsteuer und so, das sind lauter Peanuts, wenn man an diese Privilegien denkt.

Bestechungsgelder. Mit schätzungsweise einer halben Milliarde müssen Beamte in Griechenland pro Jahr bestochen werden, und trotzdem braucht man hundert Genehmigungen für alles. Das ist ein völlig unflexibler Apparat, wo nichts unternommen wurde, dass das irgendwie geändert wird. Wir haben den One-Stop-Shop – so nennt sich das bei uns; das gibt es ja auch in der Stadt Wien, das sei jetzt durchaus positiv bewertet –, da geht man irgendwo hin und kann von dort aus alle seine Dinge regeln, die man an Behördenwegen haben kann.

Griechenland ist kilometerweit von dem entfernt. Ein durchschnittlicher Grieche gibt ungefähr 1 500 EUR für Bestechungsgelder im Jahr aus. Das regt mich nicht so auf, aber als Finanzjurist muss ich sagen, es ist die Unfähigkeit, Steuereinnahmen zu erzielen. Das wurde schon immer gefordert, und so gesehen hat die Frau Kollegin Vana natürlich nicht recht. Sie hat zwar recht, wenn sie sagt, es muss konsequent gemacht werden, aber die Geschichte zeigt uns, dass es 20 Jahre nicht gemacht wurde, von konsequent gar keine Rede.

Sie müssen sich vorstellen, dass es in Griechenland nur 15 000 Leute gibt, die mehr als 100 000 EUR verdienen laut Steuerbehörden. Heute habe ich gelesen, in Österreich gibt es 30 000 Millionäre, in Griechenland verdienen nur 15 000 über 100 000 EUR. Der jetzige Premierminister hat festgestellt, im besten Bezirk von Athen hat jeder selbstständige Arzt 30 000 EUR Jahreseinkommen deklariert. Durchschnittlich deklarieren Freiberufler wie Ärzte, Architekten und Rechtsanwälte 10 493 EUR Jahreseinkommen. Das ist weniger, als ein Arbeiter dort deklarieren muss, weil er ja Lohnsteuer bekommt. Die sind bei 16 000 EUR.

Meine Damen und Herren! Da fragt man sich, wofür man die ganzen Beamten hat, wenn das nicht kontrolliert wird. Wie kann das sein? Da kann kein Staat existieren, wenn es eine derartige Steuermoral gibt, meine Damen und Herren. Und da – das muss man sagen – hört sich einfach die Solidarität auf. Ich kann nicht hergehen und sagen, wir haben eine Solidargemeinschaft, wir müssen immer zahlen. Die müssen zuerst ihre Hausaufgaben machen, und die Geschichte zeigt, dass sie sie wahrscheinlich ohne einen massiven Druck nicht machen werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der massive Druck kann aber nicht so ausschauen, dass ich sie ständig entschulde, dann versuchen sie es wieder, und nach zwei Jahren haben wir das gleiche Desaster, weil wieder nichts passiert ist.

Ich meine, es gibt viele Experten, die sagen, das ist kein Todesstoß, sondern das ist die Rettung für Griechenland und die Rettung für den Euro. Aber wenn nicht ein radikaler Schnitt gemacht wird, dann, meine Damen und Herrn, ist das Ganze ein Todesstoß für uns alle. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Mag Jung zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Wir haben vorher einen zugegebenermaßen höchst unerfreulichen Vorfall gehabt, der aber bereinigt wurde, wie es hier im Haus vorgesehen ist. Und jetzt kommt dann der Herr Kollege Margulies heraus und erklärt – man kann nicht mehr tun, als sich entschuldigen, und man kann nicht mehr tun, als der Vorsitzende getan hat, nämlich unverzüglich und ohne Pause, wie wir es gestern und vorgestern erlebt haben, einen Ordnungsruf erteilen; darin unterscheiden sich nämlich manche Vorsitzführungen *(Beifall bei der FPÖ)* –, er kommt heraus und erklärt mit Grabesstimme – wenn es von einem anderen wäre, wäre es glaubwürdiger, aber gerade er –

er hat viel erlebt, aber so etwas noch nicht.

Jetzt sage ich Ihnen was: Ich war im Europäischen Parlament, ich war im Nationalrat, ich war im Europarat und auch hier, da habe ich ganz andere Sachen erlebt. Ich erinnere mich an einen Finanzminister, der die FPÖ mit Schweindeln verglichen hat und das auch demonstriert hat. Ich erinnere mich an einen angetrunken grünen Wabl, der zu später Stunde ins Plenum getaumelt ist und mit einer Hakenkreuzfahne gewedelt hat. Ich erinnere mich an einen jetzigen Bundespräsidenten, der während einer Sitzung 1998 „Sieg Heil!“ gerufen hat.

Ja, alles das ist unerfreulich, kommt vor und gehört entsprechend abgestellt und wurde abgestellt. Aber das, was hier gespielt wird von den GRÜNEN, ist Schauspielerei, um etwas hochzuspielen. Da hätten sie sehr, sehr viel vor der eigenen Tür zu kehren. Das gilt auch für andere Parteien, denn die Wortwahl gerade in den letzten Tagen war nicht gerade toll, wenn es einen Bürgermeister dieser Stadt gibt, der sagt: „Er lügt, er lügt, er lügt!“, wobei er ganz deutlich in Richtung von jemanden spricht, im Vertrauen darauf, dass bei einer Gerichtsverhandlung bei so etwas nichts herauskommt, der andere Leute und deren Köpfe mit Germknödeln vergleicht – er sollte sich einmal selber in den Spiegel schauen – oder der die Wähler anderer Leute als Vollkoffer bezeichnet. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und wenn gerade die GRÜNEN von Prügeleien reden: Im österreichischen Parlament gibt es die Gott sei Dank noch nicht, mit einer einzigen Ausnahme, das war der Schubser-Parnigoni, der damals seine Kollegin – daran kann ich mich auch aus dem Nationalrat erinnern –, weil sie nicht SPÖ-konform abgestimmt hat, hinuntergeschubst hat zum Abstimmen. Es hat einen entsprechenden Wirbel gegeben, und interessanterweise hat, als man das aufklären wollte, Präsident Fischer erklären müssen, dass ausgerechnet diese Rolle, auf der die Aufnahmen gespeichert waren, leider nicht auffindbar ist.

So schaut es nämlich auch aus, meine Damen und Herren. Deswegen: Unerfreulich, aber überdramatisieren brauchen wir da gar nichts.

Und Prügeleien überhaupt. Da sind die GRÜNEN in ihrem Umfeld Weltmeister, denn bei jeder dieser Schlägerei-Demonstrationen sieht man immer wieder entweder den Kollegen Ellensohn, den Kollegen Öllinger oder Ähnliche.

Ich habe da gerade eine jüngere Ausgabe der Zeitung der Grünalternativen Jugend in Wien. „Bilde dich, bilde andere, bildet Banden!“ Bandenbildung – das Motto der grünen Jugend.

So und jetzt kommen wir zum Thema, denn zum Thema hat der Kollege Margulies eigentlich nichts gesagt, außer dass er hofft, dass wir das nächste Mal nicht mehr 25 oder 20 Prozent der Wähler haben werden. Ich teile hier seine Auffassung. Ich hoffe, dass wir das nächste Mal 30 Prozent der Wähler haben werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der Kollege Schicker hat sich hier herausgestellt und hat gemeint, es muss die Solidarität in Europa greifen und das Wohlstandsgefälle muss eingeebnet werden. Gut, der Meinung kann man sein als Sozialdemokrat, der

Meinung kann man sein als GRÜNER, das ist legitim.

Aber was Sie den Österreichern gleichzeitig nicht sagen, ist, dass Sie dann, wenn Sie einebnen wollen, den Wohlstandsberg derjenigen, die fleißig gearbeitet haben, einebnen müssen. Das sollen Sie den Österreichern nämlich auch dazusagen. Das wäre ehrliche Politik und nicht zu sagen, wir können das Geld ja drucken und den Griechen helfen.

Er hat gesagt, er wird nicht müde werden, unsere Verfehlungen aufzuzählen. Na, das haben wir gemerkt. Über 50 Millionen Gelder haben Sie im vergangenen Jahr in Werbung gesteckt, damit Ihren eigenen Echo-Verlag fest gefüttert, genützt hat es Ihnen nichts, aber das macht nichts. Es nützt Ihnen deswegen nichts, weil Sie immer die gleiche Leier der Vergangenheit und Schwarz-Blau und was weiß ich was predigen, das Ihnen die Bürger schon längst, längst nicht mehr abnehmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der Gipfel der Absurdität war ja wirklich – also das fällt nicht einmal mehr unter komisch, sondern unter lächerlich –, wenn er sich da herausstellt und sagt, dass Grasser schuld an der Griechenlandpleite ist. Also so was, das wird ja morgen wirklich in der „New York Times“ und in der „Financial Post“ stehen: „Jetzt haben wir den Schuldigen für die Griechenlandpleite gefunden.“ Das ist zuviel der Ehre für den Herrn Grasser.

Einen Punkt möchte ich noch besonders hervorheben, der auch heute schon einmal von einem Kollegen angesprochen wurde, das ist der Schwindel mit den Sparbüchern. Wir sind hier angehalten, den Griechen zu helfen. Wir haben Probleme über Probleme. Sie wissen, wer von Ihnen ein Sparbuch besitzt und nicht Großkapitalist ist und irgendwo in Aktien spekulieren kann, weiß nicht, wie er sein Geld aufbewahren soll. Millionen Österreicher fragen uns und wissen es nicht. Sie können es unters Leintuch legen, dann verlieren sie einmal mindestens 3 bis 4 Prozent im Jahr. Sie können es als normaler Bürger auf die Bank geben, na, dann verliert es halt nur die Hälfte davon. Das ist die Realität. Und wenn der Kollege Gerstl von der ÖVP hier meint, dass die Regierung nichts dafür kann – das ist doch nicht wahr. Das ist gewollt und das ist die Methode, wie man sich saniert. Wir werden mit noch viel, viel schlimmeren Inflationsraten kämpfen müssen, wenn das hier bei uns so weitergeht. Das ist gar keine Frage. Er hat uns den Finanzminister Pröll geradezu als den Messias der Republik dargestellt. Schade nur, dass er nur so kurz über die Wasser gewandelt ist, mittlerweile schon in Vergessenheit geraten ist und den großen Rettungsschirm angepriesen hat. Den Rettungsschirm, den werden Sie in der ÖVP brauchen, Herr Kollege Gerstl, besonders in der Wiener ÖVP! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir haben in der Vorwoche den Städtetag in St Pölten gehabt, wo die SPÖ-Vertreter bei der entscheidenden Abstimmung gerade noch in ausreichendem Maß vorhanden waren, sonst wäre der Städtetag zum zweiten Mal wegen der mangelnden Präsenz der SPÖ-Vertreter den Bach hinuntergegangen und hätte auch die Satzungsänderung, die es Ihnen jetzt möglich macht, am Vortag feiern zu gehen, weil das Präsidium alleine alles

beschließen kann, wieder nicht beschließen können. Wir Freiheitlichen hätten nur ein Drittel unserer Vertreter hinausschicken müssen und das Ganze wäre wiederum gestorben gewesen. Aber auf diesem Städtetag wurden auch Resolutionen beschlossen. Da hat man auch beschlossen, wir brauchen – das ist jetzt aktuell, Herr Kollege Gerstl – einen Rettungsschirm. Wir brauchen einen Rettungsschirm für die Kommunen, weil es denen so schlecht geht. Ja bitte, wenn es den Kommunen in Österreich so schlecht geht und wir diese eine Milliarde nicht aufbringen, wieso bringen – wir haben es ja heute schon zur Genüge gehört – wir diese massenhaften Milliarden Garantien, Direkteinzahlungen 2,4 Milliarden, Garantien über 17 Milliarden bisher, muss man dazu sagen, nicht auf, wenn wir das in den Städten so dringend brauchen würden? Und das brauchen wir wirklich. Wir sind dafür, den Kommunen hier zu helfen und deswegen sagen wir auch: Unser Geld für unsere Leute einmal. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wie schaut denn der europäische Rettungsschirm aus? Der EU-Vertrag Art 133 wurde dafür ergänzt und der heißt: „Die Eurostaaten können einen Stabilitätsmechanismus“ – können – „einrichten, der aktiviert wird, wenn dies unabdingbar ist, um die Stabilität insgesamt zu wahren, mit strengen Auflagen als Voraussetzung.“ Und da haben wir einen Kanzler, der der „Kronen Zeitung“ versprochen hat: „Künftige Vertragsänderungen, die die österreichischen Interessen berühren, werden durch eine Volksabstimmung entschieden.“ Ja, bitte, eine Verfassungsänderung, die dafür notwendig war, ist das nichts, was die österreichische Bevölkerung berührt? Was ist das, Herr Kollege Schicker? Berührt das die Österreicher nicht, frage ich Sie? Und was ist das, wenn jemand bewusst die Unwahrheit sagt, Herr Kollege Schicker? Ich will heute nicht den Bgm Häupl vom vergangenen Sonntag mit seinem drei Mal wiederholten, Sie wissen schon, was, zitieren. Das ist es und das erkennen die Österreicher und das geben Sie Ihnen laufend. Das merken auch Ihre Funktionäre unten schon. Sie haben es ja am Parteitag erlebt. Sie haben gemerkt, wie man den Bgm Häupl abgestraft hat. Sie haben die Ohrfeige durch die Wähler an die Frau Finanzstadträtin Brauner gemerkt und, und, und in vielen Bereichen. Und Sie werden es noch mehr merken, denn Ihre Funktionäre der untersten Ebene sind die, die noch mit den Leuten reden. Sie sind schon viel zu abgehoben, um das zu merken, und wollen sich nur noch die eigenen Pfründe sichern. So schaut es in Wirklichkeit aus.

Ich will jetzt da nicht noch länger auf den Stabilitätsmechanismus mit einem Umfang von unvorstellbaren 700 Milliarden eingehen, 620 davon Garantie, 80 Bareinlage. Österreich hat 17,3 Milliarden Haftung und 2,2 Milliarden Bareinlage – bisher. Und wenn jetzt Ihr IWF bei der nächsten Erhöhung für Griechenland nicht mitmacht, dann werden wir weiter noch mehr zahlen müssen. Griechenland hat bisher 53 Milliarden von den 115 Milliarden bekommen und es zeichnet sich bereits ab, dass es sich nicht ausgeht, gar keine Frage. Dabei haben die Griechen ja noch nicht einmal die von der Agrarförderung ergaunerten und von der EU zurückgeforderten 260

Millionen für das vergangene Jahr abgerechnet. Das ist nämlich das Größte überhaupt. Die ergaunern sich Agrarförderung und die Strafe zahlen sie von den Geldern, die wir ihnen jetzt geben werden! So schaut Ihre EU aus, meine Damen und Herren! Und das ist diese EU, die wir nicht wollen, ganz bestimmt nicht wollen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der Schuldenstand Griechenlands wird in den nächsten Monaten auf 150 Prozent des BIP steigen. 10 Prozent BIP – Wirtschaftsleistung –, nicht Budget, für Zinsen und Rückzahlungen, das sagt Ihnen jeder Ökonom, sind unfinanzierbar. Das heißt, wir werfen gutes Geld dem schlechten Geld nach und dann leugnet man noch bei der EU, dass bereits Umschuldungspläne existieren. Gleichzeitig sagt der Herr Fuest, das ist der Leiter vom wissenschaftlichen Beirat des deutschen Finanzministeriums: „Es ist klar, dass man längst prüft, was hier an wirklichen Maßnahmen gesetzt werden soll, nur man ist sich noch nicht einig.“ Das heißt, wir werden jetzt zahlen und dann wird man draufkommen, es wird trotzdem nicht gehen.

Umschuldung oder Austritt, alles wird geleugnet. Und dann gibt es überhaupt einen Spezialisten auf dem Sektor, den Herrn Juncker, der hier den obersten Finanzmanager nach außen in der EU spielt, der auch die Umschuldungsgerüchte leugnet und dann nachher, wenn er nach diesem berühmten Treffen in den Medien befragt wird, sagt er: „Wenn es ernst wird, muss man lügen.“

Tun Sie das auch, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, denn es ist verdammt ernst in Österreich? Machen Sie das Gleiche wie der Herr Juncker? Den Verdacht hat man bei Ihnen und bei dieser Regierung sehr, sehr stark.

Wenn es ernst wird, muss man lügen. Dieser Herr Juncker ist ja ohnehin vorher schon bekannt geworden, indem er gesagt hat, wie man es in der EU macht, wenn was nicht funktioniert: „Wenn wir etwas beschließen, stellen wir das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert.“ – In Griechenland haben sie zu lange gewartet – „Und wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten ja gar nicht begreifen, was beschlossen wurde, dann machen wir weiter Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“ Da hinein hetzt uns diese Gruppierung in der EU, Schritt für Schritt, und wir wehren uns nicht! Das ist der Fehler. Aber die Bevölkerung wacht nicht nur in Österreich langsam auf und der Wutbürger entsteht. Der Wutbürger ist in den meisten europäischen Gruppierungen leider nicht in Parteien kanalisiert. Das wird noch zu schweren Unruhen in diesem Europa führen. Wir sehen es in Griechenland, wir sehen es in Portugal, wir sehen es Spanien, in Italien. Wir werden hier noch einiges in Europa erleben, was diese Leute verursacht haben. Und wer sind die Leute? Die vollziehen doch nur die Aufträge der Bilderberger. Wer ist da drin? Der Vranitzky, der Faymann, ja und der Herr Nowotny auch natürlich. Der Herr Nowotny, der kürzlich auf die Frage, wie es jetzt ausschaut, ob es stimmt, dass die Nationalbank in großem Maße faule Kredite gekauft hat, dieser Herr Nowotny hat sich geweigert, darauf was zu sagen! Das ist auch

der, der nicht sagt, wo die österreichischen Goldvorräte sind. Soweit sind wir! Nicht einmal den Abgeordneten sagt man das, weil wir ja zu dumm sind, um das zu verstehen, was man mit unseren Steuergeldern betreibt.

Und jetzt kommt dann im IWF vermutlich die Frau Lagarde, die französische Finanzministerin nach, und die hat festgestellt, auch wieder interessant - man muss den Leuten zuhören, was sie sagen – „Der Rettungsschirm war nicht vom Vertrag von Lissabon gedeckt. Trotzdem haben wir ihn geschaffen.“ Die sind so größenwahnsinnig da droben in Brüssel, dass sie sagen, wir scheren uns nicht um die Verträge. Es ist gegen den Vertrag, aber wir haben das gemacht. Und Sie spielen das mit, Sie in der ÖVP und Sie in der SPÖ, obwohl vielen, das weiß ich aus anderen Gesprächen, schon das Grausen kommt. Das Schlimme ist nur, dass das Grausen nicht nur Ihnen kommen wird, sondern das Grausen den Österreichern kommen wird und den europäischen Bürgern, die das alles zahlen.

Das ist die Situation. Es kriselt hier überall. Aber statt umzudenken und dem derzeitigen Euroirrsinn einen Riegel vorzuschieben - fort mit Schaden, es wird weh tun, so oder so. Wir haben auch keine Wunderlösung, aber wir sagen: Es ist besser, wir machen das jetzt fort mit Schaden und mit geringeren Problemen, als wir zögern es auf ewig hinaus.

Wenn Sie so weiterhandeln und das gute Geld dem schlechten nachschmeißen und glauben, dass Sie ablenken können, indem Sie auf die FPÖ einprügeln, dann wird das zwar für Österreich schlecht sein, weil Sie sich noch einige Zeit an der Macht halten können, diesem Land wird es aber nicht gut tun und die Bürger werden Ihnen in sehr absehbarer Zeit zeigen, wohin der Weg gehen wird. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Wansch. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Dr Alfred **Wansch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

In der etwas betroffenen Stimmung der letzten Stunde ist es wiederum zu einer unglaublichen Entgleisung vom Kollegen Margulies gekommen. Er sagt wortwörtlich, er geniert sich für 25 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher. Diese Einstellung macht die demokratiefeindliche und in Wirklichkeit totalitäre Gesinnung der GRÜNEN offensichtlich. Ich sage Ihnen, ich als Demokrat, ich geniere mich für keinen einzigen Österreicher, für keine einzige Österreicherin, die eine andere Partei gewählt hat. Das ist der Demokratenrespekt vor dem Wähler und ich werde eines machen, ich werde mich niemals für eine Österreicherin oder einen Österreicher genieren. Ich werde mich um die Menschen bemühen. Das ist die Einstellung und wenn man sich ... *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zum Thema. Wir haben heute schon sehr viel Unglaubliches gehört über die Hemmungslosigkeit in der unterwürfigen EU-Hörigkeit durch die schwarz-rote Regierung. Mir geht es jetzt um eine andere Hemmungslosigkeit, eine Hemmungslosigkeit, die einer Verhöhnung

der Österreicherinnen und Österreicher gleichkommt. Die Regierung sucht Geld für ihre Finanzabenteuer, wie wir gehört haben. Zu diesen Finanzabenteuern ist sie durch den Wähler in Wirklichkeit gar nicht beauftragt und deshalb vermeidet sie auch die Volksabstimmung, weil sie weiß, keine Österreicherin/kein Österreicher würde bei einem derartigen Abenteuer, bei einer derartigen Spekulation dabei sein.

Wie kommt jetzt die Regierung zum Geld? Auf einem ganz einfachen Weg: Ich suche mir diejenigen aus, die sich am wenigsten wehren und wo möglichst viel Geld hereinkommt, und damit bin ich bei den Familien und bei den Pensionisten. Und ich mache es so, dass ich sie vorher nicht fragen muss - bitte überweist mir, bitte gebt's eine Steuererklärung, bitte überweist mir irgendwas -, sondern ich mache das ganz einfach ohne Begründung, indem ich durch eine kleine Gesetzesänderung den Leuten das Geld durch das Finanzamt einbehalte. So geschehen bei der Streichung des Alleinverdienerabsetzbetrages. Und das ist natürlich jetzt besonders dramatisch, weil man sich dort bei jenen bedankt, die Österreich und Wien wieder aufgebaut haben, bei jenen, die aus dem Nichts heraus, aus der Situation 1945 den Wohlstand geschaffen haben, der uns heute zugute kommt. Sie haben diesen Wohlstand nicht durch Donnerstagsdemonstrationen und durch Randalen bei Veranstaltungen politisch Andersdenkender erreicht, sondern sie haben diesen Wohlstand durch beinharte Arbeit geschaffen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dann denkt man sich, da werden ja diese Leute, die jetzt im Wohlstand leben können, eine Spur dankbar sein. Nein, es schaut anders aus! Die Pensionisten kriegen im Dezember ein Schreiben, dass großartig erzielt wurde, dass sie - ich weiß jetzt gar nicht den Prozentsatz - geringfügig mehr Pension bekommen werden. Dann sagen die Leute – na ja, sie haben Bescheidenheit gelernt: Na, besser als gar nichts. Tatsächlich haben sie bei der Abrechnung im Jänner weniger als im Dezember bekommen und dann haben sie sich gefragt: Na, wie gibt's denn das? Das gibt es ganz einfach dadurch, weil die rot-schwarze Regierung in ihre Tasche gegriffen hat und den Alleinverdienerabsetzbetrag gestrichen hat.

Das zweite Opfer neben den Pensionisten sind die Familien, die Kinder großgezogen haben. Jeder, der Kinder hat, weiß, dass da Entbehrungen dabei sind, insbesondere auch finanzielle Entbehrungen, aber andererseits durch diese Familien ein Beitrag für die Volkswirtschaft geleistet wird. Dann haben die Familien die Kinder großgezogen, haben die Kinder zu Steuerzahlern gemacht, die dann wieder neu geschöpft werden und der Dank dafür ist wiederum, dass ich ihnen den Alleinverdienerabsetzbetrag streiche.

Deshalb, weil dieser Zustand, diese Vorgangsweise tatsächlich unzumutbar, wenn nicht unerträglich ist, stellen die freiheitlichen GRe Mag Johann Gudenus, Johann Herzog, Mag Wolfgang Jung und Mag Ebinger sowie meine Person einen Beschlussantrag, der lautet:

„Der Wiener Gemeinderat lehnt das Sparpaket der Bundesregierung als sozial unausgewogen und familienfeindlich entschieden ab und fordert von der Bundesre-

gierung mit allem Nachdruck die Einschränkung des Alleinverdienerabsetzbetrages wieder rückgängig zu machen, um den Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialstandort Österreich nicht durch ein einseitiges Sparpaket zu gefährden.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ (*Beifall bei der FPÖ.*)

Zum Abschluss zu diesem Antrag möchte ich sagen, wenn ich in die Reihe der GRÜNEN schaue, dann sind wir wieder bei der Demokratiepolitik, unglaubliche Vorgangsweise, in dem Fall verraten Sie auch Ihre eigenen Wähler, weil nichts eine Vorgangsweise rechtfertigt, dass ich bei einer Sitzung, wo es um Wien, wo es um Österreich geht, ganz einfach nicht anwesend bin, an Abstimmungen nicht teilnehmen kann. Es ist eine demokratiepolitisch unglaubliche Vorgangsweise! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber gerichtet an die GRÜNEN, weil sie vielleicht draußen stehen und zuhören, an sie gerichtet: Ich weiß, dass die Pensionisten und Familien nicht Ihre Klientel sind. Ich ersuche Sie um ein kleines Stück Dankbarkeit an die Familien und Pensionisten, indem Sie diesem Antrag zustimmen.

In die Reihen der Roten vor mir: Sie werden es leichter haben, unserem Antrag zuzustimmen, und da zitiere ich jetzt die SPÖ-Kärnten: „Die Streichung des Alleinverdienerabsetzbetrages ist eine Bestrafungsaktion gegen jene, die Österreich groß gemacht haben.“ Gratuliere, unterschreibe. Man soll die Kärntner nicht unterschätzen, auch nicht die Kärntner SPÖ, weil die Kärntner SPÖ gemeinsam mit der FPÖ zwei Verfassungsklagen eingebracht hat, nämlich Verfassungsklagen, die darauf abzielen, dass die Streichung des Alleinverdienerabsetzbetrages für verfassungswidrig erklärt wird. Jetzt bin ich neugierig, der Verfassungsgerichtshof wird ja erfahren, was da im Wiener Gemeinderat passiert und der wird sich amüsieren, wenn von Kärnten von der SPÖ die Verfassungsklage kommt und wenn in Wien die SPÖ gegen die Pensionisten und Familien stimmt. Ich bin auf Ihr Stimmenthalten neugierig und lade Sie ein, unserem Antrag zuzustimmen.

Und an die ÖVP gerichtet, da zitiere ich ganz einfach die Frau Kollegin Korosec. Ich zitiere sie: „Es gilt die Forderung des Seniorenrates, die Streichung des Alleinverdienerabsetzbetrages für alle Pensionisten und Pensionistinnen umgehend rückgängig zu machen.“ Das bedeutet, ich kann mir eine Nicht-Einstimmigkeit dieses Antrages nicht erklären. Wenn die GRÜNEN dagegen stimmen, dann ist es halt deshalb, weil es nicht ihre Klientel ist. Im Übrigen danke ich Ihnen und ersuche um Unterstützung für unseren Antrag. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Akkilic. Ich erteile ihm das Wort.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Kollegen und Kolleginnen!

Die Freiheitliche Partei hat heute ein Thema ausgesucht, das durchaus sehr spannend, auch sehr interessant ist.

Man muss sich dem Gedanken der Europäischen

Union bewusst werden, warum es zu den Bemühungen gekommen ist, die Europäische Union ins Leben zu rufen und aus welchen historischen Erfahrungen heraus dieses Bewusstsein innerhalb von Europa entstanden ist. Wir wissen ganz genau, dass das historische Bewusstsein sich daraus ergeben hat, dass die Nationalsozialisten die Welt in ein Chaos gestürzt haben, das Millionen und Abermillionen von Menschen das Leben gekostet hat. Ich frage mich nach den Wortmeldungen des Herrn Eisenstein, ob die Freiheitliche Partei überhaupt noch den Anspruch stellen kann, über europäische Politik zu sprechen, weil die Europäische Union eine der Pfeiler ist, eines der wichtigsten Instrumente, um gegen Rassismus, gegen Nationalismus zu kämpfen, damit die Vergangenheit nicht wieder zur Wirklichkeit wird. Sie haben den Anspruch verloren! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Ich habe meine vorgestrige Rede damit abgeschlossen, dass ich gesagt habe, ich reiche vor allem der Freiheitlichen Partei, ich reiche Ihnen als ein Mensch mit Migrationshintergrund stellvertretend für alle anderen die Hand. Nehmen Sie die Hand, schlagen Sie sie nicht aus und hören Sie mit fremdenfeindlicher und ausländerfeindlicher Politik auf! Was ist passiert? Ich war immer wieder der Hoffnung und bin nach wie vor davon überzeugt, dass die Menschen beim Reden zusammenkommen. Aber diese Wiederholungsfälle, das, was heute passiert ist, zeigt eindeutig, dass Sie unverbesserlich sind, dass Sie nicht Ihre Worte auf die Waagschale legen, dass Sie nicht überlegen, was Sie reden. Und ich bin mir auch hundertprozentig sicher, dass Sie eine rote Linie überschritten haben, nämlich dass Sie im Gemeinderat so einen Satz getätigt haben, in diesem Haus, das ich so würdige und schätze, wo ich auch dafür kandidiert habe, dass ich im Gemeinderat im Sinne der Völkerverständigung und im Sinne eines besseren Zusammenlebens in Österreich arbeiten kann. Dieser Würde bin ich mir bewusst. Ich weiß nicht, ob auch Sie diese Würde tragen. Was mich im Zuge dieser ganzen Entwicklungen überrascht hat, ist die Österreichische Volkspartei. Ich hätte mir von der Österreichischen Volkspartei ein paar klärende Worte dazu gewünscht, zumal Sie den Integrationsstaatssekretär stellen. Integration funktioniert nicht so, dass mit uns begonnen wird zu diskutieren, es gibt eingebürgerte Österreicher und echte Österreicher. Diese Wortmeldung stammt auch vom Herrn Eisenstein im vorigen Gemeinderat. Ich wünsche mir von der Österreichischen Volkspartei eine konsequente Haltung. Zeigen Sie Haltung! Zeigen Sie dieser Fraktion die Antirassismuskarte! Das ist nicht zuviel verlangt! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Und, liebe Freunde und Freundinnen, solche Wortmeldungen werden mich nicht brechen! Solche Meldungen werden auch nicht die Freundschaft zwischen so vielen Menschen, die hierher nach Österreich gewandert sind, die hier gut zusammenleben und in Solidarität miteinander leben, verhindern! Sie werden zwischen uns keinen Keil schieben können! Hören Sie auf damit! Danke! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Prof Dr Vitouch. Ich erteile ihr

das Wort.

GRin Prof Dr Elisabeth **Vitouch** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Danke, Herr Vorsitzender!

Danke auch dem Kollegen Akklic für seine ruhigen und klugen Worte. Ich möchte mich beim Herrn Gemeinderatsvorsitzenden Godwin Schuster ebenfalls bedanken, dass er in kluger und abgeregerter Weise zu den Vorfällen heute hier im Wiener Gemeinderat Stellung genommen hat. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.) Mein Dank gilt auch der FPÖ für dieses Verlangen nach einem Sondergemeinderat, denn es gibt uns, meiner Fraktion, die Gelegenheit, Ihnen ein bisschen die Welt und die EU zu erklären, damit sie nicht wie die Blinden von der Farbe reden.

Seit drei Jahren kämpfen alle europäischen Staaten mit den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise, ausgelöst durch die Deregulierung der Finanzmärkte. Der Euro, der zunächst als Schutz dagegen fungiert hat, hat infolge wachsender Staatsverschuldung einiger Euroländer selbst zunehmend Druck erfahren und schuld war daran, dass bei der Schaffung des Euro kein standardisierter Mechanismus zur Bewältigung von Krisen implementiert wurde. Daher musste die EU mit Ad-hoc-Lösungen auf die Herausforderungen reagieren. Sie war gezwungen, den europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus und die Finanzstabilisierungsfazilität, das, was gemeinhin als Euroschutzschirm bezeichnet wird, im Jahr 2010 zu schaffen, die aber bisher nicht ausreichend waren, um die Märkte zu stabilisieren. Deshalb wurde heuer Ende März im Europäischen Rat eine Ausweitung dieses Euroschutzschirms auf rund 700 Milliarden EUR beschlossen, der dauerhaft im Gegensatz zum bisher bis 2013 befristeten Mechanismus unter dem Titel „European Stability Mechanism“, also abgekürzt kurz ESM, eingerichtet werden soll und auch Teil eines umfassenden Pakets, einer umfassenden Reaktion der EU sein soll, eines wirtschaftspolitischen Maßnahmenpakets, das auch das Legislativpaket der EU-Kommission und den sogenannten Euro-Plus-Pakt umfasst. Durch diese Maßnahmen wird nicht, wie fälschlich behauptet wird, der Vertrag von Lissabon jetzt nachträglich geändert, sondern es wird nur das Recht der EU-Staaten klargestellt, einen Stabilitätsmechanismus auf multinationaler Basis einzurichten. Es kommt durch die (StR DDR Eduard Schock: *Wer hat Ihnen diese Rede geschrieben? Wer hat Ihnen diese Rede geschrieben? Der Ihnen diese Rede geschrieben hat, hat keine Ahnung! Der hat keine Ahnung! Keine Ahnung!*) vorgeschlagenen Ergänzungen zu keiner Kompetenzverschiebung. (GR Johann Herzog: *Das stimmt ja nicht! Das stimmt nicht!*) Es kommt nicht zu einem Eingriff in die Grundprinzipien. (Große Aufregung bei der FPÖ.) Es ist auf Grund der österreichischen Bundesverfassung - je mehr Sie dagegen schreien, wird es auch nicht wahrer - keine Volksabstimmung notwendig. Das ist die Ergänzung zu Art 136 AEUV. Ich könnte es Ihnen vorlesen, aber Sie sind ja alle Juristen oder Orientalisten und wissen das ohnedies. (GR Johann Herzog: *Der Faymann hat es versprochen! Der Faymann hat es aber versprochen!* - GR Mag Johann Gudenus,

MAIS: *Eben, versprechen kann man es jetzt natürlich nicht! – GR Mag Wolfgang Jung: Es hat keiner etwas davon gesagt, dass etwas in der Verfassung steht! Das wissen Sie selber!*)

Österreich als kleine exportorientierte Wirtschaft hat von der Euroeinführung eindeutig profitiert. Ein Drittel unseres Wachstums, 220 000 neue Arbeitsplätze sind dem Euro und der EU geschuldet. 60 Prozent der österreichischen Wirtschaftsleistung kommen ja aus Exporten, Davon gehen wieder mehr als 50 Prozent in die Eurozone. Das heißt wir alle haben ein vitales Interesse an einer stabilen Gemeinschaftswährung. Nur auf Grund des Euro kann Europa mit Großmächten wie den USA oder China konkurrieren. Die 27 Staaten der EU wären heute die größte Volkswirtschaft der Welt, wenn sie denn nur geschlossen auftreten würden. Leider ist wegen des Fehlens eines standardisierten Mechanismus zur Bewältigung von Krisen die Handlungsfähigkeit der EU derzeit eingeschränkt. Damit ist auch der Euro in der Krise und die EU insgesamt, denn wir werden dann von den Finanzmärkten gnadenlos abgestraft, indem sie gegen den Euro spekulieren. Der Europäische Stabilitätsmechanismus ist als eine Dauerlösung konstruiert. Er könnte die Handlungsfähigkeit der EU entscheidend verbessern und deshalb ist die Teilnahme Österreichs an diesem Stabilitätsmechanismus sinnvoll und notwendig, denn wenn der Euro das Vertrauen der Investoren verlöre, dann wäre die EU wirtschaftlich gescheitert.

Gleichzeitig gilt aber auch, wenn der Euro das Vertrauen der Bevölkerung verlöre, dann wäre die EU politisch gescheitert und die negativen Konsequenzen wären jedenfalls dieselben. Deshalb darf man auch die Last des Schuldenabbaus nicht ausschließlich der Bevölkerung der geretteten Staaten durch massive Einschnitte in soziale Sicherungssysteme aufbürden, in öffentliche Beschäftigungen, nationale Lohnpolitik, zum Beispiel massive Lohnkürzungen im Bereich der Mindestlöhne. Auch die privaten Gläubiger, Finanzmarktinstitutionen muss man in die Sanierung einbinden und einen ihrem Investment entsprechenden Anteil an allfälligen Ausfällen tragen. Gleichzeitig finanziert auch die breite Allgemeinheit der rettenden Staaten mit ihren Steuermitteln die Bareinlagen, allfällig abzurufendes Kapital oder Garantien, die zur Sicherung des Gläubigervermögens dienen, deren Beitrag zum allgemeinen Steueraufkommen und zur Finanzierung der Rettungsaktionen bis jetzt ein verschwindend geringer ist.

Der ESM kann nur Teil einer umfassenden Maßnahme eines Pakets der Stabilisierung der Finanzmärkte und einer verbesserten wirtschaftspolitischen Koordination sein. Leider hat die konservative Mehrheit in Europa - und ich weiß, wovon ich spreche, denn auch wir im Ausschuss der Regionen haben mehrfach versucht, die Konservativen von der Notwendigkeit der Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer zu überzeugen, wenigstens in der Eurozone als Beitrag zu einer verursachungsgerechten Finanzierung eines dauerhaften Euroschirms. Wir müssen auch den Stabilitäts- und Wachstumspakt reformieren. Wir brauchen ein neues, verbessertes Bankeninsolvenzrecht und strengere Re-

geln für Rating-Agenturen. Dieses ganze Paket zur Stabilisierung der Finanzmärkte und die Umsetzung der wirtschaftlichen Governments dürfen notwendigen Investitionen ihrer Mitgliedsstaaten in Beschäftigung, Soziales und Umwelt aber nicht entgegenstehen und es dürfen auch nicht die Europa-2020-Ziele gefährdet werden, also die Erhöhung der Beschäftigungsquote, die Senkung der Zahl von armutsgefährdeten Personen und Schulabbrechern, die Investition in Klimaschutz, in Forschung und Entwicklung. Meine Vorrednerin Monika Vana hat das alles schon erwähnt.

Genauso sieht man, dass der Ende März ebenfalls vom Rat beschlossene Euro-Plus-Pakt, ein Maßnahmenpaket für Wachstum, in der Praxis weiterhin die schon bisher übliche, primäre Orientierung an Wettbewerbsfähigkeit vorherrschend zum Ziel hat. Das heißt, wir dürfen keine Entdemokratisierung der Wirtschaftspolitik zulassen. Wir müssen den makroökonomischen Dialog zwischen den Mitgliedsstaaten fördern und den konsequenten Einsatz für die Bildung einer europäischen Sozialunion, denn die wahren Stärken Europas sind funktionsfähige Systeme der sozialen Sicherheit und seine hohe Lebensqualität. Wir dürfen nicht weiterhin Top-down, sondern wir müssen Bottom-up Gewinne nicht privatisieren, Verluste sozialisieren, sondern wir müssen die Bildung dieser europäischen Sozialunion vorantreiben.

Das sind konstruktive, das sind konkrete Forderungen und sie haben nichts zu tun mit den Märchen, die die Blauen verbreiten. Die FPÖ behauptet zum Beispiel, die Griechenlandkredite wären für Österreich ein Desaster. Dabei liegt die österreichische Obergrenze für diese Kredite, wir haben es schon gehört, bei rund 2 Milliarden EUR und davon wurden bisher 1,2 Milliarden aufgewendet. Dieser Beitrag muss so wie jeder andere Kredit mit Zinsen zurückgezahlt werden (*GR Mag Wolfgang Jung: Das sind doch alles Märchen! Märchen sind das! Alles Märchen!*) und Griechenland hat starke Auflagen im Rahmen des Rettungsschirmes bekommen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Volksverdummung! Volksverdummung ist das! Das wissen Sie selber!*) Falsch ist ebenso, dass das Beste für die EU ein Rauswurf Griechenlands wäre, denn das hätte schwerwiegende negative Folgen. Die neue griechische Währung wäre im Vergleich zum Euro weniger wert, aber die Schulden wären weiterhin in Euro zu zahlen, was eine Tilgung unmöglich macht. Es würde dann auch ein Zusammenbruch der österreichischen Banken drohen, weil die Bürger die Banken stürmen würden, um die Ersparnisse zu retten. Die Gläubigerbanken in der EU würden ihr Geld nie wieder sehen, die Aktienmärkte würden kollabieren, die Spekulationen würden größere Finanzkrisen als je zuvor auslösen, zigtausende Menschen würden arbeitslos, würden vor dem finanziellen Ruin stehen. Also die Hilfeleistungen sind notwendig, um den Schaden klein und das wirtschaftliche Gleichgewicht stabil zu halten. (*GR Mag Wolfgang Jung: Was machen wir, wenn es die Griechen nicht schaffen? Wieder zahlen? Sagen Sie es!*)

Der Euro - Österreich hat davon sehr profitiert, hab' ich schon gesagt. Auf Grund der EU-Mitgliedschaft und

des Euro seit 1999, wo er als Buchgeld eingeführt wurde, ab 2001 auch als Bargeld, hat jedes Jahr ein zusätzliches Wachstum von durchschnittlich 0,9 Prozent gebracht, 2,5 Milliarden EUR, 20 000 zusätzliche Arbeitsplätze. Ohne den Euro hätten wir auf ein Drittel unseres Wachstums, also insgesamt über (*GR Mag Wolfgang Jung: Wie haben Sie das berechnet, dieses Märchen?*) 27 Milliarden EUR und 220 000 neue Arbeitsplätze ... (*GR Mag Wolfgang Jung: Wie haben Sie das berechnet?*) Das hat das WIFO berechnet, nicht ich. Heute wurde übrigens bekannt, dass von Ihnen ständig die Ostöffnung als das große Gespenst angedroht ... (*GR Mag Wolfgang Jung: Ja genau!*) Die Arbeitslosenzahlen sind um 2,5 Prozent gesunken! (*GR Mag Wolfgang Jung: Und wer zahlt das? Wer zahlt das?*) Erstaunlich.

Der Euro ist eine sichere, stabile Währung. (*Heiterkeit bei den GRen Mag Johann Gudenus, MAIS und Johann Herzog.*) Der Kurs liegt ganz konstant über dem des Dollar, 1 zu 1,4 und auch des Schweizer Franken 1 zu 1,25. Die Inflation ist seit der Einführung des Euro mit durchschnittlich 1,95 Prozent deutlich niedriger als zu Zeiten des Schillings. Da waren es nämlich 2,5 Prozent. Zwischen 25 und 30 Prozent der weltweiten Währungsreserven werden mittlerweile in Euro gehalten. Das heißt, wenn die FPÖ behauptet, die Griechenlandkredite wären für Österreich ein Desaster, so ist das falsch. Wenn sie behauptet, dass das Beste für die EU ein Rauswurf Griechenlands wäre, so ist das falsch. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das sagen alle weltweit!*) Und wenn sie fordert, dass wir aus der EU austreten sollen - jetzt können wir es fast schon im Chor sagen -, so ist das falsch! (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das sagen alle weltweit außer Sie!*) Aber Kinder brauchen Märchen, hat der große Psychiater Bruno Bettelheim postuliert (*GR Mag Wolfgang Jung: Und der Juncker hat gesagt, man muss lügen!*), und auch große Kinder fallen gerne drauf rein. Davon leben heutzutage die Medien und die populistischen Politiker überall in Europa. (*GR Mag Wolfgang Jung: Man muss lügen, hat der Juncker gesagt!*)

Ich möchte ihnen, meine Damen und Herren, jetzt eine wahre Geschichte erzählen. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ja, ausnahmsweise einmal! Die Ausnahmen bestätigen die Regel!*) Es war einmal ein kleines Land im Süden Europas. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Wie Sie sich fraternisieren!*) Dort war das Wasser immer bacherlwarm und der Himmel strahlend blau und die Menschen liebten dieses schöne Land, und sie liebten auch ihren Landesvater. Bis sie irgendwann draufkamen, dass er sie nach Strich und Faden betrogen und belogen hatte, denn während sie um Freibier und Almosen (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Die Geschichte von Lhptm Häupl ist das!*) bei ihrem Lebensmenschen anstanden, trieb er das Land mit rund 20 Milliarden EUR, dem 10-Fachen des Jahresbudgets, in den Ruin. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Die Geschichte von Lhptm Häupl ist das!*) Na ja, was sollte der Staat jetzt machen? Sollte er das bankrotte Land (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Kärnten ist ein österreichisches Bundesland! – Aufregung bei der FPÖ.*) einfach rauswerfen und vielleicht

seinem schrecklichen Schicksal überlassen? Stellen Sie sich vor: Nie wieder Urlaub bei Freunden! Nie wieder ins Land eineschau'n! Na, das wäre nicht im Interesse Österreichs gewesen und hätte letztendlich auch uns alle mitgerissen. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Kärnten ist ein österreichisches Bundesland!*) Also haben wir alle, die Steuerzahler, schweren Herzens die Haftung für die notverstaatlichte Hypo Kärnten übernommen, Verbindlichkeiten (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Der Pröll war es! Der Pröll!*) in der Höhe von sage und schreibe 22 Milliarden EUR! Also mit diesem kornblumenblauen Debakel haben wir damit ein 10 Mal so hohes Risiko wie mit Griechenland (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Und deshalb nehmen wir Griechenland dazu, weil es so schön ist?*), Portugal und Irland zusammen übernommen! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Und weil es so schön ist, nehmen wir Griechenland dazu!* – *Aufregung bei der FPÖ.*)

Und die Moral von der Geschicht' (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Die SPÖ wählt man nicht!*): Die Märchen werden heute am Weltmilchtag ja nicht mehr von den Ammen erzählt, sondern von den Milchbubis, die ihren Geldkoffer ins Hotel Mama tragen. (*Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als nächste Wortmeldung liegt mir eine Wortmeldung von Herrn GR Mag Ebinger vor. Herr Kollege, Sie haben noch zwei Minuten Restredezeit. (*Die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte der GRÜNEN verlassen den Sitzungssaal. – Aufregung bei der FPÖ.*)

GR Mag Gerald **Ebinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Zwei Minuten Restredezeit - ich kann auf nichts eingehen. Ich möchte erst einmal kurz einen Antrag von uns einbringen, von den GRen Mag Gudenus, Johann Herzog, Wolfgang Jung, Gerald Ebinger: Verhinderung einer europäischen Transferunion. Beschlussantrag:

„Der Wiener Gemeinderat fordert die Bundesregierung und im Besonderen den Bundeskanzler auf, auf nationaler und internationaler Ebene alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Einführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus und die damit einhergehende Einführung einer Transferunion zu verhindern, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass jede grundlegende Änderung der EU-Verfassung einer Volksabstimmung in Österreich unterzogen wird. Das gilt besonders für die Einführung des ESM.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ (Beifall bei der FPÖ.)

Und jetzt - eine Minute hab' ich noch - muss ich natürlich schon was zur Kollegin Vitouch sagen. Sie hat gesagt, da gibt es keine Kriterien, um diese Stabilität zu sichern. Haben Sie noch nie etwas von der „No-Bail-Out“-Klausel gehört, dass man keine faulen Kredite unterschreibt? Noch nie was gehört, dass da drinnen stand „mit 3 Prozent Neuverschuldung“, an das sich keiner mehr hält, weil es keiner mehr einhalten kann. Man hat sich Kriterien gegeben, die man dann selber unter den

Tisch fallen lässt. Und ich lerne auch aus dieser Veranstaltung heute, dass, was immer passiert, immer die FPÖ schuld ist, ja. Das sind die bösen Populisten, die reden halt das, was das Volk denkt. Gott sei Dank, wie man aus den Umfragen sieht, haben wir das Ohr am Volk! (Beifall bei der FPÖ.)

Sie predigen da irgendwas von Eurokriterien und Solidarität, und wir müssen ... Aber kaum ist irgendwas und das trifft genauso die Konservativen wie auch die Sozialisten, und da steht was vom Liebscher, der kurz sagt, eigentlich ist das nur purer Populismus und es ist ja alles super mit dem Euro.

Es geht unsere Währung zugrunde und die 1,25 mit dem Schweizer Franken ist ja auch nicht so super, der war schon viel höher. Wissen Sie, wie viele Dutzende Milliarden Euro österreichische Häuslbauer in Schweizer Franken angelegt haben? Das geht alles hier hinunter.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** (*unterbrechend*): Darf ich Sie um das Schlusswort bitten.

GR Mag Gerald **Ebinger** (*fortsetzend*): Zum Schlusssatz, das war eigentlich der Schlusssatz.

Wir bleiben dabei, meine Damen und Herren: Wenn nichts passiert, dann ist unsere Währung verloren. Wir fordern von den Regierenden Österreichs und Europas ein, dass sie endlich klare Schritte setzen, um unseren Euro zu einer starken Weltwährung zu machen! (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung einer Reihe von Beschlussanträgen.

Der erste Beschlussantrag ist von der FPÖ, betrifft die Schaffung eines Europäischen Hartwährungsraumes. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, bitte ich um Zeichen mit der Hand. – Das ist die FPÖ und damit die Minderheit und der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung des Antrags Schaffung eines verbindlichen Insolvenzverfahrens für bankrotte EU-Mitgliedsstaaten, er wurde ebenfalls von der FPÖ eingebracht. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die Stimmen der FPÖ und damit die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Der nächste Antrag wurde von der ÖVP eingebracht und betrifft Wiener Betriebe vor einer Gebührenlawine Stadt Wien schützen. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und FPÖ und damit die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Der nächste Antrag ist von der FPÖ und betrifft die Abschaffung des Wiener Valorisierungsgesetzes. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die Stimmen der ÖVP und der FPÖ und damit die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Der nächste, fünfte Antrag ist auch von der FPÖ und betrifft die Rücknahme der Kürzungen beim Alleinverdienerabsetzbetrag. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, bitte ich um Zeichen mit der Hand. – Das sind die FPÖ und eine Stimme der ÖVP und die Minderheit und

daher abgelehnt.

Der sechste Antrag ist ebenfalls von der FPÖ eingebracht und betrifft die Verhinderung einer Europäischen Transferunion. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist die

FPÖ und damit die Minderheit und auch dieser Antrag ist abgelehnt.

Damit ist die heutige Gemeinderatssitzung geschlossen. Ich wünsche noch einen schönen Tag.
(Schluss der Sitzung um 12.43 Uhr.)